

HAMBURGER BEITRÄGE

zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik

Jahresbericht 1992

Heft 73

Hamburg, Februar 1993

Impressum

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg besteht seit dem Juni 1971 und ist eine unabhängige Einrichtung in Form einer Stiftung des Bürgerlichen Rechts. Laut Satzung ist es Zweck der Institutsarbeit "sich im Rahmen der Friedensforschung speziell mit sicherheitspolitischen Problemen zu befassen und dabei die Kriterien von freier Forschung und Lehre, Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und Publizierung der Forschungsergebnisse zu erfüllen". Im Sinne dieser Aufgaben gibt das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik heraus.

Die Hamburger Beiträge erscheinen in unregelmäßiger Folge. Für Inhalt und Aussage der Beiträge sind jeweils die entsprechenden Autoren verantwortlich.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung des IFSH.

Bestellungen können nur in begrenztem Umfang angenommen werden. Anfragen sind zu richten an:

Institut für Friedensforschung
und Sicherheitspolitik
an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
D - 2000 Hamburg 55
Tel.: 040 / 86 90 54 - 56

Redaktion: Susanne Bund

ISSN 0936 - 0018 ISSN 0936 - 0026

Inhaltsverzeichnis

1. Vorwort	5
2. Zur Arbeit des IFSH 1992	8
2.1 Arbeitsschwerpunkte	10
2.1.1 ESG	10
2.1.2 GUS/Osteuropa	12
2.2 Tagungen/Arbeitskreise	14
2.2.1 Workshop "Gesamteuropäische Kooperation unter den Bedingungen von Integration und Zerfall. Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen von EG und GUS-Mitgliedern"	14
2.2.2 Arbeitskreis "Völkerrecht und Friedensordnung"	18
2.2.3 Erstes Arbeitstreffen mit Staatspräsident a.D. Michail Gorbatschow	21
2.3 Friedensgutachten 1992	22
2.4 Öffentlichkeitsarbeit	24
2.5 Die Arbeit der Pädagogin	26
2.6 Lehrtätigkeit	27
2.7 Personalia	30
2.7.1 Nachwuchsförderung	33
2.7.2 Praktika	34
2.7.3 Frauenförderung	35
2.8 Drittmittel und sonstige Finanzierungen	37
2.9 Sonstiges	38
3. Projekte	41
4. Veröffentlichungen	82
5. Anhang	96
5.1 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaftler und internationale Sicherheit"	96
5.2 Reihenübersicht	101
5.3 Kontakte des IFSH (Auswahl)	108
5.4 Resonanz auf die Arbeit des IFSH (Auswahl)	112

1. Vorwort

Das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) wurde im Sommer 1971 als Stiftung bürgerlichen Rechts gegründet. Stiftungsträgerin ist die Freie und Hansestadt Hamburg, vertreten durch die Behörde für Wissenschaft und Forschung. Die Organe des Instituts sind: Stiftungsvorstand, Kuratorium, Wissenschaftlicher Beirat und Institutsrat. Stiftungsvorstand ist der jeweilige Wissenschaftliche Direktor. Ihm zur Seite steht der Stellvertretende Wissenschaftliche Direktor.

Das Themenspektrum der Friedensforschung ist außerordentlich breit. Es findet in der Satzung des IFSH und im Namen des Instituts insofern eine Einschränkung, als der Schwerpunkt der Institutsarbeit bei friedenswissenschaftlichen Fragestellungen mit sicherheitspolitischen Bezügen liegen soll. Entsprechend standen im Mittelpunkt der Institutsprojekte der vergangenen Jahre Probleme der militärischen Kräfteverhältnisse und der Kooperativen Rüstungssteuerung (arms control), Themen wie Rüstungsdynamik, Kriegsgefahr und Rüstungskonversion, die Suche nach sicherheitspolitischen Alternativen, aber auch Fragen ökonomischer und ökologischer Aspekte von Sicherheit sowie Konzepte einer Neuen Europäischen Friedensordnung (NEFO) und eines Systems Kollektiver Sicherheit in und für Europa (SKSE).

In der zweiten Hälfte der 80er Jahre arbeitete ein Teil der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler des Instituts vorrangig an einer Konkretisierung des Konzepts Gemeinsamer Sicherheit. In den letzten Jahren gehörten hierzu auch Fragen der "Konventionellen Stabilität" und der "Strukturellen Angriffsunfähigkeit" unter besonderer Berücksichtigung auch der Verhandlungen über konventionelle Streitkräfte in Europa (VKSE).

Seit 1989 beteiligt sich das IFSH an der Diskussion der revolutionären Umbrüche in den Staaten Mittel- und Osteuropas. Der Bereich Sowjetunion/Osteuropa und Gesamteuropäische Integration ist einer der Schwerpunkte der Institutsarbeit, sein weiterer Ausbau wird angestrebt. Seit Ausbruch des zweiten Golf-Konfliktes 1990 wendet das IFSH sich

ferner auch (wieder) verstärkt verfassungs- und völkerrechtlichen Fragen zu. Erste Untersuchungen zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen eines Einsatzes deutscher Streitkräfte "out of area" liegen bereits vor; weitere Arbeiten zur Entwicklung des Völkerrechts von einem Recht der Staaten zu einem Recht der Völker und Menschen sollen folgen. Seit 1992 arbeitet ein Teil der Institutsmitarbeiter und -mitarbeiterinnen schließlich schwerpunktmäßig an einem Konzept einer Europäischen Sicherheitsgemeinschaft (ESG), in das u.a. die Vorarbeiten des Instituts zu einem System Kollektiver Sicherheit und die Resultate der Diskussion Gemeinsamer Sicherheit weitgehend einfließen werden.

Die Ergebnisse der Institutsarbeit werden in einer Vielzahl von Schriften publiziert. Ein Großteil der Buchpublikationen erscheint in der Schriftenreihe Demokratie, Sicherheit, Frieden (vormals: Militär, Rüstung, Sicherheit). Das IFSH selbst gibt drei Reihen heraus: Die "Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" richten sich eher an einen fachwissenschaftlichen Adressatenkreis; die "Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik" sind dagegen für eine breitere Öffentlichkeit gedacht; die "Pädagogischen Informationen" schließlich sind auf die schulische und außerschulische Bildungsarbeit ausgerichtet. Neben den genannten Reihen gibt das IFSH seit 1991 einen Rundbrief "IFSH-aktuell" heraus. IFSH aktuell soll die interessierte Öffentlichkeit in knapper Form über neue Projekte, Veranstaltungen, aktuelle Stellungnahmen, Besucher und Veröffentlichungen des Instituts informieren. Die Veröffentlichungen sind - soweit vorrätig - kostenlos erhältlich.

Die Ergebnisse des Instituts werden jedoch nicht nur schriftlich vorgelegt. Das IFSH bemüht sich vielmehr durch ständige Kooperation und eine Vielzahl von Diskussionen sowie über verschiedene Formen der Öffentlichkeitsarbeit nicht nur um die Vermittlung seiner Ergebnisse an andere in- und ausländische Institute und Fachexperten, sondern auch um ihre Umsetzung in Politik, Exekutive, Medien und Bildungseinrichtungen. Daneben nehmen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Instituts (teilweise in ständiger Lehrtätigkeit) seit 1971 Lehraufträge an der Universität Hamburg, an der Universität der Bundeswehr Hamburg und anderen Hochschulen innerhalb und außerhalb Hamburgs wahr.

Zu den Serviceleistungen für die Öffentlichkeit gehören ferner die Bibliothek und die Dokumentation des Instituts. Beide sind öffentlich zugänglich. In ihnen stehen ca. 17.000 Bände, ca. 150 laufend geführte Zeitschriften und das ausgewertete Material aus etwa zwei Dutzend in- und ausländischen Zeitungen sowie Presse- und Informationsdiensten zur Verfügung.

Am IFSH sind in der Regel etwa 30 wissenschaftliche und nichtwissenschaftliche Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tätig, darunter ausländische Fellows, abgeordnete Offiziere des Bundesministeriums der Verteidigung sowie Beamte des Auswärtigen Amtes und Pädagogen der Schulbehörde. Wie bereits diese Aufzählung zeigt, findet das Institut Hilfe und Unterstützung bei einer Vielzahl von Personen und Institutionen. Die Hauptlast der Finanzierung ruht aber zweifelsohne bei der Stiftungsträgerin, der Freien und Hansestadt Hamburg. Ihr, bzw. ihren Bürgerinnen und Bürgern, gilt deshalb unser besonderer Dank.

Hamburg, Januar 1993

Egon Bahr / Dieter S. Lutz

2. Zur Arbeit des IFSH 1992

Im Mittelpunkt der Institutsarbeit standen im Jahre 1992 die Analyse der revolutionären Umbrüche in Ost- und Südosteuropa sowie deren Folgen, die Fortentwicklung der "Gemeinsamen Sicherheit" hin zu einem System "Kollektiver Sicherheit" in und für Europa, einer "Europäischen Sicherheitsgemeinschaft" (ESG), ferner die Erstellung von Studien zu aktuellen Problemen, z.B. zum Krieg im vormaligen Jugoslawien oder zum Einsatz der Bundeswehr "out of area", und schließlich die Durchführung einer Reihe von nationalen und internationalen Arbeitstreffen und Tagungen.

Die Forschungsprojekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Institutes werden im folgenden detailliert im Abschnitt 3 aufgeführt; die Ergebnisse der Forschungsarbeiten in Form von Veröffentlichungen werden in Abschnitt 4 und 5.2 aufgelistet. Die Breite der Tätigkeiten und Initiativen, aber auch die Unterschiedlichkeit der Kooperations- bzw. Adressatenkreise, die das Institut mit seiner Arbeit bzw. seinen Arbeitsergebnissen zu erreichen sucht, werden in den Abschnitten 2.1 ff. und im Anhang illustriert.

Die veränderten internationalen Beziehungen haben zweifelsohne Konsequenzen für die Friedensforschung insgesamt und für das IFSH im besonderen. Eine der Auswirkungen ist bereits genannt worden: die Fortentwicklung und Übertragung der Einsichten und Erkenntnisse der Gemeinsamen Sicherheit auf ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa (vgl. auch noch Abschn 2.1.1). Eine andere liegt in der Entscheidung des Institutes für den Ausbau der Arbeitskapazitäten mit Blick auf die Sowjetunion und Osteuropa (vgl. Abschnitt 2.1.2). Eine dritte schließlich wird derzeit unter dem Eindruck des Golfkrieges sowie der kriegerischen Konflikte im vormaligen Jugoslawien auf Initiative des IFSH und in Kooperation mit anderen Institutionen im Rahmen eines interdisziplinären Arbeitskreises diskutiert: das Zusammenspiel von Friedensforschung und Völkerrecht bei der Suche nach einer neuen Völkerrechts- und Friedensordnung (vgl. dazu noch Abschnitt 2.2.2).

Welche Konsequenzen und Auswirkungen weiterhin diskussionswürdig sind, haben die IFSH-Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem ge-

meinsamen Aufsatz niedergelegt, der in den ersten Wochen des Jahres 1992 als Heft 12 der Hamburger Information erschienen ist. Diese Studie kommt u.a. zu folgenden Ergebnissen:

- Angestammte Forschungsfelder und Arbeitsgebiete werden ihre Bedeutung behalten:
Kriegsursachenforschung, Bedrohungsanalyse, Strategiekritik, Krisenmanagement, Rüstungsdynamik, Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik.
- Das Gewicht einer Anzahl weiterer Untersuchungsbereiche wird zunehmen:
Friedensvölkerrecht, Institutionen und Instrumente kollektiver Sicherheit, qualitative Rüstungsdynamik, internationaler Waffenhandel und Kriegstechnologieexport, Rüstungskonversion, Angriffsunfähigkeit als Organisationsprinzip von Streitkräften.
- Bisher unbearbeitete oder voreilig für obsolet gehaltene Forschungsfelder sind neu zu erschließen:
Umweltkriegsführung, Verflechtung ökonomischer und ökologischer und militärischer Bedrohung zu grenzüberschreitenden Gefahren, Nationalismus und Fundamentalismus als Kriegsideologien, entwicklungspolitische Friedensstrategien.

2.1 Arbeitsschwerpunkte

2.1.1 Arbeitsschwerpunkt Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG)

Die wissenschaftliche Analyse von Problemen des Friedens und der Sicherheit in Europa stellt eine der Aufgaben dar, die dem IFSH durch seine Satzung vorgegeben ist. Einen historischen Augenblick lang schien der Eindruck begründet, diese Aufgabe würde sich politisch erledigen. Dem Ende des Ost-West-Konflikts ging die Hoffnung auf eine dauerhafte Sicherung des Friedens mangels kriegsträchtiger Konfliktgründe einher. Inzwischen zählt Europa in den drei Jahren der postkonfrontativen Ära ein Vielfaches an Kriegstoten als in den vier Jahrzehnten des Kalten Krieges zuvor; die Hoffnung hat getrogen.

Vor drei Jahren, 1989, war nicht absehbar, daß 1992 in Jugoslawien, Moldawien, Georgien und Armenien geschossen und getötet wird. Heute sind die Kriegsschauplätze des Jahres 1995 unbekannt. Aber die Beschaffenheit der europäischen, insbesondere der osteuropäischen Konfliktgeographie macht die Annahme wahrscheinlich, daß dann weiterhin einige der alten, vermehrt um einige neue Krisenherde militärische Gewalt hervorbringen werden. Anders als gestern bei Untersuchungen zur Ost-West-Konfrontation sind heute die Streitparteien von morgen nicht identifizierbar. Frieden in Europa wird mehr denn je zu einer generellen Frage politisch-institutionell-organisatorischer Konfliktprävention und Sicherheitsvorsorge.

Das IFSH hat bereits im Frühjahr 1990, wenige Monate nach dem Systemumbruch in Osteuropa, eine erste Studie über die Grundzüge eines regionalen Systems Kollektiver Sicherheit in Europa vorgelegt. Es hat diese Arbeit seither in verschiedenen Teiluntersuchungen kontinuierlich vertieft und erweitert. Unter der Leitung des Wissenschaftlichen Direktors erarbeitet eine im Herbst 1992 eingerichtete Forschungsgruppe derzeit die konstitutionellen Elemente zur Entwicklung einer übergreifenden Sicherheitsstruktur für Gesamteuropa. Das Modell selbst zeichnet sich durch eine Reihe innovativer Elemente kooperativer und kollektiver Sicherheit aus, mit deren Hilfe die herkömmlichen Schwächen internationaler Sicherheitsorganisationen vermieden werden sollen, um Frie-

den und Sicherheit im KSZE-Gebiet verlässlich garantieren zu können. Es baut auf den vielfältigen Studien auf, die am IFSH seit Beginn der 80er Jahre (vgl. z.B. Heft 1/1984 der Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) zum Themenschwerpunkt "Kollektive Sicherheit - Eine Alternative?") zu dieser Thematik erarbeitet wurden und macht sich so die in langjähriger Forschungstätigkeit erworbene Expertise seiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zunutze. Die Vorlage eines Zwischenberichts mit dem Arbeitstitel "Europäische Sicherheitsgemeinschaft (ESG)" ist für März 1993 geplant.

2.1.2 Arbeitsschwerpunkt GUS/Osteuropa

Die Sicherheit Europas wird weiterhin entscheidend mitbestimmt werden durch den Verlauf des Transformationsprozesses in Ostmitteleuropa und insbesondere in den Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. Die zentrale Aufgabe europäischer Friedenspolitik liegt in der politischen und ökonomischen Stabilisierung und Einbindung der Länder der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) in einen gesamteuropäischen Kooperations- und Integrationsprozeß. Dieses Ziel kann wiederum nur erreicht werden durch die beharrliche Fortsetzung des Demokratisierungs- und Liberalisierungsprozesses in den Staaten Ost- und Mitteleuropas. Wegen der damit verbundenen Problemvielfalt und -komplexität gilt es umso mehr, intensive wissenschaftliche Analysen der Bedingungen, Möglichkeiten und Wege anzustellen, die diese Entwicklung fördern. Dieser akuten Problemrelevanz Rechnung tragend, untersucht die von Hans-Georg Ehrhart geleitete "Arbeitsgruppe GUS und Europäische Sicherheit" am IFSH sicherheitspolitisch relevante Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS sowie ihre Wechselwirkungen mit west- bzw. gesamteuropäischen Kooperations- bzw. Integrationszusammenhängen im Hinblick auf eine künftige europäische Friedensordnung. Dieser Forschungsprozeß wird begleitet durch den Ausbau von Kooperationsbeziehungen mit Forschungsinstituten aus Mittel- und Osteuropa.

Die 1990 offiziell aufgenommene wissenschaftliche Kooperation mit dem Europa-Institut der Akademie der Wissenschaften Rußlands wurde 1992 fortgesetzt. So verbrachte Anna Kreikemeyer, wissenschaftliche Mitarbeiterin am IFSH, einen längeren Forschungsaufenthalt am Europa-Institut in Moskau. Enge wissenschaftliche Beziehungen wurden anlässlich des Besuches des ehemaligen Präsidenten der UdSSR, M. Gorbatschow, im IFSH mit der von ihm gegründeten Stiftung für sozialpolitische Forschungen vereinbart. Im Rahmen der wissenschaftlichen Kooperation mit dem Institut für internationale Beziehungen an der Universität Warschau absolvierte Maria Schoppa einen Forschungsaufenthalt in Polen. Zudem konnten im Rahmen des Workshops "Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen von EG- und GUS-Mitgliedern" wissenschaft-

liche Kontakte mit Vertretern aus fast allen Ländern der GUS geknüpft werden (vgl. Abschnitt 2.2.1).

In den letzten Monaten konnte die Arbeitsgruppe GUS und Europäische Sicherheit am IFSH mehrere Gäste zu Gesprächsrunden begrüßen. Die bisherigen Forschungen der Gruppe zu wechselseitigen Perzeptionen und Erwartungshaltungen ergaben, daß große Informationsdefizite sowohl bei WissenschaftlerInnen aus dem Westen als auch bei solchen aus Osteuropa und der GUS bestehen. Schon allein deshalb stellt der direkte Austausch mit WissenschaftlerInnen aus den Staaten Osteuropas und der GUS einen wichtigen Bestandteil der Forschungsarbeit dar.

Stellvertretend für die zahlreichen Gäste der "Arbeitsgruppe GUS und Europäische Sicherheit" seien hier genannt: Dr. Andrei Zagorski, stellv. Direktor des Staatsinstituts für internationale Beziehungen, Moskau; Prof. Jiri Valenta, Direktor des Instituts für Internationale Beziehungen, Prag; Prof. Stanislaw Filipowicz, Direktor des Instituts für Politische Wissenschaften an der Universität Warschau; Dr. Stanislaw Solowski, Generalkonsulat der Republik Polen, Hamburg; Dr. Jaroslaw Drozd, Abteilungsleiter am Polnischen Institut für Internationale Beziehungen (PISM).

2.2 Tagungen/Arbeitskreise

2.2.1 Workshop "Gesamteuropäische Kooperation unter den Bedingungen von Integration und Zerfall. Sicherheitspolitische Aspekte der Beziehungen von EG und GUS-Mitgliedern" vom 14.-18. Dezember 1992

Die Arbeitsgruppe "GUS und Europäische Sicherheit" am IFSH veranstaltete vom 14. bis 18. Dezember 1992 einen von der Volkswagenstiftung finanzierten internationalen Workshop zum Thema: "Gesamteuropäische Kooperation unter den Bedingungen von Integration und Zerfall. Sicherheitspolitische Aspekte des Verhältnisses von EG und GUS-Mitgliedern."

Die Konferenz war für Deutschland ein Novum, denn die Zusammensetzung des Teilnehmerkreises war ungewöhnlich vielfältig: Zwölf vorwiegend jüngere WissenschaftlerInnen, Sicherheitsexperten und Politikberater aus sieben Staaten der GUS (Belarus, Russische Föderation, Ukraine, Armenien, Kasachstan, Usbekistan, Kyrgysstan) trafen mit sechsundzwanzig KollegInnen aus Kanada, den USA, Frankreich, den Niederlanden und Deutschland zusammen.

Im Mittelpunkt des Workshops stand die Frage: Welche Rahmenbedingungen, Interessenlagen und Perzeptionen prägen in politischer, militärischer und (rüstungs-)wirtschaftlicher Hinsicht

1. die Beziehungen der GUS-Staaten untereinander,
2. die Beziehungen der GUS-Staaten zur EG/WEU und NATO
3. die Beziehungen von EG/WEU und NATO zu den GUS-Staaten?

Seit der Unterzeichnung der Charta von Paris im November 1990 zeichnen sich qualitativ neue Formen der Friedensgestaltung in den internationalen Beziehungen ab. Es wird versucht, Konflikte auf kooperative Weise über multilaterale Institutionen zu bearbeiten. Damit werden völlig neue Anforderungen an die sicherheitspolitischen Strategien der Institutionen und auch der Einzelstaaten gestellt. Im eurasisch-atlantischen Raum entsteht ein Netz von zusammenwirkenden Integrationsorganen,

Staatengruppen und Einzelstaaten als Rahmen für sich entwickelnde Strukturen kooperativer Sicherheit in Europa.

Mit der Konzentration auf sicherheitspolitische Aspekte des Verhältnisses von EG/WEU/NATO und GUS-Mitgliedern sollte ein Teilbereich der umfassenden Sicherheitsstrukturen in den Mittelpunkt des Workshops gerückt werden. Der Schwerpunkt des Themas liegt in der zunehmenden Bedeutung der EG begründet. Sie stellt heute ein politisches Gravitationszentrum und europäisches "Friedensmodell" dar. Die Integrationsentwicklung zwischen ihren Mitgliedern steht dem gegenläufigen Prozeß in einer krisengeschüttelten Gemeinschaft Unabhängiger Staaten gegenüber. In wechselseitigen Bemühungen müssen die Mitglieder der EG und der GUS versuchen ihren Platz in einer neuen europäischen Friedens- und Sicherheitsordnung zu finden.

Die Thematik des Workshops erforderte ein weites Verständnis von Sicherheit und dementsprechend einen interdisziplinären Austausch zwischen WissenschaftlerInnen aus den Bereichen Ökonomie, Politikwissenschaft und militärische Sicherheit. Angesichts der Umbrüche in den Wissenschaftsbereichen der neuen unabhängigen Staaten gestaltete sich die Auswahl von geeigneten jüngeren TeilnehmerInnen aus der GUS nicht einfach. Insbesondere bei Rußland, aber auch bei den anderen größeren Staaten wie der Ukraine und Kasachstan wurde daher versucht, VertreterInnen verschiedener Forschungsinstitute einzuladen, um dem entstehenden Wissenschaftspluralismus gerecht zu werden. In den kleineren unabhängigen Staaten steht die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit Fragen der nationalen Identität und Sicherheit erst am Anfang. Politikwissenschaft und Politikberatung sind eng verbunden. Es entstehen gegenwärtig zahlreiche neue Wissenschaftsorganisationen, in denen junge ExpertInnen sich sicherheitspolitischen Aufgabenstellungen widmen und sich um internationale methodische Standards bemühen. An wissenschaftlichem Austausch mit dem Ausland, insbesondere mit dem Westen, herrscht dementsprechend ein lebhaftes Interesse.

Mit diesem Workshop wurde gesamteuropäische Kooperation im wissenschaftlichen Bereich erstmals praktisch umzusetzen versucht und miteinander gearbeitet. Jede Teilnehmerin und jeder Teilnehmer legte im

voraus einen schriftlichen Beitrag vor. Die Texte werden nach der Diskussion im Plenum weiter bearbeitet. Anfang 1993 werden die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeit dann in einem komparativ angelegten Sammelband in englischer und russischer Sprache veröffentlicht werden.

Im Laufe der Konferenz erfolgte eine Bestandsaufnahme der sicherheitspolitischen Interessen, Perzeptionen und Erwartungshaltungen. Es stellte sich heraus, daß die Suche nach einer eigenen nationalen Identität für die neuen unabhängigen Staaten im Vordergrund steht. Sie birgt gefährliche Risiken einer Renationalisierung in sich.

In den Diskussionen zeigte sich bald, daß die Voraussetzungen für eine tragfähige gesamteuropäische Kooperation noch weit auseinanderklaffen. Die Kenntnisse über die neuen Staaten der GUS sind noch sehr gering. Die Spaltung des Kalten Krieges hat ihre Spuren hinterlassen und zeigt sich an wechselseitigen Fehlwahrnehmungen und Mißverständnissen. Die Probleme der neuen unabhängigen Staaten stellen außerdem völlig unerwartete, neuartige Herausforderungen an die westlichen Staaten und Institutionen. Es fehlen angemessene Instrumentarien, auf multilateralem Wege mit den neuen Konflikten umzugehen. Die neuen Staaten selbst sind überfordert, was die Auseinandersetzung mit westlichen Institutionen anbelangt. Deutlich wurden in den Beiträgen daher die Grenzen der westlichen Modelle. So ergab sich insgesamt kein kohärentes Gesamtkonzept, sondern eine große Vielfalt von Vorstellungen über die Lösung der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Probleme. Gemeinsam war allen Seiten jedoch die Bereitschaft zur Zusammenarbeit. Nur mit mehr Wissen voneinander lassen sich die anstehenden Schwierigkeiten bewältigen.

Die Kontakte zu den WissenschaftlerInnen werden in Zukunft von der Arbeitsgruppe "GUS und Europäische Sicherheit" fortgeführt und bilden so die ersten Knotenpunkte in dem Netz, das für die gesamteuropäische wissenschaftliche Zusammenarbeit von Hamburg aus geknüpft wurde.

An dem Workshop nahmen insgesamt 38 TeilnehmerInnen aus zwölf Nationen teil. Aus den neuen unabhängigen Staaten kamen Dr. Kadir Alimow, Taschkent; Dr. Tulegen K. Askarow, Alma Ata; Dr. Schamgyr-

bek Bokoschow, Bischkek, Dr. Irina M. Busygina, Moskau; Alexander Iskandarian, Erewan, Prof. Dr. Michail W. Kirsenko, Kiew; Jegor Kusnezow, Moskau; Dr. Assan A. Nougmanow, Alma Ata; Wjatscheslaw Pasdniak, Minsk, Dr. Alexander Potechin, Kiew; Dr. Marina Streschnewa, Moskau; Dr. Andrei W. Zagorski, Moskau.

2.2.2 Arbeitskreis "Völkerrecht und Friedensordnung"

Das Ende des Ost-West-Konflikts eröffnet Chancen der Friedensgestaltung in einem Ausmaß, das bislang als Utopie erschien. Entsprechend groß und neu zugleich sind die Möglichkeiten und Aufgaben, die es zu bewältigen gilt. Das ist in erster Linie Sache der aktuellen Politik. Gefordert ist aber auch und gerade die Wissenschaft, darunter besonders diejenigen Wissenschaftszweige, zu deren Forschungsgegenstand Frieden gehört. Gemeint sind Friedensforschung und Völkerrecht: Von ihnen kann das Zusammenspiel mit der Politik, aber auch die - bislang vernachlässigte - Kooperation untereinander verlangt werden. Die Entwicklung des Völkerrechts und seine Umsetzung kann nicht allein den Juristen überlassen werden. Und auch die Friedensforschung ist und bleibt eine interdisziplinäre Aufgabe.

Was aber ist der interdisziplinäre "Kooperationsgegenstand"?

Frieden wird als die Abwesenheit von Gewalt, insbesondere als die Abwesenheit von Kriegen, definiert. Entsprechend versteht sich Friedensforschung als der methodisch gelenkte Versuch, nach den Ursachen von Gewalt, insbesondere von Kriegen, zu fragen und nach Wegen ihrer Überwindung zu suchen.

Nach Art. 1 Abs. 2 der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland sind die Menschenrechte die Grundlage von Frieden und Gerechtigkeit in der Welt. Sind Grundlage des Friedens aber die Menschenrechte, so kann sich Friedensforschung nicht lediglich auf die Abwesenheit von Kriegen zwischen Staaten beziehen, sondern muß sich in einem weiteren Sinne aus der Existenzhaltung und -entfaltung der Menschen bestimmen.

Das Völkerrecht ist die Rechtsordnung, die in erster Linie zwischen Staaten gilt, den "Normalpersonen" des Völkerrechts oder Hauptvölkerrechtssubjekten. Menschen oder Volksgruppen unterliegen stets der Gebietshoheit desjenigen Staates, auf dessen Hoheitsgebiet sie sich befinden. Kaum ein anderer Regelungsbereich des Völkerrechts berührt deshalb die Domäne des verfassungsautonomen Staates intensiver als der völkerrechtliche Individualschutz. Er bedeutet nämlich, daß der Staat

sein Verhalten gegenüber den auf seinem Hoheitsgebiet befindlichen Menschen nicht nach eigener politischer und rechtlicher Entscheidung gestalten kann. Völkerrecht ist also heute nicht länger bloßes Staatenrecht. Zumindest sind Ansätze unverkennbar, die es rechtfertigen, vom Völkerrecht als einem Recht im Wandel - weg von einem Recht der Staaten hin zu einem Recht der Völker und Menschen - zu sprechen. Noch allerdings steht dieser Wandel erst am Anfang. Er muß beschleunigt werden; er verdient systematische und umfassende Förderung. Was aber heißt "Wandel des Völkerrechts"? Brauchen wir ein revolutioniertes oder ein reformiertes Völkerrecht? Zeichnet sich eine "kopernikanische Wende" des Völkerrechts ab? Oder enthält das Völkerrecht nicht mittlerweile eine derartige Fülle von Regeln, daß man verschiedentlich von der Gefahr einer Überregelung sprechen muß? Tut also nicht ein neues Völkerrecht, sondern vielmehr die tatsächliche Anwendung und Umsetzung des bisherigen Rechtes not?

Mehr noch: Frieden ist friedlicher Wandel. Selbst eine bloße Wende in der Interpretation des Völkerrechts fordert aber ein neues Verständnis des Prinzips der staatlichen Souveränität und der Nicht-Einmischung in innerstaatliche Angelegenheiten. Wenn aber das Prinzip des Einmischungsverbot (mittlerweile auch in der KSZE) ins Wanken gerät, ja sogar als nicht mehr zeitgemäß und überholt angesehen wird, dann stellt sich dringend die Frage, welches Handlungsmittel sich die internationale Gemeinschaft bedienen darf. Ist Einmischung möglich unter den Vorzeichen friedlichen Wandels? Aufgabe des auf Initiative von Dieter S. Lutz gegründeten Arbeitskreises "Völkerrecht und Friedensordnung" wird der Versuch sein, diese und eine Reihe ähnlicher Fragen zu einem Katalog zu ergänzen, zu präzisieren, ggf. zu verwerfen und schließlich im interdisziplinären Zusammenspiel zu beantworten.

Erste Treffen des Arbeitskreises fanden 1992 in Bonn und Kiel statt. Dazu hatte die Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB) gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN) und dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) eingeladen. Den Gesprächen kam zugute, daß die eingeladenen Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen an der Schnittstelle Völkerrecht und Frieden bereits gearbeitet hatten. So ging

es weniger um Erkundung wissenschaftlichen Neulands als sehr viel mehr um die Effizienzverbesserung wissenschaftlicher Forschung im Interesse konkreter Konfliktregulierung. Die Themen der Einführung ließen die Spannbreite der aufgeworfenen Fragestellungen erkennen:

- Anforderungen an eine dauerhafte Konfliktregulierung aus der Sicht der Friedensforschung (Dr. Dr. Dieter S. Lutz, IFSH)
- Möglichkeiten und Grenzen des Völkerrechts unter aktuellen Bedingungen (Prof. Dr. Knut Ipsen, Ruhr-Universität Bochum)
- Humanitäre Interventionen und humanitäre Hilfe (Dr. Horst Fischer, Ruhr-Universität Bochum)
- Kontroverse Meinungen in der sog. Dritten Welt (Prof. Dr. Rainer Tetzlaff, Universität Hamburg)
- Friedensordnung durch Revision der Charta der Vereinten Nationen (Prof. Dr. Klaus Hübner, DGVN).

Zu den Gesprächsteilnehmern gehörten außer den bereits genannten u.a.: Prof. Dr. Michael Bothe, Frankfurt am Main; Prof. Dr. Martina Haedrich, Jena; Prof. Dr. Volker Rittberger, Tübingen; Dr. Helga Timm, Bonn; Prof. Dr. Christian Tomuschat, Bonn; Dr. Hermann Weber, Hamburg; Dr. Volker Weyel, Bonn; Prof. Dr. Rüdiger Wolfrum, Kiel.

Das IFSH hatte als Arbeitspapier Heft 59 der Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik unter dem Titel "Völkerrecht und Friedensordnung - Diskussionsbeiträge" (Hrsg. Dieter S. Lutz) vorgelegt. Für 1993 sind weitere Sitzungen geplant. Die Ergebnisse der Diskussionen sollen in einem Sammelband veröffentlicht werden.

2.2.3 Erstes Arbeitstreffen mit Staatspräsident a.D. Michail Gorbatschow

Zum Abschluß seiner Deutschlandvisite besuchte Michail Gorbatschow am 11. März 1992 das IFSH. Der frühere Präsident der Sowjetunion und Gründer der Moskauer Stiftung für Sozialpolitische Forschung traf sich zu einem Meinungsaustausch mit Egon Bahr und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH. Gegenstand der Gespräche waren neue Forschungsschwerpunkte, die sich aus der veränderten Sicherheitslage in Europa ergeben. Außerdem wurde eine wissenschaftliche Kooperation zwischen der Gorbatschow-Stiftung und dem IFSH vereinbart.

Das IFSH vertrat gegenüber Gorbatschow die Auffassung, daß die neuen europäischen Sicherheitsstrukturen nach dem Ende der Ost-West Konfrontation an den in der UN-Charta niedergelegten Grundgedanken der Kollektiven Sicherheit anknüpfen sollten. In diesem Zusammenhang wurde auch der Vorschlag Gorbatschows zum Aufbau eines Europäischen Sicherheitsrates erörtert. Einvernehmen herrschte darüber, daß die neuen Sicherheitsstrukturen in Europa zwar in Anlehnung an die bei den Vereinten Nationen vorgesehenen Regelungen zu entwickeln seien, daß aber im Detail auch Konsequenzen aus den Defiziten der Vergangenheit gezogen werden müßten. So dürfe es z.B. kein wie in der UN-Charta verankertes Veto-Recht geben. Es wurde vereinbart, daß hierzu Wissenschaftler der Gorbatschow-Stiftung und des IFSH zusammenarbeiten werden.

Ferner wurde vereinbart, daß beide Institute zum Thema der Gefahr der nuklearen Proliferation eine gemeinsame Position erarbeiten. Zur Vertiefung dieses Vorhabens und zu weiteren Fragen der Zusammenarbeit u.a. in Form eines Wissenschaftlertausches hat Michail Gorbatschow zu einem Gegenbesuch nach Moskau eingeladen.

2.3 Friedensgutachten 1992

Im sechsten Jahr seines Erscheinens hat sich das Friedensgutachten in der Fachöffentlichkeit des In- und Auslandes als das deutschsprachige Jahrbuch des internationalen Konfliktgeschehens und der aktuellen wie potentiellen Friedensbedrohungen fest etabliert. Es ist ein Gemeinschaftswerk der drei wissenschaftlichen Institute für Friedensforschung in der Bundesrepublik. Die Ausgabe 1992 wurde am 2. Juli vor der Bundespressekonferenz in Bonn vorgestellt. Turnusgemäß lag die redaktionelle Verantwortung beim IFSH.

Auch im Jahr drei nach der europäischen Zeitenwende, so resümiert die Stellungnahme der Institutsleitungen, ist kein Frieden in Sicht. An die Stelle der großen Gefahr - gezähmt durch die Disziplin des Ost-West-Konflikts - sind viele Risiken getreten - befreit aus der Disziplin des Ost-West-Konflikts. Aus der Furcht vor der Apokalypse des Dritten Weltkrieges wurde die Realität begrenzter Kriege. Ebenso ungelöst sind die "alten" Leiden des Planeten Erde: die krass ungleichen Lebenschancen zwischen Nord und Süd, die umweltzerstörende Art des Wirtschaftens - beides auslösende Faktoren für den anschwellenden Strom von Menschen auf der Flucht vor Hunger und Krieg. Global wie regional werden qualitativ neuartige Friedensordnungen gebraucht mit stabilen Rahmenbedingungen für eine menschenwürdige Entwicklung und zur Ablösung des Rechts des Stärkeren durch die Stärke des Rechts.

Entgegen dem flüchtigen Eindruck ist das Friedensgutachten jedoch kein akademischer Leitartikel zur Tagespolitik. Es ist zuerst und vor allem kompakte Expertise auf der Grundlage aller erreichbaren Informationen. Insgesamt zwanzig Analysen und Fallstudien befassen sich u.a. mit dem Bürgerkrieg in Jugoslawien, dem Konfliktpotential zwischen den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, der Suche nach Frieden im Nahen Osten, der Rolle der UNO bei der Eindämmung von Krisenherden, dem amerikanischen Weltordnungskonzept, dem Umwelt-Gipfel von Rio, dem Flüchtlings- und Migrationsproblem und dem schleppenden Fortgang der militärischen Abrüstung. Dreißig Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler haben daran mitgewirkt.

Was sollen, was dürfen künftig deutsche Soldaten? Die Frage der Legitimität und Verantwortbarkeit von Einsätzen der Bundeswehr im Ausland ist in der politischen Öffentlichkeit der Bundesrepublik umstritten, sie ist es auch in der Friedensforschung. Das Friedensgutachten widmet dem Thema einen gesonderten Diskussionsteil mit je einem Namensbeitrag aus jedem der drei Institute. Diese kontroverse Debatte nahm die Presse zum Anlaß für eine breite Berichterstattung, auszugsweise Nachdrucke und zahlreiche Kommentare. Wäre das Medienecho der Maßstab für die Qualität eines Buches, so hätte das Friedensgutachten 1992 seine fünf Vorgänger weit in den Schatten gestellt.

2.4 Öffentlichkeitsarbeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH

Neben den Veröffentlichungen (s. Abschn. 4.) besteht die Öffentlichkeitsarbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des IFSH im wesentlichen in mündlichen Aktivitäten wie Interviews, Vorträgen und Diskussionsbeiträgen. Nach groben Schwerpunkten unterteilt, gibt die folgende Aufstellung diese Tätigkeiten im quantitativen Zugriff wieder.

Themen	Vorträge	Podiums- disk.	Tagun- gen	Inter- views	Gesamt
Aktuelle sicherheits- pol. Fragen	82	15	28	85	210
Regionale Konflikte	15	7	2	40	64
Friedens- forschung (auch IFSH)	5		5	10	20
Friedens- pädagogik		1	3		4
Neue Europ. Friedens- ordnung	13	4	14	9	40
Sonstiges	3	2	7	41	53
Gesamt	118	29	59	185	391

Auch 1992 gab es wieder eine große Anzahl von Anfragen an das IFSH. Medien (besonders Rundfunksender) traten mit zahlreichen Interviewwünschen an das IFSH heran. Der Schwerpunkt des Interesses lag in diesem Jahr v.a. bei dem Krieg in Bosnien-Herzegowina und auf der Frage des Einsatzes der Bundeswehr im Rahmen der UNO (Blauhelm-Einsätze). Zu diesen beiden Themen kamen auch die meisten Anfragen gesellschaftlicher Gruppen, die Referenten für Veranstaltungen suchten. Das IFSH bemühte sich, allen Anforderungen nachzukommen, was im großen und ganzen auch gelang. Allerdings kam es gelegentlich aus aktuellem Anlaß zu einer derartigen Häufung von Anfragen, daß nicht alle bewältigt werden konnten. So haben z.B. die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter allein am 15. und 16. Juli 92 insgesamt 25 Interviews gegeben, weitere Interviewwünsche konnten aus Kapazitätsgründen nicht erfüllt werden.

Das IFSH empfing auch 1992 wieder eine Reihe ausländischer Gäste. Besonders hervorzuheben ist sicher der Besuch des vormaligen Präsidenten der Sowjetunion, Michail S. Gorbatschow, am 11. März 1992, in dessen Verlauf eine enge Kooperation zwischen IFSH und der Gorbatschow-Stiftung in Moskau vereinbart wurde (vgl. auch Abschn. 2.2.3).

Stellvertretend für die vielen anderen Besucher seien genannt: Prof. Gerald Livingston, American Institute of Contemporary German Studies, Washington; Prof. Gerrit W. Gang, Asian Studies Programme, Washington; Dr. Thomas Durell-Young, Strategic Studies Institute, US War College, Leavenworth; Prof. Song Jiashu, Peking; Prof. Liu Min, Chengdu und Prof. D. Vorshawsky, Moskau. Ein Teil der zahlreichen Besucher aus Osteuropa ist unter Kap. 2.1.2 aufgeführt.

2.5 Die Arbeit der Pädagogin am IFSH 1992

Eine der Satzungsaufgaben des IFSH besteht in der Vermittlung seiner Arbeitsergebnisse an die Öffentlichkeit. Im Jahre 1992 arbeitete eine Pädagogin, vom Amt für Schule an das IFSH abgeordnet, am Institut. Derart personell verstärkt konnte das Institut dem Wunsch der Schulen und anderer Bildungseinrichtungen nach pädagogisch aufbereiteter Information aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik nachkommen.

Die Nachfrage nach der pädagogischen Vermittlungsarbeit der abgeordneten Lehrerin, die in der Folge der politischen Umbrüche in Europa bereits 1990 sowie aufgrund des Golfkonflikts noch einmal 1991 gegenüber den Vorjahren deutlich zugenommen hatte, hat sich auf einem hohen Niveau stabilisiert. 1992 standen im Mittelpunkt der Anfragen der Bürgerkrieg in Jugoslawien und die aktuelle Diskussion über Blauhelm- und Kampfeinsätze der Bundeswehr außerhalb des NATO-Vertragsgebiets.

Inzwischen gibt es einen Stamm von Schulen bzw. Lehrern an Schulen Hamburgs sowie des Hamburger Umlandes, die mit ihren Lerngruppen das Angebot des IFSH an Information über aktuelle Themen aus der Friedensforschung und Sicherheitspolitik regelmäßig nutzen. Neben Grund- und Leistungskursen aus der Studienstufe der Gesamtschule und des Gymnasiums waren erstmals auch Kurse aus der Mittelstufe im Fach Ethik unter diesen Lerngruppen. Zugenommen hat die Zahl der Schüler, die Beratung bei der Anfertigung von Referaten und Jahresarbeiten suchten.

Die Pädagogin wirkte auch 1992 wieder an den einjährigen Weiterbildungsseminaren des Instituts für Lehrerfortbildung in den Fächern Gemeinschaftskunde und Geschichte (Zeitgeschichte) mit. Im Mittelpunkt dieser Seminare stand die Problematik der Rolle der Bundesrepublik bei der Bewältigung der neuartigen Konflikte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts sowie die gegenwärtige kontroverse Debatte um die "Neue Weltordnung" und die Neuorganisation europäischer Sicherheit.

2.6 Lehrtätigkeit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des IFSH 1992

Die wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Instituts führten die folgenden Lehrveranstaltungen durch:

Wintersemester 1991/92:

1. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
2. Universität Hamburg
Fachbereich Physik: Seminar "Physik, Rüstung und Internationale Sicherheit" (Otfried Ischebeck)
3. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Der Golf-Krieg II" (Dieter S. Lutz)
4. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Die Neue Europäische Friedensordnung unter besonderer Berücksichtigung der Reformprozesse der vormaligen WVO-Staaten, Teil II (Dieter S. Lutz)
5. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Kontinuität und Wandel in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der Sowjetunion", Teil II (Dieter S. Lutz)
6. Christians-Albrechts-Universität zu Kiel
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Vorlesung "Das politische System der Bundesrepublik Deutschland" (Dieter S. Lutz)

Sommersemester 1992:

7. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
8. Universität Hamburg
Historisches Seminar/IFSH: Ringvorlesung "Das neue Osteuropa - Umbrüche und Perspektiven" (Egon Bahr, Hans-Georg Ehrhart, Valentin Falin, Ursel Schlichting).
9. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Nationalitätenkonflikte in Osteuropa und der ehemaligen Sowjetunion" (Dieter S. Lutz)
10. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Die Neue Europäische Friedensordnung unter besonderer Berücksichtigung der Reformprozesse der vormaligen WVO-Staaten, Teil III" (Dieter S. Lutz)
11. Universität der Bundeswehr Hamburg
Fachbereich Wirtschafts- und Organisationswissenschaften: Seminar "Kontinuität und Wandel in der Abrüstungs- und Rüstungskontrollpolitik der Sowjetunion, Teil III" (Dieter S. Lutz)

Wintersemester 1992/93:

12. Universität Hamburg
Fachbereich Mathematik: Seminar "Mathematik und Internationale Sicherheit" (Götz Neuneck)
13. Christian-Albrechts-Universität zu Kiel
Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften: Seminar "Der Golfkrieg - Ursachen, Folgen, Perspektiven" (Dieter S. Lutz)

- 14. Hochschule für Wirtschaft und Politik (HWP)
Gastvorlesung: "Perestroika und Europa" (Valentin Falin)**

2.7 Personalia

Im Jahr 1992 wurden am IFSH drei wissenschaftliche MitarbeiterInnen, eine studentische Hilfskraft und zwei Sekretärinnen eingestellt. Im gleichen Zeitraum verließen das Institut drei wissenschaftliche Mitarbeiter, eine Sekretärin, eine studentische Hilfskraft und ein Mitarbeiter der Bibliothek. Über das Jahr war ein ausländischer Fellow zu einem Forschungsaufenthalt Gast des IFSH.

Der stellvertretende Direktor war bis Oktober 1992 zur Vertretung der Professur "Politikwissenschaft, insbesondere Auswärtige und Internationale Politik osteuropäischer Staaten" an die Universität der Bundeswehr beurlaubt. Ein wissenschaftlicher Referent konnte mit Hilfe eines Stipendiums bis Juli 1992 einen Forschungsaufenthalt an der Harvard University, Cambridge/USA wahrnehmen.

Zur Zeit arbeiten am IFSH der Direktor, der Stellvertretende Direktor, sechs wissenschaftliche Referentinnen und Referenten, sechs wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, eine Öffentlichkeitsreferentin, zwei abgeordnete Beamte, zwei wissenschaftliche Hilfskräfte, zwei studentische Hilfskräfte sowie sieben nichtwissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Institutsangehörige:

Institutsleitung:

Wiss. Direktor: Prof. Egon Bahr
Stv. Wiss. Direktor: Dr. Dr. Dieter S. Lutz

Wissenschaftliche Referentinnen/Referenten:

Dr. Hans-Georg-Ehrhart
Dr. Erwin Müller
Dr. Reinhard Mutz
Götz Neuneck
Ursel Schlichting

Claudia Schmid
Maria Schoppa

Wissenschaftliche Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter:

Dr. Hans-Joachim Gießmann
Thorsten Görrissen
Lothar Gutjahr
Sabine Jaberg
Anna Kreikemeyer
Jörg Wallner
Thomas Wehner

Öffentlichkeitsreferentin:

Susanne Bund

Abgeordnete Pädagogin:

Margret Johannsen-Seidemann

Abgeordnete der Streitkräfte:

Wolfgang Anders
Jörg Barandat

Mitarbeiter der interdisziplinären Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit":

Dr. Otfried Ischebeck
Sönke Richardsen
Martin Stech

Fellows:

Dr. Valentin Falin

Wissenschaftliche Hilfskräfte:

**Konrad Klingenburg
Angelika Spelten**

Studentische Hilfskräfte:

**Stefanie Halle
Tina Kamp
Ralph Niemeyer
Susanne Wöllecke**

Sekretärinnen:

**Heike Donau-Erbslöh
Anke Kuhn
Heike Maurer
Gabriele Mayring
Gunda Meier
Heinke Peters**

Bibliothek:

Andreas Mewes

Dokumentation:

Dagmar Otto

Verwaltung:

Heidemarie Bruns

2.7.1 Nachwuchsförderung

Das IFSH fördert bereits über viele Jahre hinweg nachdrücklich den wissenschaftlichen Nachwuchs. Traditionell erfolgt Nachwuchsförderung über die Mitarbeit studentischer Hilfskräfte, ggf. auch über die Mitarbeit von examinierten oder diplomierten Nachwuchswissenschaftlern und -wissenschaftlerinnen im Rahmen von Drittmittelprojekten. Das IFSH bildet darüber hinaus schulische und studentische Praktikanten aus, bietet Rechtsreferendaren ein erstes Praxis- und Betätigungsfeld, besetzt neben den studentischen Hilfskräften zwei Stellen mit wissenschaftlichen Hilfskräften, wirbt zusätzliche Mittel für Stipendiatenstellen ein und hat schließlich (mit Zustimmung von Kuratorium und Hochschulamt) eine Referentenstelle in zwei Nachwuchswissenschaftler/innen-Stellen aufgeteilt.

2.7.2. Praktika

Im Rahmen seiner traditionell intensiven Nachwuchsförderung bietet das IFSH Studentinnen und Studenten die Gelegenheit zur Absolvierung eines Praktikums, ein Angebot, von dem zunehmend Gebrauch gemacht wird: 1992 konnten 14 Praktikantinnen und Praktikanten im IFSH willkommen geheißen werden. Sie bescheinigen dem Institut ausnahmslos, ihnen einen interessanten und fruchtbaren Aufenthalt ermöglicht zu haben.

Die Praktikantinnen und Praktikanten bewerben sich teils aus eigener Initiative, teils aufgrund universitärer Studienordnungen, die Praktika als verbindliches Element des Studiengangs vorschreiben. Das IFSH wird in diesem Zusammenhang auch als Ausbildungseinrichtung anerkannt, z.B. von der Referendarausbildungsstelle des Hamburger Oberlandesgerichts.

Unter den studentischen Gästen des IFSH dominieren angehende Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler. Das Fach Politikwissenschaft ist besonders stark vertreten. An zweiter Stelle liegt die rechtswissenschaftliche Disziplin mit dem Schwerpunkt Völkerrecht. Der Frauenanteil entspricht dem an den Universitäten. Bewerbungen aus dem Ausland nehmen zu, einerseits von deutschen Studentinnen und Studenten, die an ausländischen Universitäten studieren, andererseits von Studierenden aus Staaten der Europäischen Gemeinschaft.

Ein Praktikum besteht u.a. aus der Mitwirkung in Bibliothek und Dokumentation des IFSH, der Teilnahme an den Diskussionsrunden im Hause und der Anfertigung einer dem Ausbildungsstand entsprechenden schriftlichen Ausarbeitung unter Anleitung und Betreuung durch erfahrene Institutsmitglieder. Da die Praktika, die in der Regel mindestens sechs Wochen dauern, kein Arbeitsverhältnis begründen, ist eine finanzielle Unterstützung von seiten des IFSH nicht möglich. Desungeachtet häufen sich die Praktikumsbewerbungen derart, daß die Kapazitätsgrenzen mittlerweile erreicht sind bzw. zeitweise überschritten werden. Dennoch bemüht sich das IFSH weiterhin, die Zahl der Absagen so gering wie möglich zu halten.

2.7.3 Frauenförderung

Der Anteil der Frauen in der Friedensforschung ist noch immer weit vom Ziel eines numerischen Gleichstandes entfernt. Dieses Defizit ist jedoch kein Spezifikum der Friedensforschung, sondern ein Merkmal von Wissenschaft generell. Auch insofern spiegelt Friedensforschung lediglich die Struktur der Gesellschaft wider. Hinzu kommt, daß Friedensforschung und Sicherheitspolitik noch immer - gerade auch von Frauen - als Domäne von Männern angesehen wird. Dies trifft insbesondere ein Institut wie das IFSH, das überdies - anders als andere Friedensforschungseinrichtungen - satzungsgemäß nicht auf Konfliktforschung, sondern auf Sicherheitspolitik im Rahmen der Friedensforschung ausgerichtet ist. Das hat zur Folge, daß bei Stellenausschreibungen zu den einschlägigen Aufgabengebieten unter den vergleichbar qualifizierten Bewerbern Frauen regelmäßig in der Minderzahl sind. Daß für bestimmte Themengebiete Bewerberinnen ausreichender Qualifikation überhaupt nicht gefunden werden können, ist ebenfalls keine Ausnahme.

Aufgabe der etablierten Friedensforschung ist es deshalb, vorrangig und gezielt Frauenförderung im Rahmen der Nachwuchsförderung zu betreiben. Das IFSH stellt sich dieser Aufgabe nachdrücklich seit seiner ersten Ausbauphase Mitte der 80er Jahre. Soweit erkennbar ist das IFSH das erste - und auch heute wohl noch immer einzige - Institut, das auf diese Weise versucht, den Anteil der Frauen in der Friedensforschung zu erhöhen.

Bei allen Bemühungen muß gesehen werden, daß das IFSH ein relativ kleines Institut ist, seine Möglichkeiten also nicht unbegrenzt sind. Gleichwohl braucht das IFSH hinsichtlich des Anteils an Frauen auch bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern den Vergleich mit keiner anderen Forschungseinrichtung zu scheuen. Im Gegenteil: Von den sieben Referenten- und Referentinnenstellen waren in den vergangenen - Jahren - und auch 1992 - drei mit Frauen besetzt. Darüber hinaus sind derzeit beide Stellen für Nachwuchswissenschaftler und -wissenschaftlerinnen an Frauen vergeben. Bei den wissenschaftlichen Hilfskräften, also den teilzeitbeschäftigten Hochschulabsolventen mit zuarbeitenden Tätigkeiten, besteht Parität: eine Frau, ein Mann. In den beiden letztgenann-

ten Personengruppen zusammengenommen lag seit 1984 der Frauenanteil konstant über fünfzig Prozent. Beide gegenwärtig beschäftigten studentischen Mitarbeiter sind weiblich. Von den vormals drei befristet aus dem Schuldienst an das Institut abgeordneten Pädagogen - zwei Männer, eine Frau - haben die beiden Männer mittlerweile das IFSH wieder verlassen. Im Falle der Kollegin bemüht sich das IFSH dagegen intensiv um eine unbefristete Übernahme. Von Frauen geleitet werden schließlich die Aufgabenbereiche Verwaltung und Dokumentation.

Daß das Bemühen des IFSH in der Frage der Frauenförderung nicht ohne Erfolg ist, zeigen Resonanz und Nachfrage, aber auch die vorgelegten Ergebnisse. Zur Illustration ein Beispiel: In dem als hochrangig angesehenen Publikationsorgan "Friedensgutachten", das vom IFSH zusammen mit zwei weiteren Instituten herausgegeben wird, haben im Berichtszeitraum 1992 30 Autoren und Autorinnen veröffentlicht, darunter sieben Frauen. Von diesen sieben Autorinnen kommen fünf aus dem IFSH.

2.8 Drittmittel und sonstige Finanzierungen

Das IFSH bemüht sich - über die Jahre hinweg beständig - um die Finanzierung von Mitarbeitern und Projekten außerhalb des regulären Institutsetats. Im Berichtszeitraum haben sieben Mitarbeiter/innen ihre Tätigkeit am IFSH über Fremdfinanzierung aufnehmen bzw. fortführen können:

- Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG): 1 wiss. Mitarbeiter, 1 stud. Hilfskraft
- VW-Stiftung: 1 wiss. Mitarbeiter (Stipendiat)
- Bundesverteidigungsministerium: 1 abgeordneter Offizier
- Schulbehörde: 1 abgeordnete Lehrerin
- "Kooperationsfond" FHH: 1 wiss. Mitarbeiter
- Wirtschaftsbehörde FHH: 1 wiss. Mitarbeiter

Ferner wurde der international besetzte Workshop "Pan-European Cooperation under the Conditions of Integration and Disintegration. Security-Political Aspects of the Relationship between EC and CIS-members" von der VW-Stiftung finanziert.

Der DFG-Fortsetzungsantrag des Projekts "Fernerkundung und Europäische Sicherheit" ist bedauerlicherweise gescheitert - wohl nicht zuletzt deshalb, weil die Bundesregierung im Berichtszeitraum die der DFG zur Verfügung gestellten Mittel drastisch gekürzt hat.

Folgende Anträge sind gestellt (und noch nicht entschieden) bzw. befinden sich in Vorbereitung:

VW-Stiftung: 1 wiss. Mitarbeiter (Rüstungskontrolle als Funktion kollektiver Sicherheit in Europa)

DFG: 1 wiss. Mitarbeiterin (Jugoslawien-Konflikt)

Ein weiterer Antrag bei der VW-Stiftung auf Unterstützung der für 1993 vorgesehenen internationalen Tagung zum Thema "ESG" ist mittlerweile positiv beschieden.

2.9 Sonstiges

Der Buchbestand der *Bibliothek* erhöhte sich 1992 um 710 Bände auf insgesamt 16 830 Bände. Zur Zeit werden 151 Zeitschriften fortlaufend gehalten. Die Arbeiten am Aufbau des Schlagwortkatalogs wurden fortgeführt.

In der *Dokumentation*, die seit 1981 nach einer Systematik mit 16 Haupt- und inzwischen ca. 160 Unterkategorien geführt wird, werden 12 Tages- und Wochenzeitungen ausgewertet. Aus dem 'Article Alert Service', des Amerika-Hauses werden Veröffentlichungen amerikanischer Zeitungen und Zeitschriften ausgewählt und ebenfalls in die Systematik des IFSH eingearbeitet. Darüber hinaus werden 12 regelmäßig erscheinende Presse- und Informationsdienste von Ministerien, Botschaften sowie Publikationen anderer offizieller und inoffizieller Stellen archiviert.

Bibliothek und Dokumentation sind öffentlich zugänglich. Bücher, Zeitschriften und Zeitungsausschnitte sind reine Präsenzbestände. Kopiermöglichkeit ist vorhanden.

Das *Kuratorium* des IFSH tagte im Berichtszeitraum zweimal. Es setzt sich derzeit aus folgenden Mitgliedern zusammen:

Staatsrat Hinrich Budelmann
Behörde für Wissenschaft und Forschung
- Hochschulamt -
(Vorsitzender)

Dr. Jürgen Lühje
Präsident der Universität Hamburg
(Stellv. Vorsitzender)

Prof. Dr. Gunnar Andersson-Lindström
Institut für Experimentalphysik

Dr. Johannes Bastian
Fachbereich Erziehungswissenschaften

Helmut Bilstein
Staatsrat a.D.
SPD-Hamburg

Dr. Hartmut Delmas
Fachbereich Sprachwissenschaften

Prof. Dr. Klaus-Jürgen Gantzel
Institut für Politische Wissenschaft

Matthias Köhler
Studentenvertreter

Klaus Lattmann
Stv. Bürgerschaftspräsident
CDU-Hamburg

Dr. Heinz Liebrecht
Staatsrat a.D.
F.D.P.-Hamburg

Prof. Dr. Heinz Renn
Institut für Soziologie

Der *Wissenschaftliche Beirat* trat im Berichtszeitraum nicht zusammen. Beiratssitzungen finden in der Regel im Zweijahresturnus statt. Die nächste Sitzung ist für die erste Jahreshälfte 1993 vorgesehen. 1992 gehörten dem Wissenschaftlichen Beirat an:

Prof. Dr. Marian Dobrosielski
Universität Warschau
(Vorsitzender)

Prof. Dr. Vojin Dimitrijevic
Universität Belgrad

Prof. Dr. Hans-Peter Dürr
Werner-Heisenberg-Institut für Physik,
München

Prof. Dr. Jean Klein
Institut Francais des Relations Internationales, Paris

Prof. Dr. Theodor Leuenberger
Hochschule St. Gallen

Prof. Dr. Jiri Valenta
Institute of International Relations, Prag

Der *Institutsrat* trat im Berichtszeitraum zu 6 Sitzungen zusammen.

3. Projekte der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

Egon Bahr/Dieter S. Lutz

- Gemeinsame Sicherheit/Kollektive Sicherheit

Jörg Barandat

- Das Wasser des Euphrat und Tigris - ein neues Pulverfaß?

Hans-Georg Ehrhart

- Zur friedenspolitischen Rolle der EG im gesamteuropäischen Integrationsprozeß

Hans-Georg-Ehrhart/Anna Kreikemeyer/Ursel Schlichting/Maria Schoppa

- Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

Valentin Falin

- Umgestaltung: Idee, Ausführung, Fazit. Mögliche Konsequenzen des Zusammenbruchs der Sowjetunion für Europa

Hans-Joachim Gießmann

- Konversion - Probleme und Perspektiven untersucht am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Thorsten Görrissen

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

Lothar Gutjahr

- Definitionen nationaler Sicherheit: Idealtypische Reaktionen auf den Wandel in Europa seit 1989 am Beispiel der britischen Labour Party

Otfried Ischebeck/Götz Neuneck

- Rüstungsmodernisierung von konventionellen Waffensystemen

Sabine Jaberg

- Ein System der Kollektiven Sicherheit in und für Europa im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

Margret Johannsen

- Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den achtziger Jahren

Anna Kreikemeyer

- Einbeziehung der UdSSR/Rußlands in den gesamteuropäischen Prozeß am Beispiel der menschlichen Dimension der KSZE und des Europarates (1989-1992)

Dieter S. Lutz/Jörg Wallner

- Fernerkundung und europäische Friedenssicherung

Erwin Müller

- Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Reinhard Mutz

- Europäische Sicherheit nach dem Zerfall der Blockordnung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland

Götz Neuneck

- Qualitative Rüstungskontrolle und Proliferation von Raketentechnologien

Ursel Schlichting

- Nationalitätenkonflikte und Systemwechsel in der ehemaligen Sowjetunion

Claudia Schmid

- Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der "Dritten Welt" am Beispiel des Vorderen Orients

Maria Schoppa

- Probleme der Sicherheit Polens nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Thomas Wehner

- Regionale Konversion. Aspekte der zivilorientierten Umwandlung von Rüstungsproduktion, standortgebundener Beschäftigung und Liegenschaften der Bundeswehr in Hamburg.

Bearbeiter: Egon Bahr / Dieter S. Lutz

Projekt: Gemeinsame Sicherheit/Kollektive Sicherheit

Kurzbeschreibung:

Gemeinsame Sicherheit ist die konzeptionelle und politische Alternative zur Abschreckung. Ihr liegt die Einsicht zugrunde, daß Sicherheit nicht mehr gegeneinander, sondern nur noch miteinander zu haben ist. In den vergangenen Jahren hat das IFSH versucht, Gemeinsame Sicherheit theoretisch und konzeptionell zu entwickeln und eine Vielfalt der Probleme ihrer Umsetzung in die Praxis zu diskutieren. Zu diesen Problemen gehörte an prominenter Stelle auch die Forderung nach "Struktureller Angriffsunfähigkeit" (StrUnA). Überlegungen und Diskussionen haben ihren Niederschlag unter anderem in sechs Sammelbänden und einer Reihe weiterer Veröffentlichungen gefunden.

Gemeinsame Sicherheit hat ihre konzeptionelle Funktion erfüllt, wenn die Abschreckung überwunden und die Ablösung der Pakte und Blöcke erreicht ist. Gemeinsame Sicherheit ist insofern ein Regime des Übergangs.

Die Einsicht, die zur Gemeinsamen Sicherheit führt, besitzt jetzt gleichwohl auch nach den revolutionären Umbrüchen in der Sowjetunion und in Ost- und Südosteuropa weiterhin ihre Gültigkeit. Grenzüberschreitende Gefahren, seien es militärische, seien es ökonomische, ökologische oder technologische, bedürfen auch nach Überwindung des Ost-West-Konfliktes und nach Ablösung der Pakte der (Einsicht zur) grenzüberschreitenden partnerschaftlichen Kooperation. Allerdings zielt Gemeinsame Sicherheit - verstanden als Übergangskonzept - auf die Bewältigung der Bedrohung und Gefährdung des Friedens "lediglich" im Frieden. Was als Überlegung für den Normalfall, sprich: Frieden gilt, muß aber erst recht für den Ernstfall Gültigkeit besitzen, d.h. muß für den Krisen- und Kriegsfall fortentwickelt werden. Nukleare Strahlung z.B. kennt weder staatliche noch zeitliche Grenzen. Die Rationalisierung, die in der "gemeinsamen" Bewältigung von Gefahren liegt, endet deshalb nicht, wenn der Ernstfall eintritt. Im Gegenteil: Als Ansatz zur Bewältigung von Konflikten muß sich die Idee der "Gemeinsamen Sicherheit"

gerade im Konfliktfall bewähren. Konsequenz zuende gedacht, führt "Gemeinsame Sicherheit" somit langfristig zu einem "System Kollektiver Sicherheit".

Zu Beginn der neunziger Jahre bietet sich erstmals die Chance zur Realisierung des auch in der Logik Gemeinsamer Sicherheit liegenden Systems "Kollektiver Sicherheit". Ein solches regionales System Kollektiver Sicherheit findet sich im übrigen auch seit langem in einer Reihe von Verträgen und Rechtsnormen. Zu ihnen gehören die Artikel 11 des ehemaligen Paktes der WVO, aber auch Artikel 52 ff. der Charta der Vereinten Nationen und der Artikel 24 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland.

Das Prinzip der Kollektiven Sicherheit ist also nicht gänzlich neu. Erst aber, wenn die Ergebnisse der Diskussion um Gemeinsame Sicherheit Eingang finden in die Überlegungen zur Schaffung eines Systems Kollektiver Sicherheit, besteht die berechtigte Hoffnung, daß sich die Probleme und Fehler von Völkerbund und UNO nicht wiederholen.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Egon Bahr/Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit, Bd. I: Idee und Konzept, Baden-Baden 1986.
- Dieter S. Lutz, Sicherheit 2000. Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungssystem zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, Baden-Baden 1991.
- IFSH, Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik Nr. 9, Hamburg 1990.

Bearbeiter: Jörg Barandat

Projekt: Das Wasser des Euphrat und Tigris - ein neues Pulverfaß?

Kurzbeschreibung:

Ist von Konflikten um knappe Ressourcen die Rede, drängt sich im allgemeinen zunächst der Begriff Erdöl ins Bewußtsein. Nur wenig bekannt ist, daß z.B. schon eine der wesentlichen Ursachen für den Sechstagekrieg (1967) die Wasserfrage war. Der UN-Teilungsplan für Palästina von 1947 hatte alle wichtigen Wasserressourcen Israels ins Ausland gelegt.

Am Beispiel der "Hydrographischen Einheit" Euphrat und Tigris soll untersucht werden, ob die insbesondere durch die Türkei und Syrien geplanten Projekte zwangsläufig zu einem "Ausverkauf von Bewässerungswasser" führen. Es zeichnet sich bereits heute ab, daß zu Beginn des nächsten Jahrtausends die Wasserfracht durch die Nachfrage übertroffen wird. Somit ist um die Jahrtausendwende der Konflikt - auch militärisch - zwischen den Staaten Türkei, Syrien und Irak vorprogrammiert.

Es stellt sich damit die Frage, ob bei der Zuteilung knapper Ressourcen die völkerrechtlichen Prinzipien der absoluten Souveränität oder der absoluten Integrität noch zeitgemäß sind. Die Frage stellt sich ganz besonders bei Anliegern von gemeinschaftlich genutzten Gewässern in ariden bzw. semiariden Regionen.

In Europa und Nordamerika hat sich basierend auf den "Helsinki Rules" von 1966 eine Reihe internationaler Konventionen und Vertragswerke zum Wasserrecht herausgebildet, die auf dem Prinzip einer beschränkten Souveränität beruhen.

Für die im Projekt betrachtete Region ergeben sich nachfolgende Forschungsfragen:

- Ist eine Konfliktaustragung mit militärischen Mitteln noch vermeidbar?
- Welches politische Maßnahmenpaket ist geeignet, einen friedlichen Interessenausgleich der Anlieger des Gewässersystems zu fördern?
- Ist das auf den "Helsinki Rules" basierende Regelwerk der entwickelten Industriestaaten übertragbar?

- Ist unter der Prämisse, daß sich die Region in der Zukunft politisch neu ordnen wird, sogar eine "gemeinsame Souveränität" am Gewässersystem denkbar?
- Kann der Konfliktgegenstand Wasser evtl. sogar zum politischen Ordnungskriterium dieser Region werden?

Neben völkerrechtlichen Aspekten und der Betrachtung des Wassers als an Bedeutung gewinnende ökonomische Größe werden technologische, ökologische und sozioökonomische Ansätze überregionalen Wasserausgleichs untersucht.

In enger Vernetzung zum Thema stehen ferner folgende Problemfelder: Bevölkerungswachstum, Desertifikation, Migration, Islamismus, Kurdenproblematik, Gegensatz Türkei-Iran im Streben nach Einfluß in der Region.

Wissenschaftliche Kooperation:

Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg

Center for Strategic and International Studies, Washington, D.C.

Bearbeiter: Hans-Georg Ehrhart

Projekt: Zur friedenspolitischen Rolle der EG im gesamteuropäischen Integrationsprozeß

Kurzbeschreibung:

Der Aufbau einer gesamteuropäischen Friedensordnung kann durch die Unterstützung und Weiterentwicklung derjenigen Institutionen erfolgen, die sich bereits in der Vergangenheit friedenspolitisch bewährt haben. Diesbezüglich ist an erster Stelle die Europäische Gemeinschaft zu nennen.

Als nominell stärkste Wirtschaftsmacht in der Welt fällt ihr einerseits die Rolle des wirtschaftlichen Stabilitätsankers für die ostmitteleuropäischen Staaten zu. Andererseits ist sie als erfolgreiches Modell ziviler Konfliktregelung zwischen ehemals verfeindeten Staaten eine Kraft, die der Herausforderung der gesamteuropäischen Integration am ehesten gewachsen scheint. Ob sie dieser Verantwortung gerecht wird, hängt wesentlich von der Fähigkeit der Harmonisierung der komplizierten Prozesse der Integrationsvertiefung und Integrationserweiterung ab. Auch wenn dieser Prozeß im Rahmen der angestrebten Wirtschafts- und Währungsunion sowie der Politischen Union nur beschwerlich voranschreitet, gibt es zu ihm keine Alternative. Die in den Römischen Verträgen verankerte gesamteuropäische Zielsetzung ist heute keine Illusion mehr. Dennoch wird sie angesichts der komplexen Problemlage in Mittel- und Osteuropa nur schrittweise zu erreichen sein. Diese Problemskizze führt zu folgenden Forschungsfragen:

1. Worin besteht der friedenspolitische Beitrag der europäischen Gemeinschaft in Europa?
2. Wie begegnet die EG den aus den ostmitteleuropäischen Umwälzungen resultierenden neuen Herausforderungen?
3. Ist die von den westeuropäischen Staaten umgesetzte integrationspolitische Friedensstrategie ein praktikables Modell für ganz Europa?
4. Welche Politik verfolgt die EG gegenüber den Staaten der GUS?

5. Welche Interessengemeinsamkeiten und -gegensätze manifestieren sich im aktuellen Prozeß der politischen und wirtschaftlichen Integrationsvertiefung der Zwölf und welche Folgen haben sie auf die Formulierung der EG-Außenbeziehungen?
6. Welche sicherheitspolitischen Perspektiven hat die EG?

Wissenschaftliche Kooperation:

Forschungsgruppe Europa am Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg Universität, Mainz

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Institut für Europäische Politik, Bonn

Veröffentlichungen zum Thema:

- Sicherheit durch Assoziation und Integration? Zur sicherheitspolitischen Einbindung des "Ostens", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 62, Hamburg 1992.
- Sicherheitspolitik in Europa: NATO, EG, WEU, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992. Münster/Hamburg 1992, S. 219-232.
- Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EG und die Nuklearwaffenfrage, in: Oliver Thränert (Hrsg.), Die EG auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Bonn 1992, S. 47-62.

BearbeiterInnen: Hans-Georg-Ehrhart / Anna Kreikemeyer / Ursel Schlichting / Maria Schoppa

Projekt: Sicherheit durch gesamteuropäische Integration: Welche Perspektiven haben die Nachfolgestaaten der Sowjetunion?

Kurzbeschreibung:

Die Sowjetunion existiert nicht mehr. Gleichwohl wird uns die Brisanz der "sowjetischen Frage" täglich vor Augen geführt. Sie beinhaltet in einem doppelten Sinn die Alternative "Integration oder Zerfall?": Einerseits geht es um die Entwicklung neuer kooperativer Strukturen zwischen den unabhängigen Staaten der GUS sowie um ihre Einbindung in einen gesamteuropäischen Integrationsprozeß. Andererseits geht es um den von gewaltsamen Auseinandersetzungen begleiteten Zerfall der politischen und gesellschaftlichen Strukturen in dieser Region und seine Folgen für die Sicherheit Europas.

So richtig die These ist, daß die Schaffung entsprechender innenpolitischer und gesellschaftlicher Bedingungen von entscheidender Bedeutung für das Gelingen des Systemwechsels ist, so naheliegend scheint im Zeitalter zunehmender Interdependenz auch die Annahme, daß dieser Umbruch ohne westliche Flankierung keinen Erfolg haben wird. Da dieser Erfolg aber im wohlverstandenen Eigeninteresse aller europäischen Staaten liegt, geht das Projekt von der zentralen These aus, daß die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Assoziations- und/oder Integrationsprozeß einbezogen werden sollten. Die daraus abgeleitete übergreifende Fragestellung lautet: Sind diese Staaten integrationsfähig und welche integrationspolitischen Perspektiven haben sie? Oder anders ausgedrückt: Welche Rolle wollen, können und sollen die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einem gesamteuropäischen Integrationsprozeß spielen?

Die aus dieser Fragestellung abgeleiteten Hauptfragen lauten:

1. Welche gesellschaftlichen Interessen artikulieren sich in den Staaten der GUS vor dem Hintergrund welcher gesellschaftlichen/nationalen

Konfliktstrukturen zur Problematik der europäischen Sicherheit und Integration?

2. Welche sicherheits- und europapolitischen Vorstellungen existieren innerhalb der GUS und wie sollen sie durchgesetzt werden?
3. Welche Politik verfolgen die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion gegenüber den europäischen Integrationssystemen NATO, KSZE, EG und Europarat?
4. Wie verhalten sich die genannten Integrationssysteme gegenüber der GUS und den einzelnen Staaten und welche Positionen vertreten aus welchen Gründen die westlichen Regierungen?
5. Wie können die Staaten auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion in einen gesamteuropäischen Prozeß integriert werden, welche institutionellen Partizipationsmöglichkeiten bestehen und welche gesamteuropäischen Sicherheitsstrukturen sind mittel- und langfristig unter welchen Bedingungen anzustreben?

Wissenschaftliche Kooperation:

Europainstitut der Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
Institut für USA- und Kanada-Studien der Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln
Staatsinstitut für Internationale Beziehungen, Moskau

Gorbatschow-Stiftung für sozialwissenschaftliche und politische Forschung, Moskau

Institut für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der Ukraine, Kiew

Institut für Politikwissenschaft, Universität Minsk

Veröffentlichungen zum Thema:

- Hans-Georg Ehrhart, Der "Westen" und die Sicherheit des "Ostens": Lage, Risiken, Optionen, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 395-408.

Bearbeiter: Valentin Falin

Projekt: Umgestaltung: Idee, Ausführung, Fazit. Mögliche Konsequenzen des Zusammenbruchs der Sowjetunion für Europa

Kurzbeschreibung:

Das letzte Kapitel der Existenz der UdSSR wartet auf seine systematische wissenschaftliche Erforschung. Im Moment bleibt es mehr ein Gegenstand der politisch und ideologisch gefärbten Polemik, die in keiner Weise dazu beiträgt, eine qualitativ neue Stabilität im Osten zu erringen.

Das Ziel dieses Forschungsvorhabens ist es, aufgrund der internen Kenntnisse die Komplexität der Geschehnisse in der Sowjetunion zu durchleuchten und die Relation zwischen inneren und äußeren Faktoren, zwischen weltanschaulichen und realitätsbedingten Forderungen, Wunschvorstellungen und Imperativen aufzuspüren bzw. aufzudecken

Thesen der Ausarbeitung sind:

1. Stalin war eine absolute Negation des sozialistischen Gedankengutes und Stalinismus als Theorie, Praxis oder System hat nichts gemeinsames mit Sozialismus. Dasselbe gilt für Nebenzweige des Stalinismus wie "Realsozialismus" und anderes mehr.
2. Gorbatschow hat es verpaßt, vom Stalinismus Abschied zu nehmen. Das wurde ihm, der Partei und dem System zum Verhängnis.
3. Die Unfähigkeit, die Umgestaltung und ihre ökonomischen und sozialen Probleme unter Kontrolle zu bekommen, die falsche Strategie und Taktik - vor allem von Michail Gorbatschow - haben den Untergang der Union vorprogrammiert.
4. Die Einmann-Macht und das Einparteien-Regime - die wichtigsten Merkmale von Stalinismus - führten in eine nationale Katastrophe.
5. Die Perestroika ist - obwohl ein mißglückter Versuch der friedlichen Reformierung des Staats- und Gesellschaftssystems - von gewichti-

gem universellen Wert. Ihre Folgen und Konsequenzen müssen objektiv und ausgewogen analysiert werden. Dazu gehören kontroverse postsowjetische Probleme für die Nachfolgestaaten der Sowjetunion sowie gewichtige politische, sicherheitspolitische, ökonomische, nationale und andere Probleme von regionaler und globaler Bedeutung.

Bearbeiter: Hans Joachim Gießmann

Projekt: Konversion - Probleme und Perspektiven untersucht am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern

Kurzbeschreibung:

Die sicherheitspolitisch begründete Umstrukturierung und Neuverteilung bislang militärisch bestimmter personeller, materieller und finanzieller Ressourcen und die zivillorientierte Umwandlung militärisch abhängiger und geprägter Bedingungen und Strukturen ist zu einem Gebot erreichten Standes und der Perspektive zivilisatorischer Entwicklung geworden.

In Aussicht stehende Abrüstung führt vor Augen, welche komplexe gesellschaftliche Verwurzelungen das Militär in den zurückliegenden Jahrzehnten gefunden hat, und welche gleichsam umfassenden und vielfältigen Interessen durch seinen Abbau angesprochen werden. Konversion - in der Vergangenheit zumeist auf die Umstellung der Rüstungsproduktion reduziert - steht hier vor politischem und wissenschaftlichem Neuland.

Das Projekt ist auf die Folgen der Auflösung der Nationalen Volksarmee, der Einstellung der Rüstungsproduktion, der Auflassung von Liegenschaften und der regional-infrastrukturellen Veränderungen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR, mit besonderem Blick auf das Bundesland Mecklenburg/Vorpommern, konzentriert.

Im einzelnen werden behandelt:

- die personelle Konversion;
- die Konversion der Rüstungswirtschaft und der wehrtechnischen Industrie;
- die Auflösung und Verkleinerung von Standorten und Liegenschaften;
- die Denaturierung der Militärtechnik der NVA;
- die regionale und lokale Militärabhängigkeit (am Beispiel).

Das Projekt wird aus dem Kooperationsfonds der Freien und Hansestadt Hamburg finanziert.

Wissenschaftliche Kooperation

- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- Institute for East-West Security Studies, New York

Veröffentlichungen zum Thema:

- Konversion im vereinten Deutschland, Ein Land - zwei Perspektiven? Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit, Band 73, Baden-Baden 1992 (Hrsg.).
- Probleme der Standortkonversion in Mecklenburg-Vorpommern. Zum Beispiel Volksmarine, in: Konversion im vereinten Deutschland, Baden-Baden 1992, S. 145-156.
- Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR. Mit einem Vorwort von Egon Bahr, Reihe Militär, Rüstung, Sicherheit, Band 74, Baden-Baden 1992.

Bearbeiter: Thorsten Görrissen

Projekt: Grenzüberschreitende Umweltzerstörung als Problem äußerer Sicherheit und Gegenstand internationaler Politik

Kurzbeschreibung:

In der Weltpolitik fallen seit Ende der achtziger Jahre zwei voneinander unabhängige Entwicklungen zusammen:

- das verstärkte Auftreten und Sichtbarwerden von ökologischen Beeinträchtigungen durch grenzüberschreitende umweltschädigende Einflüsse;
- ein tiefgreifender grundlegender Wandel im Ost-West-Verhältnis und das Ende des politisch-militärischen Ost-West-Konflikts.

Das Zusammentreffen beider Entwicklungen hat die Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Sicherheit grundlegend verändert. Während militärische Bedrohungen zumindest in den Industrieländern an Bedeutung verlieren, wächst der Stellenwert nicht-militärischer Einflüsse und Entwicklungen für die äußere Sicherheit. Insbesondere grenzüberschreitende Umweltbelastungen berühren nationale Interessen und beeinträchtigen die äußere Sicherheit von Staaten oft erheblich. Mehr als jemals zuvor wird gegenwärtig die sowohl auf regionaler wie auf globaler Ebene bestehende ökologische Interdependenz deutlich. Insbesondere auf dem dicht besiedelten und industriell hoch aggregierten europäischen Kontinent sind der Zustand und der Schutz der Umwelt innerhalb nationalstaatlicher Grenzen zunehmend abhängig von grenzüberschreitender Umweltverschmutzung und externen ökologischen Entwicklungen. Die weiträumige Ausbreitung von Luftschadstoffen, die Verschmutzung grenzüberschreitender Flüsse und der europäischen Meere oder die von nuklearen oder chemischen Anlagen ausgehenden grenzüberschreitenden Gefahren beeinflussen die äußere Sicherheit oft unmittelbarer als die "kontrollierte" militärische Bedrohung im Rahmen des früheren Ost-West-Konflikts. Die fortgeschrittene Zerstörung der atmosphärischen Ozonschicht und die globale Erwärmung machen die weitreichende globale ökologische Interdependenz deutlich.

Dennoch werden die ökologischen Probleme von den Akteuren des internationalen Systems teilweise sehr unterschiedlich wahrgenommen und beurteilt. Auch unter Bedingungen ökologischer Interdependenz bleiben verschiedenartige und gegensätzliche Interessen der Akteure bestehen. Entsprechend unterschiedlich sind die auf nationalstaatlicher Ebene unternommenen umweltpolitischen Maßnahmen sowie Ausmaß und Qualität der zwischenstaatlichen und internationalen Kooperation im Umweltschutz. Das Forschungsvorhaben richtet sich auf die Faktoren, die eine Zusammenarbeit in Umweltfragen begünstigen sowie die Hemmnisse für eine kooperative Bewältigung gemeinsamer Umweltprobleme. Darüber hinaus sollen Aussagen über die Erfolgsbedingungen für die Bewältigung bestehender und zukünftiger Probleme grenzüberschreitender Umweltbelastungen gemacht werden.

Wissenschaftliche Kooperation:

Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin

Forschungsstelle Umweltpolitik, Freie Universität Berlin

Veröffentlichungen zum Thema:

- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und europäische Sicherheit, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Gemeinsame Sicherheit - Kollektive Sicherheit - Gemeinsamer Frieden, Bd. VI, Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung, Baden-Baden 1990/91, S. 395-440.
- Grenzüberschreitende Umweltzerstörung und ökologische Sicherheit in Europa, in: Johannes Schwerdtfeger, Egon Bahr, Gert Krell (Hrsg.), Friedensgutachten 1991, Münster/Hamburg 1991, S. 119-128.
- Umweltprobleme zwischen West und Ost - Herausforderung für Gemeinsame Sicherheit, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1991, S. 197-202.

Bearbeiter: Lothar Gutjahr

Projekt: Definitionen nationaler Sicherheit: Idealtypische Reaktionen auf den Wandel in Europa seit 1989 am Beispiel der britischen Labour Party

Kurzbeschreibung:

Seit 1989 hat sich die Sicherheitslage Europas grundlegend gewandelt: Die Abwendung Osteuropas vom Kommunismus und die Auflösung der UdSSR, die Vereinigung Deutschlands und die geplante Integration der Europäischen Gemeinschaft geben dem Kontinent eine neue Position in den internationalen Beziehungen. Aus der ehemaligen Zentralfront ist eine Weltregion mit spezifischen Problemen geworden.

Zur Darstellung der internationalen Beziehungen konnten in der Vergangenheit zwei grundlegende Positionen ausgemacht werden: Während verschiedene Spielarten des politischen Realismus die zentrale Rolle des Territorialstaates und dessen Maßnahmen zur einseitigen, zumeist militärischen Sicherheit betonten, wurde von idealistischer Seite hervorgehoben, daß internationale Regime geschaffen werden müßten, die die zwischenstaatliche Anarchie zugunsten dauerhafter Kooperation ablösen. Während im ersten Fall das Augenmerk auf machtpolitische Beziehungen gerichtet wurde, wollten VertreterInnen der zweiten Richtung diesen Zustand überwinden indem die transnationalen Interessen in den Mittelpunkt gerückt wurden.

Daneben hat sich in den vergangenen Jahren eine weitere äußerst fruchtbare Position entwickelt, die davon ausgeht, daß komplexe Interdependenz immer mehr zum bestimmenden Charakteristikum der internationalen Beziehungen geworden ist. VertreterInnen dieser Richtung meinen, daß Machtpolitik keineswegs aus den internationalen Beziehungen verschwindet. Vielmehr ist von einer Gleichzeitigkeit politisch-struktureller Fragmentierung und fortwährender internationaler Abhängigkeiten auszugehen; in der Konsequenz werden die machtpolitischen Ressourcen staatlicher Akteure verändert.

Vor diesem Hintergrund wurde untersucht, wie die Labour Party in Großbritannien auf den Wandel der europäischen Sicherheitsstrukturen reagierte. Die obige Dreiteilung diente als Folie zur Erfassung des

innerparteilichen Meinungsspektrums und ermöglichte eine differenzierte Analyse sowohl der *policy*- als auch der *politics*-Ebene.

Wissenschaftliche Kooperation:

Bradford University

Institut für Friedens- und Konfliktforschung an der Humboldt Universität, Berlin

Oxford Research Group

Veröffentlichungen zum Thema:

- Globale Konflikteindämmung. Europas Rolle in der Neuen Weltordnung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S.85-88.
- Thatcherismus - die nächste Generation?, in: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 6/1992, S.550-551.
- Thatcherismus mit anderen Mitteln? Die britische Sicherheitspolitik nach dem Wahlsieg der Konservativen, in: Informationsdienst Wissenschaft & Frieden, Juni 1992, S.40-42.

Bearbeiterin: Sabine Jaberg

Projekt: Ein System der Kollektiven Sicherheit in und für Europa im Spannungsfeld zwischen Theorie und Praxis

Kurzbeschreibung:

Ziel ist die Erarbeitung eines Modell-Entwurfes für ein System der Kollektiven Sicherheit, das die Sicherheit in und für Europa gewährleistet. Mit dem Systemantagonismus ist auch das gesamte bisherige Koordinatensystem der europäischen Sicherheitspolitik zusammengebrochen. Der Krieg im ehemaligen Jugoslawien und die zahlreichen gewaltsamen Auseinandersetzungen in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion belegen exemplarisch, daß die alten Sicherheitsstrukturen zu einer effektiven Verhütung und Beilegung von Konflikten nicht taugen. In Situationen, in denen offensichtlich alte Orientierungsmuster ihre Leitfunktion verlieren, wächst der Orientierungsbedarf. Wissenschaftlich erarbeitete Modelle können diesen Bedarf erfüllen, indem sie unabhängig von politischen, kurzfristigen Partikularinteressen problemadäquate Antworten anbieten. Modelle müssen daher zum einen den realen Entwicklungstendenzen Rechnung tragen, um nicht ins willkürlich Spekulative zu verfallen. Zum anderen müssen sie mit einem gewissen konzeptionellen Überschuß zur Entwicklung einer "konkreten Utopie" beitragen, da sie ansonsten lediglich dazu dienen würden, aktuelle Entwicklungstrends fortzuschreiben, also aktuelle Politiken wissenschaftlich zu legitimieren - unabhängig davon, ob diese den sicherheitspolitischen Herausforderungen angemessen sind oder nicht.

Als Gesamtentwurf bietet sich ein System der Kollektiven Sicherheit an, denn es formuliert den Bruch hinsichtlich der Zielsetzung und Funktionsweise eines Sicherheitssystems am deutlichsten. Allerdings läßt sich daraus nicht automatisch auf seine Funktionstüchtigkeit schließen. Vielmehr müssen in der Realität bestimmte subjektive und objektive Voraussetzungen gegeben sein. Diese wirken ihrerseits auf die konkrete Ausgestaltung eines Systems der Kollektiven Sicherheit zurück. Um herauszufinden, welchen Beitrag ein System der Kollektiven Sicherheit für die Sicherheit in Europa leisten kann, muß also vom System in seiner Idealform ausgegangen werden, um es dann mit den realen Gegebenheiten zu

konfrontieren und das bestehende Spannungsverhältnis in einen Modell-Entwurf übersetzen zu können.

Daraus leiten sich folgende Fragenkomplexe ab:

1. Welche historischen Erfahrungen gibt es mit einem System der Kollektiven Sicherheit?
2. Welche Rückschlüsse lassen sich auf die Wesensmerkmale eines solchen Systems ziehen? Anders gefragt: Welche konstanten und variablen Strukturmerkmale gibt es? Auf welchen Konflikttyp sind die traditionellen Systeme/Modelle kollektiver Sicherheit zugeschnitten? Welche objektiven und subjektiven Voraussetzungen müssen gegeben sein, damit höchstmögliche Funktionstüchtigkeit erwartet werden kann?
3. Welche Konflikttypen müssen heute bearbeitet werden?
4. Wie sieht eine problemadäquate sicherheitspolitische Gesamtstrategie aus? Wie hängen Konfliktprophylaxe, Friedliche Streitbeilegung und Kollektive Sicherheit zusammen?
5. Welche Ansätze zur Problemlösung werden bereits besprochen? Welche dieser Ansätze können für ein System der Kollektiven Sicherheit nutzbar gemacht werden? Welche müssen gestoppt oder doch wenigstens neutralisiert werden?
6. Was konstruiert eine Region im völkerrechtlichen Sinne bzw. wer muß an einem funktionsfähigen regionalen Sicherheitssystem teilnehmen?
7. Welche Rückschlüsse lassen sich auf die Wesensmerkmale eines Systems der Kollektiven Sicherheit ziehen?
8. Welche Optionen gibt es, ein solches System normativ und institutionell auszugestalten? Welcher Option ist der Vorrang einzuräumen?

Veröffentlichungen zum Thema:

- KSZE 2001. Profil einer Europäischen Sicherheitsordnung. Bilanz und Perspektiven ihrer institutionellen Entwicklung, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 70, Hamburg 1992.

Bearbeiterin: Margret Johannsen

Projekt: Die Rolle der Nuklearwaffen in Europa im Spiegel der Strategiediskussionen des amerikanischen Kongresses in den achtziger Jahren

Kurzbeschreibung:

Das Ende des Ost-West-Konflikts hat die sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in Europa grundlegend verändert. Angesichts neuer militärischer Lagefaktoren hat die westliche Allianz ihre Militärstrategie revidiert. Nuklearwaffen sind von Waffen des möglichen frühen Ersteinsatzes zu Waffen der letzten Zuflucht geworden. Hieraus folgend wurde der überwiegende Teil der land-, see- und luftgestützten Atomwaffen abgebaut. Die bisherigen allgemeinen Richtlinien über den Einsatz der in Europa dislozierten Atomwaffen wurden außer Kraft gesetzt. Gleichwohl erfordert der Verbleib luftgestützter Nuklearsysteme wie auch der nicht erfolgte Verzicht auf die Option eines nuklearen Ersteinsatzes die Auseinandersetzung mit der seit jeher umstrittenen Rolle der in Europa stationierten Nuklearwaffen.

Vor diesem Hintergrund soll ein Ausschnitt aus der Debatte um die Rolle der für den "europäischen Kriegsschauplatz" vorgesehenen Nuklearwaffen untersucht werden. Eines der zahlreichen Foren, auf denen die Debatte geführt wurde, ist der amerikanische Kongreß. In den achtziger Jahren haben in Fragen des "national defense" einflußreiche Kongreßmitglieder es unternommen, die institutionelle Zuständigkeit des Kongresses im außen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß durch materielle Expertise in strategischen Angelegenheiten zu ergänzen. Auf diese Weise sollte die Rolle des Kongresses im sicherheitspolitischen Entscheidungsprozeß gegenüber der Administration gestärkt werden.

Die Rolle der atomaren Mittel- und Kurzstreckenwaffen in der Bündnisstrategie der flexiblen Antwort ist in den achtziger Jahren unter militärischen und bündnispolitischen Gesichtspunkten diskutiert worden. Einen breiten Raum in der europäischen Debatte nahm die Kontroverse über den Zusammenhang der in Europa stationierten Atomwaffen mit der strategischen Nukleargarantie der USA für Westeuropa ein. In der

amerikanischen Debatte ist zum einen eine enge Verzahnung der nuklearen Frage mit der konventionellen Bewaffnung der NATO, der amerikanischen Truppenpräsenz in Europa und der Verteilung der finanziellen Lasten des Bündnisses sowie der Übernahme sicherheitspolitischer Verantwortlichkeiten der Europäer auch außerhalb des NATO-Vertragsgebietes festzustellen. Zum anderen wurden die den "europäischen Kriegsschauplatz" betreffenden Dislozierungs-, Modernisierungs- und Abrüstungsentscheidungen stets in den globalen Zusammenhang des Verhältnisses zur Sowjetunion gestellt. Probleme der Allianzkoheäsion wurden im Kontext konkurrierender Auffassungen über den Charakter des internationalen Staatensystems diskutiert.

Bereits in der Ära der Ost-West-Konfrontation blieben viele Antworten auf die Frage nach den Funktionen der amerikanischen Nuklearwaffen in Europa umstritten. Die neue Sicherheitslage nach dem Ende des Ost-West-Konflikts und die amerikanische Diskussion um die Bedeutung von Atomwaffen für die Rolle der Vereinigten Staaten in der "Neuen Weltordnung" wirft die Frage nach Kontinuität und Wandel in den Funktionsbestimmungen für die amerikanischen Atomwaffen in Europa auf. Das besondere Interesse der Studie richtet sich auf das Verständnis nuklearer Macht und auf die Akzeptanz eines Konzeptes der Minimalabschreckung sowie von Elementen einer kooperativen Sicherheitsphilosophie im amerikanischen Kongreß.

Wissenschaftliche Kooperation:

Congressional Research Service, Washington, D.C.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Amerikanische Nuklearwaffen in Europa: Rückblick und Ausblick, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 67, Hamburg 1992.

Bearbeiterin: Anna Kreikemeyer

Projekt: Einbeziehung der UdSSR/Rußlands in den gesamteuropäischen Prozeß am Beispiel der menschlichen Dimension der KSZE und des Europarates (1989-1992)

Kurzbeschreibung:

Die sicherheitspolitischen Überlegungen der Arbeitsgruppe "GUS und europäische Sicherheit" bilden den Hintergrund dieses Forschungsprojektes.

Mit dem Ende des Kalten Krieges entstand im KSZE-Raum ein Netz von Kooperationsbeziehungen unterschiedlicher Reichweite mit Institutionen und Integrationsorganisationen (KSZE, EG, NATO, WEU, Europarat u.a.) als Knotenpunkten. Das Konzept der Einbeziehung geht davon aus, einen für gesamteuropäische Zusammenarbeit und damit Sicherheit hinreichenden Grad an Partizipation der einzelnen Staaten in diesem Kooperations- und Integrationsnetz zu ermitteln.

Unabdingbare Voraussetzung für kooperative Sicherheitsstrukturen im KSZE-Raum ist die Achtung der in der Charta von Paris proklamierten gemeinsamen Werte von Menschenrechten, Minderheitenrechten, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und freier Wirtschaft durch die Staatengemeinschaft. Die Institutionalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen verstärkt die kooperative Sicherheit.

Wegen der Wechselwirkung von Demokratisierung, Rechtsstaatlichkeit und Wirtschaftsentwicklung stellen Integrationsmaßnahmen im Bereich der Wertegemeinschaft ein nicht zu unterschätzendes sicherheitspolitisches Instrument dar.

Für die Einbeziehung der UdSSR/Rußlands hat die Wertegemeinschaft geradezu eine Schlüsselbedeutung. Die KSZE und der Europarat entwickeln in wechselseitiger Ergänzung eine institutionelle Zuständigkeit.

Um den Grad der Einbeziehung der UdSSR/Rußlands in die Wertegemeinschaft in normativer und institutioneller Hinsicht zu ermitteln, ist

eine Bestandsaufnahme der politischen Entwicklung notwendig. Dabei wird von einem Primat der Innenpolitik ausgegangen und der seit 1985 eingeleitete Reformprozeß als Demokratisierungsprozeß verstanden. Erforderlich ist es weiter, die innenpolitischen Kräfteverhältnisse und Interessen zu analysieren sowie die Außenpolitik unter besonderer Berücksichtigung der Politik gegenüber Institutionen auszuwerten.

Der Berichtszeitraum schloß im Juni 1992 einen vierwöchigen Forschungsaufenthalt in Moskau ein. Hier wie auch im Juni 1992 beim Vorbereitungstreffen zum KSZE-Gipfel in Helsinki und im Oktober 1992 bei der Parlamentarischen Versammlung des Europarates in Straßburg wurden Expertengespräche geführt. Von der Direktion Menschenrechte des Europarates erhielt ich ein Stipendium zur Bearbeitung des Teilgebietes "Rußland und Europarat."

Wissenschaftliche Kooperation:

Dr. Andrei V. Zagorski, stellv. Direktor des Zentrums für internationale Studien, Staatsinstitut für internationale Beziehungen, Moskau
Europa-Institut der Russischen Akademie der Wissenschaften, Moskau
Direktion Menschenrechte des Europarates, Straßburg

Veröffentlichungen zum Thema:

- Auf dem Weg zu einem Menschenrechtsraum in Europa, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Friedens (S+F) 1/1992, S. 26-32.
- Der Zerfall der Sowjetunion, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 153-169 (zus. mit Ursel Schlichting).

Bearbeiter: Dieter S. Lutz / Jörg Wallner

Projekt: Fernerkundung und europäische Friedenssicherung

Kurzbeschreibung:

Der Beitrag satellitengestützter Fernerkundung zur Friedenssicherung in Europa wurde in dem interdisziplinären Forschungsprojekt, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft finanziert worden ist, vor dem Hintergrund des veränderten politischen und militärischen Umfeldes untersucht.

Als wichtigste interdisziplinäre Ergebnisse sind festzuhalten:

- Die Konzentration auf hochauflösende Satellitensysteme ist in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld, das ein Bündel sich ergänzender Verifikationsmaßnahmen erlaubt, nicht mehr erforderlich.
- Fernerkundungssatelliten können bei der Verifikation konventioneller Rüstungskontrollvereinbarungen aufgrund ihrer Spezifika Aufgaben übernehmen, die mit anderen Verifikationsmitteln oder -maßnahmen nicht zu erfüllen sind. Diesbezüglich wurde ein Szenarienkatalog entwickelt.
- Die technische Ausstattung kommerzieller und ziviler Satelliten ist im Hinblick auf bestehende Verifikationserfordernisse im Bereich konventioneller Rüstungskontrolle geeignet, den Anforderungen weitgehend zu entsprechen und insbesondere die Durchführung kooperativer Verifikationsmaßnahmen wirksam zu unterstützen.
- Von elementarer Bedeutung für die gesicherte Gewinnung und Verwendung kommerzieller oder ziviler Fernerkundungsdaten für Verifikationszwecke ist die Festlegung der institutionellen und organisatorischen Rahmenbedingungen.
- Unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben und der politischen Bedingungen sind verschiedene Vorschläge zur An- bzw. Einbindung an bzw. in eine europäische Verifikationsagentur unterbreitet worden.

Das Forschungsprojekt wurde 1992 abgeschlossen. Die Ergebnisse sind z.T. bereits in Einzelpublikationen dokumentiert. Der gemeinsame Abschlußbericht aller drei beteiligten Institute wird 1993 veröffentlicht.

Derzeit wird am IFSH mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft zur Ergänzung der Ergebnisse des interdisziplinären Forschungsprojekts untersucht, welchen Einfluß der Abschluß des Vertrages über den Offenen Himmel auf die Nutzung satellitengestützter Fernerkundung für die Verifikation konventioneller Rüstungskontrollvereinbarungen haben wird und ob die Verwendung von Fernerkundungsdaten einen Beitrag zur frühzeitigen Erkennung von Konflikten und zu ihrer Bewältigung leisten kann. Diese Studien werden Anfang 1993 abgeschlossen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Bochum.

Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln, Weßling.

Veröffentlichungen zum Thema:

- ESA liebäugelt mit den Militärs, in: Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg, IFSH aktuell, 4/1992.
- Remote Sensing and European Security, in: H.-J. Heintze (ed.), Remote Sensing Under Changing Conditions, Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum Humanitären Völkerrecht, 14, Bochum 1992, S. 1-14 (zusammen mit H.-J. Heintze/D.Hounam/M. Nowak).
- Satellitenverifikation nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, in: Aussenpolitik 2/1992, S. 195-204 (zusammen mit H.-J. Heintze u. M. Nowak).

Bearbeiter: Erwin Müller

Projekt: Ein System Kollektiver Sicherheit (SKS) als Basis einer Neuen Europäischen Sicherheitsordnung

Kurzbeschreibung:

Angesichts der tiefgreifenden politischen Veränderungen im europäischen Staatensystem hat sich der Bedarf an einer neuen Sicherheitsordnung der Zukunft sprunghaft erhöht. Aus dem Fundus der in der Diskussion befindlichen Alternativmodelle zur Ablösung einer labilen Sicherheitsgarantie durch Abschreckung bietet sich das Modell der Kollektiven Sicherheit an (Sicherheit durch SKS), in dessen Rahmen sich die Teilmodelle von Sicherheit durch Abrüstung, durch Angriffsunfähigkeit und durch Vertrauensbildung als integrale Elemente einbetten lassen.

Da das Modell aufgrund seiner unzulänglichen Umsetzung im Rahmen von Vorgängeransätzen wie Völkerbund und UNO (falls diese überhaupt als SKS gedacht waren bzw. implementiert wurden) vorbelastet ist und sich massiver Kritik ausgesetzt sieht, ist zunächst abzuklären, wo die prominentesten Defizite der "realisierten" Modelle liegen, die keineswegs mit potentiellen Defiziten der SKS-Idee identisch sein müssen. Gleichwohl ist auch dieser prinzipiellen Frage nachzugehen.

Um sie auf einer möglichst breiten und dementsprechend ergiebigen Basis beantworten zu können, werden auch andere historisch-empirische SKS-Ansätze untersucht und ausgewertet, insbes. das alte Deutsche Reich ab 1648 und der Deutsche Bund. Darüber hinaus läßt sich aus dem Studium der älteren und aktuelleren Geschichte von Bündnissen und Balance-of-Power-Systemen, die mit einem SKS eine Vielzahl struktureller Analogien gemeinsam haben, eine Fülle von verwertbaren Aufschlüssen über die Funktionsbedingungen kollektiver Sicherheit, insbes. den Beistandsaspekt, gewinnen.

Kombiniert man diese empirisch gewonnenen Erkenntnisse mit einigen logischen Deduktionen aus vorliegenden generellen Hypothesen, so sollten sich normative Vorgaben formulieren lassen, nach denen ein SKS auszugestalten wäre.

Konkret geht es also um die Ausformulierung der Satzungsrichtlinien eines effektiven SKS, die sowohl alle nötigen Details mit der gebotenen Verbindlichkeit regeln als auch allen hinlänglich wahrscheinlichen Pro-

blemfällen gerecht werden, indem ihre Bearbeitbarkeit normativ gesichert wird. Sie müßten alle relevanten Kriterien und Desiderate in einer so konkreten Weise angeben, daß sich ein rechtliches Regelwerk ableiten ließe. Im einzelnen sind Antworten auf folgende Fragen vonnöten:

- 1.- SKS-Teilnehmerkreis;
- 2.- Organisation und Organe des SKS;
- 3.- Entscheidungsfindungsmechanismen;
- 4.- Kompetenzen des SKS;
- 5.- Machtinstrumente des SKS, insbes. ökonomischer und militärischer Art (supranationale Systemstreitkräfte, nationale Streitkräfte und deren -angriffsunfähige - Ausgestaltung etc.).

Die Arbeit in dem hier abgesteckten Forschungsbereich erfolgt nicht abgeschottet von anderen Optionen, sondern mit Blick auf ein weitergehendes Konzept einer Neuen Europäischen Friedensordnung, die zum zeitlich anschließenden Forschungsgegenstand werden sollte. Diese Friedensordnung könnte eine bei allem Sicherheitsgewinn nach wie vor auf der Prämisse potentieller internationaler Konfrontation beruhende Sicherheitsordnung ablösen, indem sie einen Zustand herbeiführt, in dessen Rahmen das (internationale) System die gewohnten Gefährdungen erst gar nicht produziert, sei es aufgrund der Charakteristik seiner Elemente, sei es aufgrund der Charakteristik der Beziehungen zwischen ihnen.

Das Forschungsprojekt wurde bis Juli 1992 im Rahmen eines Aufenthaltes in den USA am Center for International Affairs an der Harvard University/Cambridge fortgesetzt.

Wissenschaftliche Kooperation

Center for International Affairs, Harvard University

Center for Defense Journalism, Boston University

Veröffentlichung zum Thema:

- Die UNO im Umbruch. Friedenspolitische Aktivitäten und Reformdebatte, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 120-133 (zus. mit Konrad Klingenburg).

Bearbeiter: Reinhard Mutz

Projekt: Europäische Sicherheit nach dem Zerfall der Blockordnung und die sicherheitspolitische Orientierung der Bundesrepublik Deutschland.

Kurzbeschreibung:

Das Ziel des Forschungsvorhabens besteht darin, Voraussetzungen und Erfordernisse zu klären, die den Gesellschaften Europas eine Zukunft gewährleisten

- ohne Krieg,
- frei von äußerer Bedrohung,
- in politischer Selbstbestimmung und
- nach Maßregeln einer für alle Beteiligten vorteilhaften Zusammenarbeit.

Auf dieser Grundlage richtet sich das engere Erkenntnisinteresse des Projekts auf den möglichen Beitrag der deutschen Politik zur Verwirklichung des Zielzustandes.

Die Konzipierung einer Ordnung des gesicherten Friedens in Europa stellt keine neue Forschungsaufgabe dar. Neuartig sind die politischen Bedingungen, die das Ende des Ost-West-Konflikts nach der vollständigen politischen Revolutionierung Osteuropas und dem Aufbrechen neuer Gewaltpotentiale auf dem Kontinent der Verfolgung des alten Ziels eröffnet hat.

Über die Funktionen, die ein leistungsfähiges System regionaler Sicherheit erfüllen muß, liegen ausreichende Erkenntnisse vor. Desgleichen können die erforderlichen organisatorischen und institutionellen Konsequenzen als zumindest theoretisch geklärt angesehen werden. Der Forschungsbedarf ergibt sich aus der Frage nach der angemessenen Transformationsstrategie: Auf welchen Wegen und durch welche Mittel kann der Übergang von einer konfrontativen blockförmigen zu einer kooperativen (kollektiven) Sicherheitsordnung Europas bewirkt werden? Welche Entwicklungen begünstigen einen solchen Übergang, welche Hindernisse stehen ihm entgegen? Dazu sind vornehmlich zwei Empiriefelder, die

derzeit tiefgreifenden Veränderungen unterliegen, realanalytisch zu bearbeiten:

a) *Sicherheitspolitische Risikofaktoren.* Aus welchen Ursachen und Anlässen können künftig in Europa sicherheitsrelevante zwischenstaatliche Konflikte erwachsen? Welche Krisen- und Konfliktzonen bergen neue (nationale, ethnische, menschenrechts- und minoritätspolitische, ökonomische, ökologische) Gefahrenpotentiale? Bedrohen außereuropäische Konflikte Europa? Kommt eine größere Verantwortung für den Frieden in Krisenregionen der Dritten Welt auf Europa zu?

b) *Sicherheitspolitische Interessenlagen.* Wie definieren die wichtigsten europäischen Staaten ihre Sicherheit nach außen? Wodurch sehen sie sich zu Sicherheitsvorkehrungen veranlaßt? Welche Ziele und Interessen verbinden sich mit der Forderung nach verstärkter sicherheitspolitischer Integration Westeuropas? Was veranlaßt das Bestreben mittel- und osteuropäischer Länder nach Assoziierung und Integration in die multinationalen Zusammenschlüsse des Westens auch auf militärischem Gebiet.

Die Ergebnisse des Projekts sollen Aufschlüsse über Handlungsspielraum und Optionen der deutschen Sicherheitspolitik erbringen. Die Mittellage Deutschlands impliziert zugleich eine Mittlerrolle. Wie sie bisher wahrgenommen wurde unterliegt einer kritischen Beurteilung und eröffnet die Frage nach problemangemessenen Alternativen. - Das Projekt ist auf eine kooperative Bearbeitungsweise angelegt.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Mobilmachung zum Krieg - Die Bundeswehr zwischen Verteidigungs- und Interventionsauftrag, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 18-30.
- Die Debatte über einen erweiterten Auftrag der Bundeswehr, in: jet-news 1/1992, S. 35-57.

Bearbeiter: Götz Neuneck

Projekt: Qualitative Rüstungskontrolle und Proliferation von Raketentechnologien

Kurzbeschreibung:

Der Schwerpunkt von Rüstungskontrolle verschiebt sich von klassischen bilateralen Rüstungskontrollverträgen hin zu multilateralen Regimen, die auch qualitative Merkmale konventioneller Rüstung mit einbeziehen müssen. Einerseits stellt sich die Frage, ob die Erfahrungen der bilateralen Rüstungskontrolle auf andere Konfliktkonstellationen und andere geografische Gebiete übertragbar sind, andererseits bestehen angesichts weltweiter Abrüstungsinitiativen Ansätze und Möglichkeiten für globale Abrüstung und Rüstungskontrolle. Als Untersuchungsgegenstand wurde die als wachsende Gefahr angenommene Proliferation von Raketentechnologien ausgewählt.

Rüstungsexperten zufolge sollen 15-20 Länder bis zum Jahre 2000 in der Lage sein, mittels Raketen kurzer und mittlerer Reichweite Massenvernichtungsmittel zu verschießen. Der internationale Handel, Rüstungsexporte und die Diffusion von Technologien tragen dazu bei, daß Produktionstechnologien, Komponenten oder ganze Raketensysteme in Regionen gelangen, die zu den Konfliktregionen dieser Welt gehören.

Zusätzlich trägt der Zerfall des militärisch-industriell-bürokratischen Komplexes der ehemaligen Sowjetunion zur Verstärkung der Proliferationsgefahren bei. Nuklearmaterial wird für den Export freigegeben, Ingenieure und Wissenschaftler werden angesichts der schlechten Lebensverhältnisse in der GUS mit lukrativen Arbeitsangeboten aus dem Ausland konfrontiert. Eine zentrale Ausfuhrkontrolle besteht z.Zt. nicht. Die Forschung auf dem Gebiet der ballistischen Raketenabwehr wird teilweise mit der wachsenden Proliferationsgefahr legitimiert.

Ein bilaterales Forschungsprojekt zwischen Hamburg und Instituten in Neu Delhi und Washington wurde initiiert, um die zukünftigen Gefahren durch die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und dazu-

gehörigen Trägertechnologien bzw. die geplanten Gegenmaßnahmen der westlichen Industrienationen (SDI, coercive arms control, verstärkte Rüstungsexportkontrolle) abzuschätzen und für den Fall der Raketenweiterverbreitung sinnvolle Rüstungskontrollregime vorzuschlagen.

Die Arbeit auf dem Gebiet der Rüstungsmodernisierung konventioneller Streitkräfte wurde fortgesetzt. Im Rahmen eines Forschungsprojektes mit dem "Center for Science and International Security" (CENSIS) in der Universität Hamburg wurde eine Datenbank für Raketensysteme und dazugehörige Literatur zum Thema der Weiterverbreitung von Raketentechnologien aufgebaut.

Wissenschaftliche Kooperation:

IANUS, c/o Institut für Kernphysik, TH Darmstadt

Institute for Defence Studies and Analysis, New Delhi

Center for Strategic and International Studies, Washington D.C.

Veröffentlichungen zum Thema:

- Civil-military ambivalence of science and the problem of qualitative arms control, in: H.G. Brauch, H.J. van der Graf, J. Grin and Wim A. Smit (eds.), Controlling destabilizing R & D and the export of military or dual-use technology - Lessons from the past and challenges for the 90s. Amsterdam/New York, 1992, S. 43-57. (zus. mit J. Scheffran)
- Von SDI zu GPALS. Des Kaisers neue Kleider. Dossier Nr. 10, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 2/1992, S. X-XVIII) (zus. mit J. Scheffran, J. Altmann, W. Liebert).
- Das Nuklearerbe der Sowjetunion als Proliferationsproblem, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 94-101 (zus. mit W. Liebert).
-

Bearbeiterin: Ursel Schlichting

Projekt: Nationalitätenkonflikte und Systemwechsel in der ehemaligen Sowjetunion

Kurzbeschreibung:

Am 21.12.1991 hat die Sowjetunion aufgehört, als Subjekt des Völkerrechts zu existieren. An ihre Stelle sind 15 souveräne (nominelle) Nationalstaaten getreten, von denen elf sich zu der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zusammengeschlossen haben, um die notwendige Kooperation, zumindest im wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich, aufrechtzuerhalten.

Bereits vor dem gescheiterten Putschversuch im August 1991 hatten alle 15 Unionsrepubliken und zahlreiche nachgeordnete Verwaltungseinheiten ihre Souveränität im Rahmen der Union oder ihre staatliche Unabhängigkeit erklärt. Die Zentralregierung hatte sich den Problemen bis dahin nicht gewachsen gezeigt und durch zu späte oder unangemessene Reaktion auf die Autonomieforderungen der Völker in der Sowjetunion einer Radikalisierung der nationalen Bewegungen und ihrer Forderungen Vorschub geleistet. Bei den Konflikten ging es letztendlich nicht mehr nur um die national-kulturelle Emanzipation von Nicht-Russen gegenüber dem von Russen dominierten Zentralstaat, sondern grundsätzlich um den (schein)föderativen Aufbau der Union und ihre politische Struktur.

Die eskalierenden Auseinandersetzungen zwischen der Unionsregierung und den Republiken um Eigentumsfragen und Kompetenzverteilung wirkten sich schließlich auf alle Bereiche sowjetischer Politik aus und erwiesen sich als herausragende Begleiterscheinung der Perestrojka und des Systemwechsels. Sie wurden zum entscheidenden Auslöser für den Putschversuch, dessen Scheitern den Zerfall der Union beschleunigte. Die Nationalitätenkonflikte sind durch den Zerfall jedoch keinesfalls gelöst: Sie setzen sich auf der Ebene der nunmehr souveränen Staaten nicht nur fort, es treten zunehmend neue Konflikte zutage, andere sind in Zukunft zu befürchten.

Ausgangspunkt der Untersuchung ist die zentrale Hypothese, daß die Nationalitätenkonflikte weder die Folge von Glasnost und Perestrojka, noch sekundäres Phänomen der Demokratisierung sind, noch ausschließlich negativ in Erscheinung treten. Vielmehr waren die Entstehung (demokratischer) nationaler Bewegungen und ihre zunehmenden Artikulationsmöglichkeiten infolge der aufkeimenden Meinungsfreiheit zumindest in den ersten Jahren Motor und Vorreiter der sowjetischen Reformpolitik, trieben die notwendige Dezentralisierung der Macht voran und verliehen der Demokratisierung Massenschubkraft. Daraus ergeben sich als zentrale Fragestellungen: Welchen Anteil haben die Nationalitätenkonflikte am Systemwechsel in der Sowjetunion? Welche Systemmerkmale begünstigen die Entstehung und Eskalation von Nationalitätenkonflikten bzw. welche Systemmerkmale sind zu ihrer Beendigung bzw. für ein friedliches Miteinander geeignet bzw. notwendig?

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Internationale Politik und Regionalstudien, FU Berlin.

Veröffentlichung zum Thema:

- Der Zerfall der Sowjetunion, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.): Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 153-169 (zus. mit Anna Kreikemeyer).

Bearbeiterin: Claudia Schmid

Projekt: Friedensstrategien für Regionalkonflikte in der "Dritten Welt" am Beispiel des Vorderen Orients

Kurzbeschreibung:

Das Ende des Ost-West-Konfliktes und der zweite Golfkrieg bilden einschneidende Zäsuren in der internationalen Sicherheitspolitik. Das Projekt untersucht veränderte Rahmenbedingungen internationaler Sicherheit sowie deren Auswirkungen hinsichtlich möglicher Friedensstrategien in der "Dritten Welt".

Für die Sicherheitspolitik sogenannter Entwicklungsgesellschaften und für die Bedeutung von Regionalkonflikten in der "Dritten Welt" sind zwei Entwicklungstrends herausragend:

1. Es findet eine Regionalisierung von Sicherheitspolitik statt, d.h. viele Staaten der "Dritten Welt" haben sich sicherheits- und militärpolitisch verselbständigt.
2. Es findet eine Re-Traditionalisierung von Sicherheitspolitik statt, d.h. eine militärische Bearbeitung von Konflikten, die primär nicht-militärischer Natur sind, bleibt bzw. wird wieder hoffähig.

Das Projekt, das auf verallgemeinerungsfähige Aussagen abzielt, untersucht diese beiden Trends am Beispiel des Vorderen Orients. In keiner Region der Welt sind seit dem Zweiten Weltkrieg so viele Kriege geführt worden, nirgendwo sonst in der "Dritten Welt" stehen sich so viele Waffen und Soldaten gegenüber. Im Vorderen Orient existiert eine Fülle gravierender Konflikte: Streit um Territorien und Ressourcen, ethnische und religiöse Spannungen, politische Protestbewegungen, soziale Verteilungskämpfe usw., die alle samt und sonders gewaltsam und kriegerischer ausgetragen werden.

Sollten der zweite Golfkrieg und seine Nachkriegszeit als Testfälle für weltpolitische Neugestaltungen gelten und sollten sie ein Mehr an Stabilität, gar friedlichere Zeiten für den Vorderen Orient einleiten, so ist ein Scheitern dieser Bemühungen festzustellen. Der zweite Golfkrieg demonstrierte eindrücklich, daß die Befriedung der Region zwar längst nicht mehr allein von der Lösung der Israel-Palästina-Frage abhängig ist,

daß es jedoch ohne eine Konflikteinhegung dieses regionalen Kernkonfliktes niemals eine dauerhafte und gerechte Friedensordnung in der Region geben wird. Anlaß zur Hoffnung auf eine erfolgreiche Friedensinitiative bietet der Nahost-Friedensprozeß. Seit Oktober 1991 verhandeln Israelis mit ihren arabischen Nachbarn und mit Palästinensern über einen Frieden im Nahen Osten. Auf den ersten Blick scheint es, als ob mit diesem Geflecht von häufig unterbrochenen bi- und multilateralen Gesprächsrunden ein neues Kapitel in der Geschichte der Friedensdiplomatie des Nahen Ostens aufgeschlagen wurde. Skepsis ist jedoch angebracht. Die Verhandlungen können noch immer keine substantiellen Erfolge vorweisen und die Friedensgespräche finden in Koexistenz mit regionaler Aufrüstung, Gewalt und Terror statt.

Vor diesem Hintergrund sucht die Projektbearbeiterin Antworten auf die zentralen Fragen: Was konkret bedeutet eine regionalisierte und militarisierte Sicherheitspolitik im Vorderen Orient? Welche Bedingungen müssen vorherrschen, damit Friedensinitiativen fruchten könnten? Wie könnten die territorialen Streitigkeiten zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarstaaten, besonders Syrien und Libanon, einen friedlichen Ausgleich finden? Wie könnte der israelisch-palästinensische Nationalitätenkonflikt in einen Koexistenzkompromiß verwandelt werden?

Veröffentlichungen zum Thema:

- Die regionalisierte Welt: Rekonzeptualisierung der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992 (i.E.)
- Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg, S. 66-79.
- Der Palästina-Konflikt: wechselnde Spannungsgrade - veränderte Konstellationen - neue Friedenschancen?, in: Christopher Daase, Susanne Feske, Bernhard Moltmann, Claudia Schmid (Hrsg.), Regionalisierung der Sicherheitspolitik. Tendenzen in den internationalen Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, Baden-Baden 1992 (i.E.)

Bearbeiterin: Maria Schoppa

Projekt: Probleme der Sicherheit Polens nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes

Kurzbeschreibung:

Die Vereinigung Deutschlands, die Auflösung der Warschauer Vertragsorganisation und der Abzug der sowjetischen Truppen schufen eine neue sicherheitspolitische Lage in Polen.

Eine der grundlegenden Herausforderungen der neuen polnischen Außenpolitik sind neben den Beziehungen zu Deutschland diejenigen zu den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Der Aufbau eines europäischen Sicherheitssystems und der polnische Beitrag zur Vereinigung Europas nehmen eine wichtige Stellung ein. Andere Schwerpunkte des neuen Aufgabenkatalogs bilden die regionale Zusammenarbeit im Dreieck Budapest-Prag-Warschau, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten und zu westeuropäischen Ländern.

Bis zur Klärung der Frage der polnischen Westgrenze galt das wissenschaftliche Interesse bezüglich der polnischen Außenpolitik fast ausschließlich den deutsch-polnischen Beziehungen. In diesem Forschungsprojekt wird demgegenüber das Verhältnis Polens zu seinen östlichen Nachbarn analysiert. Zum ersten Mal hat Polen an seiner Ostgrenze unabhängige Staaten als Nachbarn und nicht Teile eines riesigen Hegemonialgebildes. In Anbetracht der Entwicklungen in der polnischen Außenpolitik seit 1989 untersucht die Arbeit die Beziehungen zwischen Polen und der Sowjetunion bzw. zu den Republiken, wobei hier das Verhältnis zu Litauen, der Ukraine und Weißrußland in den Vordergrund gestellt wird. In diesem Zusammenhang werden die Fragen der Minderheiten als prägender Faktor der außenpolitischen Beziehungen Polens zu seinen östlichen Nachbarn, die ersten diplomatischen und wirtschaftlichen Kontakte zu den souveränen Staaten und die polnisch-sowjetischen Verhandlungen über den Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen analysiert.

Im einzelnen werden folgende Probleme behandelt:

- die regionale Zusammenarbeit im Dreieck Budapest-Prag-Warschau,

- die polnische Ostpolitik seit 1989,
- der Abzug der sowjetischen Truppen aus Polen als sicherheitspolitischer Faktor,
- das Minderheitenproblem in Polen,
- die litauische Frage,
- die polnisch-ukrainischen Beziehungen,
- die Weißrussen in Polen.

Wissenschaftliche Kooperation:

Institut für Internationale Beziehungen an der Universität Warschau

Institut für Politische Wissenschaften an der Universität Warschau

Veröffentlichungen zum Thema:

- Der Wandel in Europa und die Sicherheit Polens, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 61, Hamburg 1992.

Bearbeiter: Thomas Wehner

Projekt: Regionale Konversion. Aspekte der zivilorientierten Umwandlung von Rüstungsproduktion, standortgebundener Beschäftigung und Liegenschaften der Bundeswehr in Hamburg.

Kurzbeschreibung:

Der Ausgangspunkt für die Projektüberlegungen, die im Sommer 1990 begannen, lag in der bundesdeutschen Konversionsdebatte, die seit den 1990 vereinbarten Abrüstungsmaßnahmen nun auch eine "wissenschaftspraktische" Dimension aufwies. Für den Bereich der Freien und Hansestadt Hamburg sollte daher eine Konversionsstudie verfaßt werden. Neben der einschlägigen Literatur beruhte die Studie in erster Linie auf Interviews, die mit den unterschiedlichen Betroffenen aus Bundeswehr, Rüstungsindustrie und Stadtverwaltungen geführt wurden. Die Untersuchung hatte folgende Ziele, die darin bestanden,

1. die Abhängigkeit der Wirtschaftsregion Hamburg von der Rüstungswirtschaft zu untersuchen und dabei andere bundesdeutsche Ballungsräume (Bremen und München) vergleichend in die Analyse einzubeziehen,
2. die Folgen der Schließung von Bundeswehrstandorten in Hamburg (im Vergleich mit dem Großraum München und den Bundesländern Rheinland-Pfalz und Bremen) für die hiervon direkt und indirekt Betroffenen aufzuzeigen, und
3. die Bedeutung einer zivilen Nutzung von Bundeswehr-Liegenschaften unter Berücksichtigung anderer bundesrepublikanischer Städte und Gemeinden zu erfassen und für Hamburg entsprechende Nutzungsüberlegungen anzustellen.

Auftraggeber der Studie war die Hamburger Bürgerschaft, welche die Projektmittel für das Haushaltsjahr 1991 bewilligt und ausgewiesen hatte. Das Projekt hatte eine Laufzeit von 10 Monaten (15. Januar bis 15. November 1992). Die erarbeitete Studie wird 1993 veröffentlicht.

Wissenschaftliche Kooperation:

- **Wirtschafts- und Stadtentwicklungsbehörde der FHH**
- **IG-Metall, Bezirksleitung Hamburg**

4. Veröffentlichungen

Egon Bahr

- Sicherheit auf schmalen Grat, in: Merian; Estland, Lettland, Litauen, Hamburg 1992, S. 38-39.
- Souverän für Deutschland, in: Die Zeit vom 15.10.1992.
- Für Willy Brandt, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1992, S. 122-124.
- Stärkt das Recht wider das Recht des Stärkeren, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 24. Juli 1992.
- Europa danach, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 4/1992, S. 405-425.
- Vorwort, in: Hans J. Gießmann, Das unliebsame Erbe, Baden-Baden 1992, S. 7-12.
- Kollektive Sicherheit in Europa: Rechtssystem oder Wertesystem, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 183-185.
- From Western Europe to Europe, Jean Monnet Chair Papers, Florenz 1992.

Susanne Bund

- Literaturlauswahl zum Themenschwerpunkt "Die Welt von morgen", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 107-108.

- Völkerrecht und Friedensordnung. Literaturlauswahl, in: Vierteljahrsschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1992, S. 50.

Hans-Georg Ehrhart

- Sicherheit durch Assoziation und Integration? Zur sicherheitspolitischen Einbindung des "Ostens", Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 62, Hamburg 1992.
- Der "Westen" und die Sicherheit des "Ostens": Lage, Risiken, Optionen, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Das Undenkbare denken, Festschrift für Egon Bahr zum 70. Geburtstag, Baden-Baden 1992, S.395 - 408.
- Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 12, Hamburg 1992 (Mitverf.).
- Sicherheitspolitik in Europa: NATO, EG, WEU, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 219 - 232.
- La sécurité européenne vue par le PS et le SPD, Un rapprochement difficile, in: Documents, Revue des Questions Allemandes 5/1991, S. 25 - 31.
- Rüstungsmodernisierung in Frankreich, in: Erwin Müller/Götz Neuneck (Hrsg.), Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle. Neue Technologien, Rüstungsdynamik und Stabilität, Baden-Baden 1992, S. 187 - 201.
- Alain Carton, Les Neutres, la Neutralité et l'Europe, Paris 1991, besprochen in: Dokumente, Zeitschrift für den deutsch-französischen Dialog 3/1992, S. 256.

- Ein Korps für Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/1992, S. 778 - 780.
- Es gibt keinen militärischen Einsatz zum Billigtarif, in: Baseler Zeitung, 14.8.1992.
- Oliver Thränert, Einseitige Abrüstung? Erfahrungen mit sowjetischen und amerikanischen Initiativen, besprochen in: Süddeutsche Zeitung, 22.9.1992.
- Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EG und die Nuklearfrage, in: Oliver Thränert (Hrsg.), Die EG auf dem Weg zu einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Bonn 1992, S. 47 - 62.
- Zehn Thesen zur Rolle der UNO in Friedensprozessen, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 214-215.

Hans-Joachim Gießmann

- Integration durch Auflösung, in: iPW-Berichte 3-4/1992, S. 18-28.
- Konversion im vereinten Deutschland, Ein Land - zwei Perspektiven? Baden-Baden 1992 (Hrsg.).
- Modernisierung der Wirtschaft durch Abrüstung? Ansätze und Erfahrungen im internationalen Vergleich, in: Technologieberatungsstelle Schleswig-Holstein (Hrsg.), Rüstungskonversion. Herausforderung für Wirtschaft, Politik und Gewerkschaften in Schleswig-Holstein, Kiel 1992, S. 13-29.
- Konversion in Deutschland - Probleme und Perspektiven. Eine Einführung, in: Konversion im vereinten Deutschland, Baden-Baden 1992, S. 11-31.

- Utilization of Hardware: Options and Constraints, in: A. Brunn, L. Baehr, H.-J. Karpe (Hrsg.), Conversion - Opportunities for Development and Environment, Berlin/Heidelberg 1992, S. 54-64.
- Probleme der Standortkonversion in Mecklenburg-Vorpommern. Zum Beispiel Volksmarine, in: Konversion im vereinten Deutschland, Baden-Baden 1992, S. 145-156.
- Die "Denaturierung" der Militärtechnik der NVA, in: Konversion im vereinten Deutschland, Baden-Baden 1992, S. 173-195.
- Aspekte der regionalen Konversion am Beispiel der ehemaligen Marinestandorte, in: Christoph Butterwegge/Eva Senghaas-Knobloch (Hrsg.), Von der Blockkonfrontation zur Rüstungskonversion? Münster 1992, S.159-170.
- Der Abstand zwischen Bonn und der Konversionslandschaft ist groß (ND-Gespräch), in: Neues Deutschland, 18.5.1992.
- Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR. Mit einem Vorwort von Egon Bahr, Baden-Baden 1992.
- Aufbruch zu alten Mythen? Sicherheitspolitik in Mittel-Osteuropa, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 196-206.
- Military Application of Technology from a Verification Perspective, in: Jürgen Altmann et. al., Verification at Vienna, Monitoring Reductions of Conventional Armed Forces, Philadelphia 1992, S. 361-370
- Die zukünftige Rolle Europas in der Internationalen Politik, in: Evangelische Akademie Loccum (Hrsg.), Die Transatlantischen Beziehungen im Umbruch, 23.-25.10.1992.
- Transatlantische Beziehungen, in: forum loccum 3/1992, S. 23-27.

Thorsten Görrissen

- Michael Strübel, Internationale Umweltpolitik. Entwicklungen - Defizite - Aufgaben, Opladen 1992, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 227-228.

Lothar Gutjahr

- Realpolitik Revisited? German foreign and defence policy after unification, Pinter Publishers 1992 (i.E.).
- Globale Konflikteindämmung. Europas Rolle in der Neuen Weltordnung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S.85-88.
- Deutscher Wille zur Weltmacht? Genscherismus und die neue Weltordnung, in: Jörg Calließ/Bernhard Moltmann (Hrsg.), Weltsystem und Weltpolitik. Jenseits der Bipolarität II, Rehbürg-Loccum 1992, S.283ff.
- Joseph S. Nye Jr., Bound to Lead. The Changing Nature of American Power and Nuclear Weapons, New York 1990, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1992, S.61-62.
- Thatcherismus - die nächste Generation?, in: Die Neue Gesellschaft/ Frankfurter Hefte 6/1992, S.550-551.
- Thatcherismus mit anderen Mitteln? Die britische Sicherheitspolitik nach dem Wahlsieg der Konservativen, in: Informationsdienst Wissenschaft & Frieden, Juni 1992, S.40-43.

Sabine Jaberg

- KSZE 2001. Profil einer europäischen Sicherheitsordnung. Bilanz und Perspektiven ihrer institutionellen Entwicklung, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 70, Hamburg 1992.

Margret Johannsen

- Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 12, Hamburg 1992 (Mitverf.).
- Amerikanische Nuklearwaffen in Europa: Rückblick und Ausblick, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 67, Hamburg 1992.

Konrad Klingenburg

- Die UNO im Umbruch. Friedenspolitische Aktivitäten und Reformdebatte, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S.120-133 (zus. mit Erwin Müller).
- Dieter Senghaas, Friedensprojekt Europa, Frankfurt/M. 1992, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 119.
- Michael Staack (Hrsg.), Aufbruch nach Gesamteuropa. Die KSZE nach der Wende im Osten, Münster/Hamburg 1992, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1992, S.175-176.

- Herausforderungen im Wandel: Die KSZE nach dem IV. Folgetreffen in Helsinki. Arbeitspapiere der Schweizerischen Friedensstiftung, 15, Bern 1992 (zus. mit Oliver Mietzsch).

Anna Kreikemeyer

- Auf dem Weg zu einem Menschenrechtsraum in Europa, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1992, S. 26-32.
- Der Zerfall der Sowjetunion, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 153-169 (zus. mit Ursel Schlichting).

Dieter S. Lutz

- Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik 12/1992 (Mitverf.).
- Die Wohlstandsinsel Europa - eine stacheldrahtbewehrte Festung?, in Frankfurter Rundschau Nr. 7 vom 9. Januar 1992, S. 16.
- Neue Friedenspolitik. Ein System Kollektiver Sicherheit in und für Europa, in: Concilium. Internationale Zeitschrift für Theologie 2/1992, S. 147-154.
- Nouvelle Politique de Paix: Un système de sécurité collective en Europe et pour L'Europe, in: Concilium. Revue Internationale de Theologie 2/1992, S. 65-76 (weitere Übersetzungen in Deutsch, Englisch, Spanisch, Italienisch, Niederländisch und Portugiesisch).
- Völkerrecht und Friedensordnung aus der Sicht des Grundgesetzes, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1992, S. 32-37.

- Gesprächskreis "Völkerrecht und Friedensordnung", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1992, S. 51f.
- "Dem Frieden dienen" in Uniform und außerhalb unserer Grenzen?, in: Frankfurter Rundschau Nr. 144 vom 24. Juni 1992, S. 16.
- Das Udenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992 (Hrsg.).
- Egon Bahr: Politiker und Praktiker - Denker und Vordenker, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Das Udenkbare denken, Baden-Baden 1992, S. 19-26.
- Egon Bahr - "Vater" der Gemeinsamen Sicherheit, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Das Udenkbare denken, Baden-Baden 1992, S. 165-182.
- Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, in: Lutz, Dieter S. (Hrsg.), Das Udenkbare denken, Baden-Baden 1992, S. 523-553 (Mitverf.).
- Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, IFSH-aktuell 5/1992.
- Endet die Zukunft in der Gegenwart? Teil I: Zur aktuellen Lage der Zukunft, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 67-71.
- Interventionen - Krieg als ultima ratio?, in: Rathfelder Erich, (Hrsg.), Krieg auf dem Balkan, Reinbek bei Hamburg 1992, S. 90-103.
- Europe on the Way to a Regional System of Collective Security, in: Disarmament 4/1992 (vol. XV), S. 13-25 (weitere Übersetzungen in Russisch, Französisch und Spanisch).
- Militärische Gewalt - Mittel gegen den Krieg in Bosnien-Herzegowina?, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1992, S. 146-150.

- Der Bundeswehreinsatz "out of area". Zum Organstreitverfahren aus Anlaß des Adria-Einsatzes der Bundeswehr, in: Demokratie und Recht 4/1992, S. 362-368.
- Die Gordische Komplexität. Teil II des Aufsatzes "Endet die Zukunft in der Gegenwart?", in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 4/1992, S. 178-183.
- Das Tabu muß gebrochen werden. Thesen zu den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" des Bundesverteidigungsministers, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden 4/1992, S. 216-218.

Erwin Müller

- Die UNO im Umbruch. Friedenspolitische Aktivitäten und Reformdebatte, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 120-133 (zus. mit Konrad Klingenburg).
- Schöne neue Welt? Das amerikanische Konzept einer "Neuen Weltordnung", in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 134-141.

Reinhard Mutz

- Friedensgutachten 1992, Münster 1992 (Mitherausgeber).
- Mobilmachung zum Krieg - Die Bundeswehr zwischen Verteidigungs- und Interventionsauftrag, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 18-30.
- Die Debatte über einen erweiterten Auftrag der Bundeswehr, in: jet-news 1/1992, S. 35-57.

- Welche Helme für die Bundeswehr? in: antimilitarismus-information 1/1992, S. 19-22.
- Die zwei Gesichter militärischer Gewalt - Waffen vernichten und Waffen verhüten Kriege, in: Frankfurter Rundschau v. 9.7.1992, S. 16.
- Zurück zum Faustrecht? Über internationale Einsätze der Bundeswehr, in: Der Spiegel 31/1992, S. 35.
- Frieden schaffen - auch mit Waffen? Eine fatale Illusion, in: Kieler Nachrichten v. 8.8.1992, S.3.
- Streitkräfte - wozu noch? Die Zeit ist jetzt endlich reif für ein neues globales System der Sicherheit, in: Das Parlament 37/1992, S.5.
- Krieg und kein Ausweg? in: Die Weltbühne 37/1992, S. 1128-1131.
- Hans-Heinrich Wrede, KSZE in Wien - Kursbestimmung für Europas Zukunft, Köln 1990, besprochen in: Annotierte Bibliographie für die politische Bildung 2/1992, S. 115.

Götz Neuneck

- Die nukleare Abschreckung überwinden: Chancen und Risiken der Abrüstung nach Ende des Kalten Krieges, in: Dieter S. Lutz (Hrsg.), Das Undenkbare denken. Festschrift für Egon Bahr zum siebzigsten Geburtstag, Baden-Baden 1992, S. 383-393 (zus. mit W. Kerby).
- Civil-military ambivalence of science and the problem of qualitative arms control, in: H.G. Brauch, H.J. van der Graf, J. Grin and Wim A. Smit (eds.), Controlling destabilizing R & D and the export of military or dual-use technology - Lessons from the past and challenges for the 90s. Amsterdam/New York, 1992, S. 43-57. (zus. mit J. Scheffran)

- Von SDI zu GPALS. Des Kaisers neue Kleider. Dossier Nr. 10, in: Informationsdienst Wissenschaft und Frieden 2/1992, S. X-XVIII (zus. mit J. Scheffran, J. Altmann, W. Liebert).
- Das Nuklearerbe der Sowjetunion als Proliferationsproblem, in: Vierteljahresschrift (S+F) 2/1992, S. 94-101 (zus. mit W. Liebert).

Ursel Schlichting

- Der Zerfall der Sowjetunion, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.): Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 153-169 (zus. mit Anna Kreikemeyer).
- Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten: Probleme, Gefahren und offene Fragen am Beispiel der Sicherheitspolitik, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 1/1992, S. 45-49.
- Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die ehemals sowjetischen Streitkräfte: Ein schwieriges Erbe. Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 66, Hamburg 1992 (zus. mit Jörg Wallner).
- Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 12, Hamburg 1992 (Mitverf.).

Claudia Schmid

- Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg, 1992, S. 66-79.
- Der Friedensprozeß im Nahen Osten, in: Deutsches Übersee-Institut (Hrsg.), Jahrbuch Dritte Welt 1993, München, 1992, S. 218-225.

- Die regionalisierte Welt: Rekonzeptualisierung der Nord-Süd-Beziehungen nach dem Ost-West-Konflikt, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 188-192.
- Die Sehnsucht nach einem neuen Staat, Rezension von Helga Baumgarten, Palästina: Befreiung in den Staat. Die palästinensische Nationalbewegung seit 1948. Frankfurt/M. 1991, in: Das Parlament, Nr. 12/1992, S. 21.
- Hans Küng, Das Judentum. Die religiöse Situation der Zeit. München/Zürich, 1991, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 116-117.
- Volker Matthies (Hrsg.), Kreuzzug oder Dialog. Die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen. Bonn 1992, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 118.
- Martin Robbe, Dieter Senghaas (Hrsg.), Die Welt nach dem Ost-West-Konflikt. Geschichte und Prognosen. Berlin 1990, besprochen in: Wuquf. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Bd. 6/1991. Hamburg 1992, S. 494-496; Kurzfassung in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 2/1992, S. 117-118.
- Norbert Mattes (Hrsg.), "Wir sind die Herren und ihr unsere Schuhputzer!" Der Nahe Osten vor und nach dem Golfkrieg. Frankfurt/M. 1991, besprochen in: Wuquf. Beiträge zur Entwicklung von Staat und Gesellschaft in Nordafrika. Bd. 6/1991. Hamburg 1992, S. 499-502.

Maria Schoppa

- Der Wandel in Europa und die Sicherheit Polens, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 61, Hamburg 1992.

Angelika Spelten

- Konflikt und Kooperation in Asien, Afrika und Lateinamerika, in: Reinhard Mutz, Gert Krell, Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Münster/Hamburg 1992, S. 80-94 (zus. mit Susanne Feske und Leopold Mármora).
- Migration - Eine Aufgabe für eine neue Weltordnung, in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 4/1992, S. 192-196.

Jörg Wallner

- Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die ehemals sowjetischen Streitkräfte: Ein schwieriges Erbe, Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 66, Hamburg 1992 (zus. mit U. Schlichting).
- ESA liebäugelt mit den Militärs, in: IFSH aktuell 4/ 1992.
- Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes, Alte Probleme und neue Herausforderungen, Hamburger Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, 12, Hamburg 1992 (Mitverf.).
- Konventionelle Abrüstung in Europa, in: Reinhard Mutz/Gert Krell/Heinz Wismann (Hrsg.), Friedensgutachten 1992, Hamburg/Münster 1992, S. 284-295.
- Remote Sensing and European Security, in: H.-J. Heintze (ed.), Remote Sensing Under Changing Conditions, Bochumer Schriften zur Friedenssicherung und zum Humanitären Völkerrecht, 14, Bochum 1992, S. 1-14 (zus.mit H.-J. Heintze/D.Hounam/M. Nowak).
- Remote Sensing and Strengthening of European Security, Background Paper, Prepared for the Workshop Remote Sensing Under

Changing Conditions, Immenstaad, February 1992 (zus.mit H.-J. Heintze/D. Hounam/M. Nowak).

- Satellitenverifikation nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation, in: Aussenpolitik 2/1992, S. 195-204 (zus. mit H.-J. Heintze u. M. Nowak).

Thomas Wehner

- Hans-Joachim Gießmann (Hrsg.), Konversion im vereinten Deutschland: Ein Land - zwei Perspektiven, Baden-Baden 1992 sowie Christoph Butterwegge/Eva Senghaas-Knobloch (Hrsg.), Von der Blockkonfrontation zur Rüstungskonversion?, Münster/Hamburg 1992, besprochen in: Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden (S+F) 3/1992, S. 173-175.

5. Anhang

5.1 Interdisziplinäre Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit" (CENSIS)

Die Arbeitsgruppe Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg hat die Durchführung von Forschung und Lehre, sowie die Pflege von internationalen Kontakten auf dem Grenzgebiet zwischen Naturwissenschaft und internationaler Sicherheit zum Ziel. Sie arbeitet eng mit dem IFSH zusammen. Über die Arbeit von CENSIS siehe den nachfolgenden Bericht von *Prof. Hartwig Spitzer* (Auszüge).

CENSIS in Hamburg: Naturwissenschaftler(innen) verlassen den Elfenbeinturm

Dieser Text soll die Entstehung, die jetzigen Projekte und Perspektiven für die zukünftige Arbeit der Arbeitsgruppe für Naturwissenschaft und Internationale Sicherheit in der Universität Hamburg (CENSIS) erläutern.

1. Motivation und Übersicht

Die Naturwissenschaften ermöglichen und prägen den weltweiten Wettlauf um technologische Führerschaft und wirtschaftliche Entwicklung. Dieser Wettlauf zeigt in wachsendem Maße globale Auswirkungen. Teile der Menschheit und das sie beherbergende Ökosystem sind durch Hunger, Kriege, Umweltverschmutzung und Übernutzung der gemeinsamen Ressourcen unmittelbar oder latent gefährdet. Menschliches Handeln und Verhalten wird durch den Einsatz technischer Mittel enorm verstärkt. Das gilt insbesondere für den Rüstungssektor.

Unter dem Eindruck des Wettrüstens zwischen Ost und West haben sich Naturwissenschaftler aus den Fachbereichen Informatik, Mathematik und Physik der Universität Hamburg im Jahre 1988 zur Arbeitsgruppe "Naturwissenschaft und internationale Sicherheit in der Universität Hamburg" (Center for Science and International Security - CENSIS) zu-

sammengeschlossen. Ihr Ziel war und ist es, Fragestellungen aus dem Grenzbereich zwischen Naturwissenschaft und Internationaler Sicherheit in interdisziplinären Forschungsprojekten zu bearbeiten sowie in die Lehre in der Universität einzubringen. Die Gruppe will - aus den Fachdisziplinen heraus - Wissenschafts- und Technikfolgen untersuchen und Ansätze und Verfahren für einen verantwortlichen Umgang mit Wissenschaft und Technik erarbeiten.

Die bisher begonnenen Forschungsaktivitäten beziehen sich hauptsächlich auf die sicherheitspolitische Entwicklung in Europa. Es werden Projekte zu den folgenden Themenbereichen bearbeitet:

- Mathematische Studien zu Abrüstung und Stabilität (Projektleiter: Prof. Dr. William Kerby)
- Verifikation konventioneller Abrüstung in Europa mittels Fernbeobachtung:
 - Projekt OSCAR: Rechnergestützte Bildauswertung (Projektleiterin: Prof. Dr. Leonie Dreschler-Fischer)
 - Physikalische Grundlagen der Fernerkundung (Projektleiter: Prof. Dr. Johannes Bienlein, Prof. Dr. Hartwig Spitzer)
- Modernisierung und Stabilität: Die Auswirkung neuer Waffentechnologien und ihrer Begrenzung (Projektleiter: Prof. Dr. Hartwig Spitzer)

Die Arbeitsgruppe kooperiert örtlich mit dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und mit dem Institut für Politische Wissenschaft der Universität. Wesentliche Voraussetzungen für diese Arbeit wurden durch Bewilligungen der Volkswagenstiftung geschaffen.

2. Wie kam es zur Gründung von CENSIS?

Die meisten Gründungsmitglieder sind noch im "Elfenbeinturm" westdeutscher Nachkriegsuniversitäten aufgewachsen. Unter den Naturwissenschaftlern im Universitätsbereich galt damals das Credo von der Wertfreiheit der Wissenschaft. Wissenschaftsfolgen wurden im Lehr- und Forschungsbetrieb meist ausgeblendet. Die Verantwortung für die Anwendung wissenschaftlicher Verfahren außerhalb der Universität

überließ man gerne und mit Überzeugung den Praktikern und Politikern... Bei Auslandsaufenthalten in den USA lernten Gründungsmitglieder von CENSIS eine sehr viel souveränere Diskussionskultur kennen, in der sich Kolleg(inn)en regelmäßig mit Fragen von Naturwissenschaft und Gesellschaft beschäftigen, insbesondere auf dem Gebiet der Rüstungskontrolle. Ähnliche Anstöße kamen auch von der Gruppe von Carl Friedrich von Weizsäcker, der in den sechziger Jahren in Hamburg lehrte.

Erst die Ereignisse im Zusammenhang mit der Nachrüstung von Mittelstreckenraketen führten an der Universität Hamburg zu einem konkreten Schritt aus dem Elfenbeinturm. Auf eine studentische Initiative hin wurde 1984 am Fachbereich Physik das Seminar über Physik und Rüstung eingerichtet, das seitdem regelmäßig durchgeführt wird. Es folgten entsprechende Seminare aus den Fachbereichen Mathematik und Informatik. Als nächsten Schritt versuchten Hamburger Hochschullehrer eine breitere Fachöffentlichkeit sowie die allgemeine Öffentlichkeit durch Ringvorlesungen und Kongresse anzusprechen. Höhepunkte waren der Kongreß "Militarisierung des Weltraumes" im November 1985 und der internationale Kongreß "Ways out of the Arms Race" im November 1986 mit über 3000 Teilnehmer(inne)n. Bei einem Fachsymposium im November 1986 über naturwissenschaftliche Beiträge zu Verifikationsfragen wurden konzeptionelle Grundlagen für die spätere Forschungsarbeit geschaffen.

Im August 1988 wurde CENSIS dann als Forschungsgruppe von den Professor(inn)en J. Bienlein (Physik), H. Daduna (Mathematik), L. Dreschler-Fischer (Informatik) W. Kerby (Mathematik), G. Lindström (Physik), C. P. Ortlieb (Mathematik), H. Spitzer (Physik) und R. Valk (Informatik) gegründet. Vorstudien für die späteren Projekte wurden - finanziert durch das IFSH - von Dipl. Inf. Ch. Drewniok und Dipl. Phys. R. Reimers begonnen. Die volle Projektarbeit begann Ende 1989. Dr. Otfried Ischebeck wurde als wissenschaftlicher Mitarbeiter eingestellt und es wurden sieben Promotionsvorhaben begonnen. ...

Die Arbeitsgruppe arbeitet entsprechend den Hamburger Gegebenheiten örtlich dezentral. Das Teilprojekt "Mathematische Untersuchungen" ist im Fachbereich Mathematik untergebracht, das Teilprojekt "Verifikation" im Fachbereich Informatik. Das Teilprojekt "Rüstungsmodernisie-

rung" arbeitet in Räumen des IFSH. An jedem Standort arbeiten Vertreter mehrerer Disziplinen zusammen. Durch die vergleichsweise große fachliche Nähe der drei beteiligten Disziplinen hat die fachübergreifende Zusammenarbeit nur wenig "Sprachprobleme" zu überwinden. Koordinator der gesamten Arbeitsgruppe ist Prof. Hartwig Spitzer. Sein Vertreter ist Prof. William Kerby.

3. Die Entwicklung der Projekte

Als wir das Forschungsprogramm im Jahre 1988 konzipiert haben, waren die Nachwehen der Ost-West-Konfrontation, aber auch Anzeichen für eine Neuorientierung in der europäischen Sicherheitspolitik zu spüren. Wir haben damals drei Leitfragen für eine naturwissenschaftliche Begleitforschung im Rahmen der Hamburger Arbeitsgruppe aufgestellt:

1. Wie kann der Übergang zu einer zukünftigen defensiv- und stabilitätsorientierten Rüstungsstruktur auf niedrigerem Niveau modelliert werden?
2. Welche Verifikationstechniken sind erforderlich, um Abrüstungsabkommen insbesondere bei der konventionellen Rüstung zuverlässig überprüfen zu können?
3. Wie wirkt sich der fortlaufende Modernisierungsprozeß auf die Tragfähigkeit der auszuhandelnden Rüstungsbegrenzungsverträge aus?

Entsprechend den drei Leitfragen wurden drei Teilprojekte konzipiert und bearbeitet:

- 1) Teilprojekt: Mathematische Untersuchungen zur Stabilität bei der Abrüstung von konventionellen Waffen und Kernwaffen
- 2) Teilprojekt: Verifikation konventioneller Abrüstung in Europa mittels Fernbeobachtung
- 3) Teilprojekt: Rüstungsmodernisierung und Stabilität:
Die Auswirkungen neuer Technologien auf die konventionelle Rüstung

4. Fragestellungen für zukünftige Arbeiten

Die Welt befindet sich in einer Phase schneller politischer, sozialer, ökonomischer und ökologischer Veränderungen. Trotz der Ungewißheit über langfristige, politische Entwicklungen kann davon ausgegangen

werden, daß die Technisierung der Produktion, der Lebensweise sowie der Sicherheitsapparate weltweit weiter zunehmen wird. Dabei ist mit folgenden Trends zu rechnen:

- Weiteres Vordringen der Informationswissenschaft und -technik
- Verlagerung von einem quantitativen zu einem qualitativen Wettstreit sowie weltweite Verbreitung von moderner Rüstungstechnik parallel zur Verbreitung ziviler Technologie (Beispiel: Raketentechnologie)
- Zunahme von technik- und konsumbedingten Umweltgefährdungen

Für die Forschung ergeben sich daraus folgende Fragestellungen:

- a) Wie kann der Innovations- und Modernisierungsprozeß in der Rüstungsforschung methodisch erfaßt werden? Wie läßt sich die weltweite Weiterverbreitung von moderner Rüstungstechnologie stoppen bei gleichzeitiger Ausbreitung ziviler Hochtechnologie?
- b) Wie können geeignete Instrumente und Verfahren für eine weltweite Überwachung von Sicherheits- und Umweltgefährdung sowie für die Verifikation entsprechender Verträge entwickelt werden?
- c) Wie lassen sich Sicherheit und Stabilität in einer zunehmend komplexen und multipolaren Welt modellieren?

5.2 Reihenübersicht

"Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- | | | |
|------|----|--|
| Heft | 1 | Reinhard Mutz, Gemeinsame Sicherheit. Grundzüge einer Alternative zum Abschreckungsfrieden. März 1986.* |
| Heft | 2 | Dieter S. Lutz, Gemeinsame Sicherheit. Zur Entstehung einer neuen Konzeption und zur bisherigen Resonanz in der Bundesrepublik. Mai 1986.* |
| Heft | 3 | Peter Wilke/Herbert Wulf, Manpower Conversion in Defence Related Industry. A report prepared for the International Labour Office. Juni 1986.* |
| Heft | 4 | Christiane Rix/Peter Wilke, Gemeinsame Sicherheit. Politische Strategie und alternatives Konzept. Juli 1986.* |
| Heft | 5 | Reinhard Mutz, Common Security. Elements of an Alternative to Deterrence Peace. Engl. version of vol. 1, translated by Dennis Mercer. Sept. 1986.* |
| Heft | 6 | William Kerby, The Impact of Space Weapons on Strategic Stability and the Prospects for Disarmament - A Quantitative Analysis. Okt. 1986. |
| Heft | 7 | Hanne-Margret Birckenbach/Christoph Sure, "Warum haben Sie eigentlich Streit miteinander?" Kinder schreiben an Reagan und Gorbatschow über ihre Kriegsängste und Wünsche nach Frieden. Dez. 1986.* |
| Heft | 8 | Dieter S. Lutz, Common Security - the New Concept. Distinctive Features and Structural Elements of Common Security Compared with Other Security Policy Methods and Strategies. Dez. 1986.* |
| Heft | 9 | Alexander Theilmann, Die Diskussion über militärische Defensivkonzepte. Entwicklungen, Inhalte, Perspektiven. Dez. 1986.* |
| Heft | 10 | Christiane Rix, Ansätze für eine neue Sicherheitspolitik der DDR. Dez. 1986.* |

- Heft 11 Dieter S. Lutz, Security Partnership and/or Common Security? On the Origins and Development of a New Concept and on the Criticisms and Reactions to it in the FRG and GDR. Translated by Andrew Denison. Dez. 1986.*
- Heft 12 Günther Baechler, EDI. "European Defence Initiative". Implications of Missile Defence in Europe for West German Security Policy (mit A. Statz). Dez. 1986.
- Heft 13 Dieter S. Lutz, Grundgesetz und Gemeinsame Sicherheit. Zu den verfassungsrechtlichen Rahmenbedingungen Gemeinsamer Sicherheit nach dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland. März 1987.*
- Heft 14 Wolf Graf von Baudissin, Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Zum 80jährigen Geburtstag des Gründungsdirektors des IFSH. Mai 1987.*
- Heft 15 Horst Fischer, Völkerrechtliche Normenbildung und sicherheitspolitische Konzeptionen. Aktuelle Rechtsquellenprobleme und die Implementation Gemeinsamer Sicherheit. Mai 1987.
- Heft 16 Tordis Batscheider, Star Wars: Das Ende der Abschreckung? Zur Rückführung einer aktuellen Streitfrage auf ihre grundsätzliche Bedeutung. Juni 1987.
- Heft 17 Pal Dunay, Hungary's Security Policy. Juni 1987.
- Heft 18 Hans Carl von Werthern, Die Außenpolitik neutraler Staaten in Europa und ihr Beitrag zur Entspannung. Juli 1987.
- Heft 19 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part I. Juni 1987.
- Heft 20 Hartwig Spitzer (Hrsg.), Proceedings of the Workshop "Scientific Aspects of the Verification of Arms Control Treaties". Hamburg, Nov. 13/14, 1986, Part II. Juni 1987.
- Heft 21 Günther Baechler/Christiane Rix, Sicherheitspolitische Differenzierungsprozesse: Wandel der Rolle des Militärischen in den "Ost-Ost-Beziehungen". Nov. 1987.*

- Heft 22 Dieter S. Lutz, Zur Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit. Genesis, Definition und Kriterien Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen Defensiver Abhaltung und Gemeinsamer Sicherheit. Nov. 1987.*
- Heft 23 Herbert Wulf, Deutsche Waffen für die Dritte Welt. Die bestehenden Gesetze werden ausgehöhlt, umgangen, gebeugt und gebrochen. Dez. 1987.*
- Heft 24 Veröffentlichungen 1971-1987 - Gesamtverzeichnis. Dez. 1987.*
- Heft 25 Dieter S. Lutz, On the Theory of Structural Inability to Launch an Attack. Jan. 1988.*
- Heft 26 Jahresbericht 1987. Febr. 1988.*
- Heft 27 Gemeinsame Sicherheit und Friedliche Koexistenz. Ein gemeinsamer Report des IFSH (Hamburg) und des IPW (Berlin/ DDR) über ihre wissenschaftlichen Diskussionen. Mai 1988.*
- Heft 28 Hanne-Margret Birckenbach, Die Überwindung von Feindschaft im Ost-West-Konflikt - zur politischen Psychologie einer Streitkultur. Juni 1988.*
- Heft 29 Günter Bächler, Friedensfähigkeit von Demokratien, Demokratisierung der Sicherheitspolitik und Strukturelle Angriffsunfähigkeit. Juli 1988.
- Heft 30 Nick Fiorenza, The Balance of Forces in Central Europe. August 1988.
- Heft 31 Margret Johannsen/Dieter S. Lutz, Alternative Sicherheitskonzepte: Ein Thema für die Friedenserziehung. Eine Einführung mit Anregungen für Unterricht und Weiterbildung. September 1988.*
- Heft 32 Andreas Pott, Europäische Sicherheit I - Gemeinsame Sicherheit als Strategiemodell für Europa? September 1988.
- Heft 33 Margret Johannsen/Herbert Wulf (Hrsg.), Dokumentation der Konferenz "Verantwortung für Frieden und Arbeit". Oktober 1988.
- Heft 34 Ludger Dünne, Zur Frage der Realisierung "Struktureller Nichtangriffsfähigkeit" im Rahmen konventionell bewaffneter Landstreitkräfte. September 1988.

- Heft 35 Götz Neuneck, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und konventionelle Rüstungskontrolle. Wege zur Entmilitarisierung des Ost-West-Verhältnisses. Dezember 1988.*
- Heft 36 Jahresbericht 1988. Februar 1989.*
- Heft 37 Hanne-Margret Birckenbach, Die SPD-SED-Vereinbarungen über den "Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit". Eine Fallstudie zu den Chancen und Schwierigkeiten kommunikativer Friedensstrategien. April 1989.*
- Heft 38 Dieter S. Lutz, Basic Law, Security and Peace, Armament and Disarmament. September 1989.
- Heft 39 H.-G. Ehrhart/H. Bauer/A. P. Teicht, Sicherheitspartner im Werden? Frankreich und die Europäische Sicherheit. Oktober 1989.
- Heft 40 Axel Krohn/Dieter S. Lutz, Europäische Sicherheit II. Oktober 1989.
- Heft 41 Dieter S. Lutz, Luftstreitkräfte, Strukturelle Angriffsunfähigkeit und Abrüstung. November 1989.
- Heft 42 Roland Reimers, The Technological Aspects of Remote Sensing for Verification Purposes. Dezember 1989.
- Heft 43 Dieter S. Lutz, Deutsche Einheit - Europäische Sicherheit. März 1990.*
- Heft 44 Matthias Bartke/Margret Johannsen (Hrsg.), Zur Zukunft Deutschlands. Januar 1990.*
- Heft 45 Hans-Georg Ehrhart, Modelle europäischer Sicherheit. Januar 1990.*
- Heft 46 Jahresbericht 1989. April 1990.*
- Heft 47 Lothar Gutjahr, Konservative Reaktionen auf das Ende von Jalta. Mai 1990.
- Heft 48 Michael R. Lucas, The Conference on Security and Cooperation in Europe and the Post-Cold War Era. September 1990.
- Heft 49 Itshak Ledermann, Arms control and Verification: Past Development, German Approaches to CFE Verification and Possible Models of Verification in the Future. Oktober 1990.

- Heft 50 Lothar Jung, Die Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion unter Gorbatschow. Oktober 1990.
- Heft 51 Bhupendra Jasani, European Arms Control Verification From Space. Oktober 1990.
- Heft 52 Mathias Martin, Sowjetische Sicherheitspolitik und Kollektive Sicherheit. Dezember 1990.
- Heft 53 Jahresbericht 1990. Januar 1991.
- Heft 54 Hans-Georg Ehrhart/Birgit Kreikemeyer/Ursel Schlichting, Die Sowjetunion in Europa. Beiträge zur "sowjetischen Frage". Mai 1991.*
- Heft 55 Roland Kaestner (Red.), Europäische Friedens- und Sicherheitsordnung. Dokumentation der Kolloquien des IFSH 1990. Juni 1991.*
- Heft 56 Claudia Schmid, Lokale, regionale und internationale Dimensionen des Golfkonfliktes. August 1991.*
- Heft 57 Lothar Gutjahr/Oliver Ramsbotham, Components of a New Atlanticism. September 1991.*
- Heft 58 Jaromir Cekota, The Political Economy of Disarmament in the 1990s. September 1991.*
- Heft 59 Dieter S. Lutz, Völkerrecht und Friedensordnung. Diskussionsbeiträge. September 1991.*
- Heft 60 Frank Schimmelfennig, Konferenzdiplomatie als regionale Friedensstrategie. Läßt sich das KSZE-Modell auf den Vorderen Orient übertragen? November 1991.*
- Heft 61 Maria Schoppa, Der Wandel in Europa und die Sicherheit Polens. Januar 1992.*
- Heft 62 Hans-Georg Ehrhart, Sicherheit durch Assoziation und Integration? Zur sicherheitspolitischen Einbindung des "Ostens" - Analyse und Dokumentationen. Januar 1992.*
- Heft 63 Jahresbericht 1991. Februar 1992.*
- Heft 64 Jörg Wissdorf, Doktrin und Struktur. Eine Studie über den Zusammenhang von sicherheitspolitischen Konzepten und Streitkräftestrukturen unter besonderer Berücksichtigung von defensiven Einsatzoptionen für Luftstreitkräfte. Mai 1992.

- Heft 65 Andrei Zagorski, Die menschliche Dimension der KSZE, die Sowjetunion und Rußland. Juli 1992.*
- Heft 66 Ursel Schlichting/Jörg Wallner, Die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten und die ehemals sowjetischen Streitkräfte: Ein schwieriges Erbe. September 1992.
- Heft 67 Margret Johannsen, Amerikanische Nuklearwaffen in Europa: Rückblick und Ausblick. Oktober 1992.
- Heft 68 Peter D. Zimmerman, Using Synthesized Images to Establish Monitoring Capabilities. Oktober 1992.
- Heft 69 Marian Dobrosielski, Deutsche Minderheiten in Polen, Dezember 1992.*
- Heft 70 Sabine Jaberg, KSZE 2001, Profil einer Europäischen Sicherheitsordnung - Bilanz und Perspektiven ihrer institutionellen Entwicklung. Dezember 1992.

**"Hamburger Informationen zur Friedensforschung
und Sicherheitspolitik"**

- Heft 1 Dieter S. Lutz/Tordis Batscheider, Was bedeuten SDI, BMD, ASAT, EUREKA, EVI, ATM, ABM? Eine Einführung in die Diskussion um die militärische Nutzung des Weltraums. September 1986.*
- Heft 2 Dieter S. Lutz/Susanne Bund, Was heißt Frieden? Eine Einführung aus Anlaß des UN-Friedensjahres 1986. Juni 1987.
- Heft 3 Egon Bahr/Dieter S. Lutz/Erwin Müller/Reinhard Mutz, Defensive Zonen. Stellungnahme des IFSH zur Strukturellen Nichtangriffsfähigkeit und Konventionellen Stabilität in Europa. Dezember 1987.*
- Heft 4 Margret Johannsen, Die Doppelte Null-Lösung. Dezember 1987.*
- Heft 5 Christiane Rix, Außenpolitische Aspekte des Neuen Denkens in der Sowjetunion. Januar 1988.
- Heft 6 Herbert Wulf, Was heißt Rüstungskonversion? Februar 1988.

- Heft 7 Dieter S. Lutz, 1949-1989. Das Friedensgebot des Grundgesetzes - Anspruch und Wirklichkeit im vierzigsten Jahr. Mai 1989.
- Heft 8 Dieter S. Lutz, Tiefflug - Daten, Fakten, Probleme, Alternativen. Juli 1989.
- Heft 9 Stellungnahme des IFSH zu den Verhandlungen "Zwei plus Vier": Ein geeintes Deutschland in einem neuen Europa - Vom Blocksystem zur Sicherheitsgemeinschaft. April 1990.
- Heft 10 Krieg oder Frieden am Golf? Stellungnahme des IFSH zur Golfkrise, November 1990.*
- Heft 11 Deutsche an die Fronten? Lehren aus dem Golfkrieg. März 1991.
- Heft 12 Friedensforschung nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Alte Probleme und neue Herausforderungen. Eine Studie aus dem IFSH. Januar 1992.*

"Pädagogische Informationen zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik"

- Heft 1 Jens Müller-Kent, Rüstungskonversion - Ein Thema für den Unterricht? März 1988.*
- Heft 2 Margret Johannsen, Baupläne für Europa. Institutionen europäischer Sicherheit in den 90er Jahren. September 1990.
- Heft 3 Günther Gugel, Kriegsdienstverweigerung und Zivildienst 1991. November 1991.

*) vergriffen

5.3 Kontakte des IFSH - eine Auswahl

- Amerika-Haus, Hamburg
- American Institute for Contemporary German Studies, The Johns Hopkins University, Washington, USA
- Arbeitsgruppe Friedensforschung, Universität Tübingen
- Arbeitskreis Marburger Wissenschaftler für Friedens- und Abrüstungsforschung, Marburg/Lahn
- Arbeitsstelle Friedensforschung Bonn (AFB)
- Arbeitsstelle Transatlantische Außen- und Sicherheitspolitik, Freie Universität Berlin
- Association for Political Sciences of Uzbekistan, Taskent
- Australian National University, Research School of Pacific Studies, Canberra, Australien
- Berghof-Stiftung, Berlin
- Birkbeck-College, University of London, Großbritannien
- Bremische Stiftung für Rüstungskonversion und Friedensforschung, Bremen
- Brookings Institution, Washington, USA
- Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internat. Studien, Köln
- Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn
- Center for International Affairs, Harvard University
- Center for Strategic and International Studies, Washington D.C.
- Center of International Studies, Moscow State Institute of International Relations, Ministry of Foreign Affairs, Moscow
- Center of Peace and Conflict Research at the University of Copenhagen, Dänemark
- Centre Interdisciplinaire des Recherches sur la Paix et d'Etudes de Sécurité (CIRPES), Paris, Frankreich
- Committee for External Relations of the Supreme Soviet of the Republic of Kazakhstan, Alma Ata
- Congressional Research Service, Washington, D.C.
- Deutsche Forschungsanstalt für Luft- und Raumfahrt (DLR), Köln
- Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik, Bonn
- Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN), Bonn
- Deutsche Vereinigung für Politikwissenschaft, Hamburg
- Europäisches Parlament, Straßburg / Brüssel

- Europa-Institut, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau
- Europarat, Forschungssekretariat, Straßburg
- Europarat, Direktion Menschenrechte, Straßburg
- European Institute for Security, Luxemburg
- Federation of American Scientists (FAS), Washington, USA
- Fondation pour les Etudes de Défense Nationale, Paris
- Forschungsgruppe Europa, Inst. für Politikwissenschaft, Johannes-Gutenberg Universität, Mainz
- Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg
- Forschungsstelle Umweltpolitik, Freie Universität Berlin
- Forum Informatik für Frieden und gesellschaftliche Verantwortung, Hamburg
- Friedensforschung Linz, Österreich
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn
- Führungsakademie der Bundeswehr (FüAk), Hamburg
- George Washington University, Washington, D.C.
- Gorbatschow-Stiftung für sozialwissenschaftliche und politische Forschung, Moskau
- Hamburger Weltwirtschaftsarchiv (HWWA), Hamburg
- Hans-Böckler-Stiftung (HBS), Düsseldorf
- Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Frankfurt
- Humboldt-Universität zu Berlin
- IANUS, Institut für Kernphysik, TH Darmstadt
- Innovations- und Technologieberatungstelle, IG-Metall
- Institut Français des Relations Internationales (IFRI), Paris, Frankreich
- Institut für allgemeine Überseeforschung, Hamburg
- Institut für Europäische Politik, Bonn
- Institut für Friedenssicherungsrecht und Humanitäres Völkerrecht (IFHV), Ruhr-Universität Bochum
- Institut für Internationale Politik und Reginalstudien, FU Berlin
- Institut für Lehrerfortbildung, Hamburg
- Institut für Theologie und Frieden, Hamburg
- Institut für USA- und Kanada-Studien, Akademie der Wissenschaften Rußlands, Moskau

- Institute for Defence Studies and Analysis, Neu Delhi, Indien
- Institute for East-West-Security Studies, New York
- Institute for Peace and International Security (IPIS), Cambridge, Mass., USA
- Institute for Pedagogics, University of Bishkek, Kyrgyzstan
- Institute for Policy Studies (IPS), Washington, USA
- Institute for World Policy, New York, USA
- Institute of International Relations, Prag
- Inter Nationes, Hamburg
- International Institute for Strategic Studies (IISS), London
- Kazakhstan Association for the Advancement of International Scholarly Projects and Exchanges (KAAISPE), Alma Ata
- King's College, Department of War Studies, London
- Konrad-Adenauer-Stiftung, St. Augustin
- Landesverteidigungsakademie, Wien,
- Landeszentrale für politische Bildung, Hamburg
- Massachusetts Institute of Technology (MIT), Cambridge, USA
- MacArthur-Foundation, Chicago, USA
- Mohyla-Academy at the University of Kiev, Ukraine
- Naturwissenschaftler für den Frieden, Hamburg
- Österreichisches Institut für Friedensforschung, Stadtschlaining
- Orient-Institut, Hamburg
- Ostkolleg, Köln
- Oxford Research Group, Oxford
- Pacific Institute for Studies in Development, Environment and Security, Berkeley
- Peace Research Institute Oslo (PRIO), Norwegen
- Purdue University, Indiana, USA
- Royal Institute of International Affairs, London
- Schweizerische Friedensstiftung, Bern
- Sozialwiss. Institut der Bundeswehr (SOWI), München
- Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Ebenhausen
- Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI), Stockholm
- Tampere Peace Research Institute (TAPRI), Finnland
- UNESCO-Institut für Pädagogik, Hamburg

- **United Nations Institute for Disarmament and Development Research (UNIDIR), Genf**
- **Universität der Bundeswehr, Hamburg**
- **Universität der Bundeswehr, München**
- **University of St. Louis, Missouri, USA**
- **Verein für Friedenspädagogik, Tübingen**
- **Vereinigung Deutscher Wissenschaftler (VDW), Berlin**
- **Volkswagen Stiftung, Hannover**
- **Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz**

Friedensinitiativen luden zur kritischen Diskussion

- Erfreuliche Resonanz: 150 Teilnehmer kamen

Konversion: „Wille zur Umsetzung fehlt“

(sk) Über 150 Besucher kamen zur Begleitveranstaltung der Dortmunder Friedensinitiativen zur UN-Konversions-tagung, bei der die Umwandlung von militärischen Bereichen in eine zivile Nutzung diskutiert wurde. Im vollen Saal des Reinoldinum vertraten drei Experten die Meinung, daß der Wille zur praktischen Umsetzung der Konversion bei Politikern, Arbeitgebern und Beschäftigten der Rüstungsindustrie fehle.

Der Hamburger Friedensforscher Hans-Joachim Gießmann: „Zur Durchsetzung der Konversion ist eine politische Rahmensetzung des Staates

gefordert.“ Solange dies nicht der Fall sei, „feiert das St. Floriansprinzip fröhliche Urständ“, so der Wissenschaftler.

„Bürgermeister entdecken die Unverzichtbarkeit von Militärflughäfen. Belegschaften wehren sich gegen zu schnelle Umwandlung ihres Rüstungsbetriebs und die Bundeswehr gegen die Stilllegung von Standorten.“ Zudem sei zweifelhaft, ob die Übertragung der Konversion an die Länder funktioniert: „Das Land Brandenburg hat beispielsweise keinen Haushaltsposten für die Konversion.“

55 Millionen Menschen sind weltweit in der Rüstung be-

schäftigt. In den vergangenen Jahren wurden 16 Billionen Dollar für die Rüstung ausgegeben, schnelle Erwartungen an eine „Friedensdividende“ seien daher verfrüht.

Manfred Körber (Pax Christi) erläuterte die Position der Friedensbewegung zur Konversion: „Wir wollen künftig mit den Beschäftigten vor Ort Perspektiven für Rüstungsbetriebe entwerfen.“ So laufen bereits zwei Projekte mit Beschäftigten des Rüstungskonzerns MBB und des Militärflughafens Wildenrath.

Daß nicht nur der politische Wille zur Umsetzung der Konversion fehlt, verdeutlichte

Philipp Appelt vom Arbeitskreis Alternative Fertigung der IG-Metall. „Unsere Erfahrung ist, daß sich Arbeitgeber und zum Teil auch Belegschaften gegen die Umstellung auf zivile Produktion sperren.“

„Seit 1978 haben wir uns bemüht, den Panzerinstandsetzungsbetrieb in Ichendorf umzustrukturieren. Bis heute ist es nicht gelungen“, so der Gewerkschafter. Grund dafür sei vor allem die Machtfrage im Betrieb. „Mitbestimmung auf wirtschaftlicher Ebene scheuen die Arbeitgeber wie der Teufel das Weihwasser“, meinte Philipp Appelt.

Gemeinsamkeit

Zusammenarbeit in Fragen der europäischen Sicherheitsstrukturen und die gemeinsame Entwicklung von Lösungen zum Problem der Weiterverbreitung von Atomwaffen und dem Wissen darum haben Egon Bahr vom Institut für Friedensforschung und Michail Gorbatschow vereinbart. Dabei sollen auch Wissenschaftler ausgetauscht werden. Außerdem hat Michail Gorbatschow Egon Bahr eingeladen, möglichst bald nach Moskau zu kommen.

Hamburger Abendblatt, 12. März 1992

Egon Bahr, Direktor des Instituts für Friedensforschung, begrüßte gestern mittag um 11.23 Uhr in Blankenese, Michail Gorbatschow. Rund 30 Menschen riefen „Gorbi, Gorbi“ als sich die Politiker strahlend die Hände schüttelten. Die Abrüstungsexperten sprachen knapp eine Stunde über eine Zusammenarbeit des Instituts und der von Gorbatschow gegründeten Stiftung für politische und soziale Studien. Die beiden Organisationen wollen eine Verbreitung atomarer Waffen und das dazugehörige Wissen verhindern. Bahr und

Gorbatschow vereinbarten auch einen Austausch von Wissenschaftlern.

Die Gorbatschow-Anhänger hatten bei Regen und nur vier Grad Kälte vor dem Grunstsüch aus. Kurz bevor Gorbi am Institut der Uni

Hamburg einrollte, plötzlich Aufregung. Ein Anruf: Der Ex-Präsident hat Hunger, hat nicht gefrühstückt. Hektisch schnell wurden 25 belegte Brötchen bei einem Feinkost-Geschäft bestellt. Minuten später waren sie da.



Der strahlende Michail Gorbatschow wird vor dem Institut für Friedensforschung von Egon Bahr begrüßt.

Bild, 12. März 1992

Kompletter Wahnsinn

Militärische Einsätze im ehemaligen Jugoslawien sind unverantwortlich

Es gibt eine einzige Organisation, die einen eingespielten Mechanismus, politisch und militärisch, für friedenssichernde Aktionen hat: die Vereinten Nationen mit ihren Blauhelmen. Sie werden als Waffenstillstands-Garantie eingesetzt, wenn die streitenden Parteien zustimmen. Kampfeinsätze, um den Frieden mit Gewalt zu erzwingen, sind nicht vorgesehen. Auch nicht in Jugoslawien.

Die Nato will auch nicht. Die WEU darf nicht: Sie funktioniert nur im Falle eines Angriffs gegen das Territorium eines ihrer Mitglieder. Entgegenlautende Erklärungen vom Petersberg sind Vertragsbruch. Die Amerikaner wollen sich nicht an militärischen Aktionen am Boden beteiligen, die Engländer auch nicht. Woher also sollen die 50.000 Mann kommen, die allein notwendig wären, um die Bergketten rings um Sarajevo zu erobern?

Übrigens: Hinter diesen Bergen gibt es weitere, das hat schon die deutsche Wehrmacht erfahren. Es ist also kompletter Wahnsinn, von militärischen Einsätzen in Jugoslawien zu reden, unverantwortlich besonders aus deutschem Munde, denn wir würden uns jedenfalls auch nicht beteiligen. Seltsame Helden, die mit den Säbeln anderer rassen.

Es ist bitter genug: Die schrecklichen und empörenden Metzeleien, denen nicht zuletzt Frauen und Kinder zum Opfer fallen, sind nicht durch militärische Einsätze zu beenden, die nur noch mehr Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung fordern würden.

Der Einsatz der Blauhelme und französischer Soldaten auf die eigene Rechnung Frankreichs in Sarajevo ist riskant: Jeden Tag kann es, sogar als Provokation, Tote geben. Wer dieses Risiko vermeiden wollte, müßte die UNO-Aktion abbrechen. Dazu kann ich nicht raten. Aber keinesfalls dürfte die Folge eines Unglücks sein, den Opfern eines Friedensversuches die Opfer einer Intervention hinzuzufügen.

Was bleibt, ist die Summierung mehrerer, begrenzter Chancen: Die Wirkung der Sanktionen wächst mit jeder Woche; der neue Ministerpräsident sollte die Chance bekommen, Frieden von innen zu schaffen, unterstützt von den Studenten und Frauen. Es ist jedenfalls aussichtsreicher, den Kampf von innen zu beenden als durch Gewalt von außen.

Egon Bahr

Leiter des „Institutes für Friedensforschung und Sicherheitspolitik“ an der Universität Hamburg und SPD-Mitglied

die tageszeitung, 11. Juli 1992

Bahr für Kampfeinsätze unter UNO-Kommando

„Wer das ablehnt, muß in letzter Konsequenz aus den Vereinten Nationen austreten“

cas. Bonn (Eigener Bericht) – Der ehemalige Bundesminister Egon Bahr (SPD), der heute das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg leitet, befürwortet Kampfeinsätze der Bundeswehr im internationalen Rahmen unter UNO-Kommando. Bahr bezeichnete in den *Kieler Nachrichten* eine Beteiligung deutscher Soldaten an Aktionen der Vereinten Nationen, „die Frieden und Recht mit Gewalt“ wiederherstellen, als „möglich und sinnvoll“.

In einem Beitrag für das *Deutsche Allgemeine Sonntagsblatt* führt er seine Vorstellungen aus. Bahr schreibt, als Deutschland Mitglied der UNO geworden sei, habe es sich „natürlich auch auf die Grundsätze der Charta verpflichtet, also auch auf das Ziel, notfalls mit eigenen Streitkräften zur Wiederherstellung des Friedens beizutragen“. Wer das ablehne, müsse „in letzter Konsequenz aus den Vereinten Nationen austreten“. Auch weil sich das Prinzip der Kollektivität nicht mit dem Vetorecht verträglich würde, würden Streitkräfte der UNO unter ihrem Kommando wohl eher im Jahr 2010 als im Jahr 2000 aufgestellt werden. „Insofern ist das zur Zeit ein Streit um des Kaisers Bart“, stellt Bahr fest.

Der Architekt der Entspannungspolitik von Bundeskanzler Willy Brandt in den

70er Jahren hält es jedoch für möglich, daß sich die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) schon vorher zu einem „europäischen kollektiven System der Sicherheit“ entwickelt. Das dürfe nicht an Deutschland scheitern. Ein solches System verlange, daß „alle gegen einen Rechtsbrecher und alle gegen einen Aggressor verbündet“ seien. Bahr stellt klar, daß es keine Bundeswehrebeteiligung an Einsätzen geben dürfe, „die durch die UNO (oder KSZE) nur autorisiert sind, wie dies beim Golfkrieg der Fall war. Mögen andere Staaten nach Tradition oder Interesse irgendwo in der Welt intervenieren – Deutschland sollte sich daran keinesfalls beteiligen.“

Während Bahr im aktuellen Fall ein militärisches Eingreifen in West-Jugoslawien strikt ablehnt, hält er den Einsatz des Zerstörers *Bayern* zur Überwachung des UNO-Embargos gegen Serbien und Montenegro in der Adria „von der Sache her für in Ordnung“. In den *Kieler Nachrichten* beurteilte er den Gang seiner Partei vor das Bundesverfassungsgericht skeptisch: „Ich kann ihn aber verstehen – als Versuch, der Bundesregierung zu verweigern, scheinbarweise eine neue politische Wirklichkeit herzustellen.“

Bahr zählt zu den Politikern in der SPD, die schon seit längerer Zeit dafür eintreten, „die Beteiligung der Bundes-

wehr an künftigen Aktionen der UNO nicht nur auf friedenserhaltende Blauhelm-Missionen zu beschränken. In dieser Meinung ist er sich einig mit Willy Brandt. Auf dem Bremer Parteitag Ende Mai 1991 hatten sich jedoch die Vertreter der restriktiven Position dem Protokoll zufolge mit überwältigender Mehrheit durchgesetzt.

Mit seinen schon mehrmals vorgetragenen Forderungen ist Bahr, der auch für die Schaffung eines nationalen Generalstabs eintritt, unlängst auf Kritik etlicher renommierter Friedensforscher gestoßen. Diese – unter ihnen der frühere Planungschef des letzten DDR-Außenministers Markus Meckel, Professor Ulrich Albrecht – betonten vor einigen Wochen in einem offenen Brief, daß es nicht Aufgabe der Friedensforschung sei, militärischen Mitteln zur Beendigung von Konflikten das Wort zu reden. Vielmehr müßten die Möglichkeiten politischer und friedlicher Lösungen aufgezeigt werden.

Wie Niedersachsen will auch Hessen die Verfassungsklage der SPD-Bundestagsfraktion gegen den Einsatz von Marine-Einheiten der Bundeswehr in der Adria unterstützen. Ministerpräsident Hans Eichel (SPD) sagte in Wiesbaden, verfassungsrechtlich sei die Entsendung von Überwachungsflugzeugen und eines Zerstörers unzulässig.

Süddeutsche Zeitung, 25./26. Juli 1992

Interview mit Friedensforscher Lutz

„Das Embargo dient doch nur als Vorwand“



Die MORGENPOST sprach mit dem Hamburger Friedensforscher Dieter Lutz:

Kann ein Bundeswehreinsatz bei der Embargo-Überwachung den Krieg in Jugoslawien austrocknen?

Lutz: Nein. Das UNO-Embargo wird nach meinen Informationen vor allem auf dem Landweg unterlaufen. Eine See-Überwachung macht wenig Sinn.

Ihre Informationen wird ja wohl auch die Bundesregierung haben ...

Lutz: Davon gehe ich aus. Die Überwachung des Em-

bargos ist meiner Meinung nach nur ein Vorwand, um Fakten für die Beteiligung der Bundeswehr an Out-of-Area-Einsätzen zu schaffen.

Ist der Adria-Einsatz verfassungswidrig?

Lutz: Er bewegt sich in einer Grauzone. Wir brauchen die verfassungsrechtliche Klarstellung für Bundeswehreinsätze unter dem Dach der UNO. Ich bin dabei auch für Kampfeinsätze, aber nur, wenn einzig die UNO entscheidet und alle Möglichkeiten zu einer friedlichen Lösung ausgeschöpft sind.

Hamburger Morgenpost, 16. Juli 1992

Zurück zum Faustrecht?

Der Friedensforscher Reinhard Mutz über internationale Einsätze der Bundeswehr

Mutz, 54, arbeitet am Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg

Oh die Bundesmarine an der militärischen Überwachung des See-Embargos gegen den Aggressor teilnehmen könne, lautete die Frage Washingtons an Bonn. Leider nein, beschied das Auswärtige Amt, das Grundgesetz lasse es nicht zu. Gerade zwei Jahre liegt das zurück.

Was hat sich seither geändert, daß gegen Milošević erlaubt sein soll, was gegen Saddam Hussein verboten war? Das Grundgesetz jedenfalls nicht, wohl aber die deutsche Außenpolitik. Auch der deutsche Außenminister ist inzwischen ein anderer. Reicht das als neuer Verfassungsauftrag für die Bundeswehr?

Das Grundgesetz war gut für die Welt von gestern, als die Supermächte sich gegenseitig in Schach hielten und die Uno nichts zu sagen hatte. Jetzt könnte die Weltorganisation endlich politisch in die Rolle hineinwachsen, für die sie geschaffen wurde – um „künftige Geschlechter“, so der erste Satz ihrer Charta, „vor der Geißel des Krieges zu bewahren“.

Vor fast 20 Jahren trat die Bundesrepublik den Vereinten Nationen bei. Sie ist Mitglied mit allen Rechten und Pflichten. Sie hat damit auch den Artikel 43 unterschrieben, der ihr aufgibt, dem Sicherheitsrat im äußersten Notfall Streitkräfte zur Verfügung zu stellen „zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit“.

Allerdings steht davon nichts im Grundgesetz. Das erlaubt den internationalen Einsatz der Bundeswehr ausdrücklich nur zum Zweck der Verteidigung und zu keinem sonst. Völkerrecht und Verfassungsrecht dürfen nicht auseinanderklaffen. Die Verfassungsergänzung muß her, daran führt kein Weg vorbei. Die Bundesregierung weiß das, die Opposition weiß es auch.

Indessen geschieht etwas völlig anderes: Nicht die Verfassung, die Verfassungspraxis wird verändert. Stück für Stück schiebt die Bundesregierung die Grenze hinaus, die sie von der freien Verfügung über die Bundeswehr trennt. Sie schafft Präzedenzfälle und sucht Gewohnheitsrecht zu etablieren.

Im Golf haben deutsche Soldaten Minen geräumt, im Iran kurdische



Soldaten im Manöver
Wie weit noch zum ersten Schuß?

Flüchtlinge versorgt, in Kambodscha leisten sie Sanitätshilfe – alles löbliche Aktivitäten, sämtlich auf schwankendem Rechtsgrund. Die Transportflüge nach Sarajevo überschreiten eine weitere Schwelle: Wenngleich noch keine Kriegseinsätze, sind es erstmals deutsche Militäreinsätze in einem Kriegsgebiet. Wie weit ist es noch bis zum ersten scharfen Schuß aus Waffen der Bundeswehr?

Wer nicht will, daß über Fragen von Krieg und Frieden nach Gewohnheitsrecht statt nach Gesetz und Verfassung entschieden wird, muß für eine rechtlich zweifelsfreie Abgrenzung zulässiger von unzulässigen Militäreinsätzen eintreten.

Was spricht gegen ein universelles Gewaltmonopol der Vereinten Nationen in internationalen Konflikten? Die mangelnden „ethischen Standards“ einiger Mitglieder des Sicherheitsrats, wie es offiziös heißt. Im Klartext: Rußland und China sollen nicht mitreden dürfen, wenn Europäer zur Waffe greifen. Inzwischen plädiert auch der deutsche Außenminister für „andere friedensstiftende Organisationen, die aus ihrer moralischen Gesamthaltung berechtigt wären, Konflikte zu lösen“.

Diese friedensstiftende Organisation der Zukunft ist bereits ausersehen. Es wird die Westeuropäische Union (WEU), die kleinere Schwester der Nato, wie jene ein Geschöpf des Kalten Krieges, aber mit einem

weniger verschlissenen Namen*. Die WEU ist eine klassische Militärallianz. Sie verpflichtet ihre Mitglieder nicht, untereinander Frieden zu halten, sondern sich im Fall eines Angriffs von außen gegenseitig beizustehen.

Dieser beschränkten und nach dem Ende des Ost-West-Konflikts überholten Rolle ist die WEU jetzt lautlos entschlüpft. Sie hat sich zu friedens-erzwingenden Kampfeinsätzen in Krisenregionen er-

mächtigt, handstreichartig durch Ministerbeschlüsse und ohne parlamentarische Ratifizierung – und zwar mit einer Formel, die das Bonner Regierungslager gern auch in das Grundgesetz einfügen würde: Truppeneinsätze müssen nicht unter Uno-Verantwortung stehen, sondern lediglich „im Einklang mit den Bestimmungen der Charta der Vereinten Nationen“.

Damit gemeint ist Artikel 51 über das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, jene dehnbare Klausel der Uno-Satzung, die stets bemüht wird, wenn Staaten beschließen, ihrer Außenpolitik militärisch nachzuhelfen.

Würde diese Konstruktion deutschen Verfassungsrecht, wäre es vorbei mit einer strikt und ausschließlich dem Verteidigungsauftrag verpflichteten Bundeswehr. Die Bundesrepublik träte in den Dienst eines selbsternannten Interventionskartells. Dessen Funktionsprinzip ist nicht die rechtliche Zähmung internationaler Gewalt, sondern das Gegenteil – das Recht des Stärkeren, das militärische Faustrecht.

Mit den Leiden der Opfer des jugoslawischen Bürgerkrieges hat das alles nichts zu tun. Kein militärisches Eingreifen von außen wird ihnen, kann ihnen helfen.

* Die WEU wurde 1954 gegründet, ihr gehören Belgien, Frankreich, Deutschland, Italien, Luxemburg, Portugal, Spanien, Großbritannien und die Niederlande an.

Die Partei hat in Sachen Asylrecht einen zähen Diskussionsprozeß hinter sich. Haben Sie eine persönliche Meinung dazu?

Bahr: Das, was herauszukommen scheint, scheint ganz vernünftig zu sein, nämlich den Kern dessen zu erhalten, was das Grundgesetz will: persönliches Asyl für politisch, rassistisch-politisch Verfolgte zu sichern. Aber den offensichtlichen Mißbrauch, den sich die Väter des Grundgesetzes natürlich nie vorstellen konnten, weil man nicht annehmen konnte 1948, 1949, daß mal viele Leute Lust haben würden, nach Deutschland zu kommen aus wirtschaftlichen Gründen, das muß durch eine europäische Ordnung abgelöst werden. Im Grunde ist das für mich eine Frage, ob wir es mit Europa ernst meinen. Wir können uns nicht eine eigene Regelung leisten, während alle anderen Länder der EG eine andere Ordnung haben.

Neben dem Asylthema ist lange über die Frage von Blauhelm-Einsätzen der Bundeswehr gestritten worden. Willy Brandt soll gesagt haben, es gibt Dinge, die sind zu wichtig für einen Parteitag. Ist dieser Sonderpar-

teitag im Blick auf diese Frage sinnvoll?

Bahr: Ich glaube ja. Und zwar deshalb, weil es im Grunde darum geht, daß die Partei den Beschluß, den sie in Bremen gefaßt hat, korrigiert. In Bremen haben wir die klassischen Blauhelme akzeptiert, aber die Weltgeschichte war leider nicht freundlich genug, sich an den Beschluß von Bremen zu halten. Wir haben es mit einer neuen Qualität von Blauhelmen zu tun. Früher waren Blauhelme Waffenstillstandsgaranten, heute werden Blauhelme nach Jugoslawien geschickt, obwohl es keinen Waffenstillstand gibt. Sie werden sogar verstärkt, obwohl es keinen Waffenstillstand gibt. Sie werden außerdem eingesetzt zur militärischen Absicherung humanitärer Aktionen oder zur militärischen Kontrolle von Embargomaßnahmen. Nun ist es ganz sicher, jedenfalls nach meiner Überzeugung auch gar nicht umstritten, daß deutsche Streitkräfte nicht tätig werden sollten in Regionen, in denen einmal die deutsche Wehrmacht eingesetzt war. Also Jugoslawien steht nicht zur Debatte. Aber in Kambodscha, in Somalia, und ich könnte noch eine Reihe von anderen Gegenden nennen, in denen das akut werden könnte, handelt es



Egon Bahr war über viele Jahre hinweg Begleiter und ständiger Berater Willy Brandts in allen Fragen der Ost- und Deutschlandpolitik. Von 1976 bis 1981 war er Bundesgeschäftsführer der SPD, danach konzentrierte er sich wieder ganz auf Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik. Seit 1984 ist Bahr Direktor des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg.

sich um eine neue Qualität der Blauhelme. Die SPD ist immer eingetreten für eine Stärkung der Vereinten Nationen, für eine Befähigung der Vereinten Nationen, global tätig zu werden – im Sinne von: auf dem Wege zu einem Gewaltmonopol. Ich finde, das entspricht der Tradition der SPD, daß Deutschland sich nicht ausschließen kann.

Wie bestimmen Sie den Einsatzrahmen, auch hinsichtlich der Erwartungen der Partner, etwa der Engländer und der Franzosen, die von Deutschland mehr erhoffen?

Bahr: Wenn andere mehr erwarten, ist das deren Angelegenheit. Ich finde, Deutschland sollte klarmachen, daß es bereit ist, unter Kommando und Kontrolle der Vereinten Nationen sich an solchen friedenserhaltenden Aktionen zu beteiligen. In jedem Einzelfalle würden wir entscheiden können, wenn die Vereinten Nationen uns fragen, ob wir uns beteiligen oder ob wir uns nicht beteiligen. Ich würde es darüber hinaus abhängig machen von einer Zustimmung des Deutschen Bundestages, so daß das Parlament in jedem einzelnen Fall die Möglichkeit hat, ja oder nein zu sagen. Das kann nicht nur eine Regierungsangelegenheit sein.

Zum Gewaltmonopol der Vereinten Nationen: Wie hat man

sich das vorzustellen? Nicht in dem Sinne, daß sich die einzelnen Mitgliedsstaaten darauf einlassen, die Entscheidung über einen Waffeneinsatz abzugeben? Denn Sie sagten ja eben, letztendlich muß bei jedem einzelnen Einsatz das Parlament entscheiden können, zumindest, was die Bundesrepublik betrifft.

Bahr: Das gilt nicht nur für die Bundesrepublik, das gilt für alle. Ich bin dafür, daß wir uns auch künftig nicht an solchen Aktionen wie am Golfkrieg beteiligen, wo die Vereinten Nationen nur eine Autorisierung gegeben haben und die Amerikaner im Grunde, ohne noch mal nachzufragen oder auch nur zu konsultieren, gemacht haben, was sie für richtig hielten. Ich meine wirklich: unter Kontrolle und Kommando der Vereinten Nationen, unter ihrer Verantwortung. 1945 haben die Vereinten Nationen in ihrer Charta ein System globaler kollektiver Sicherheit beschlossen. Mit einem Generalstab, mit nationalen Streitkräften, die ihm zur Verfügung gestellt werden, die auch zusammen üben. Aber selbstverständlich zunächst einmal, solange ein Notfall nicht eintritt, im Rahmen ihrer nationalen jeweiligen Streitkräfte.

Nun ist der Ost-West-Konflikt dazwischengekommen. Aber nachdem er nun vorbei ist, knüpfen die Vereinten Nationen natürlich an das, was sie eigentlich in ihrer Charta beschlossen haben, an. Das könnte nun auch auf den Weg gebracht werden. Und das, was der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butrus Ghali, vorschlägt, ist ja die schrittweise Annäherung an diese eigentliche Aufgabe, die sich die Vereinten Nationen gesetzt hatten.

Noch einmal nachgefragt: Was heißt Gewaltmonopol der Vereinten Nationen? Wie würden Sie es definieren?

Bahr: Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen würde in Wirklichkeit bedeuten, daß die Nuklearmächte ihre Waffen, ihre Massenvernichtungsmittel, den Vereinten Nationen unterstellen und daß es das Vetorecht nicht mehr gibt. Mit anderen Worten: Wir müssen wohl annehmen, daß das eher im Jahre 2020 real wird als im Jahre 2010 oder eher 2010 als im Jahre 2000. Insofern brauchen wir darüber heute noch nicht zu entscheiden. Aber jeden Schritt auf dem Wege dorthin, so wie ihn Butrus Ghali vorschlägt, den sollten wir unterstützen.

Friedensforschung an der Uni Hamburg

Weitab von der hektischen, überfüllten Uni, außerhalb der lärmenden Stadt ist das Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik der Universität Hamburg im Stadtteil Blankenese beinahe idyllisch gelegen. Eine Handvoll Mitarbeiter verbreitet eine familiäre Atmosphäre. Ideale Arbeitsbedingungen sozusagen. Doch der friedliche Schein trügt: Besonders in den vergangenen zwei Jahren standen oft tagelang die Telefone nicht still. Wenn in Moskau geputscht wird oder der Krieg im ehemaligen Jugoslawien eskaliert, wollen hunderte von Anfragern von Presse, Rundfunk und Fernsehen möglichst auf der Stelle beantwortet sein.

Doch so sehr die Forschung an dem von Professor Egon Bahr geleiteten Institut (einem von dreien in Deutschland) von Tagesereignissen beeinflusst wird - das Hauptaugenmerk der MitarbeiterInnen liegt auf langfristigeren Projekten zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik. Die Kontakte zu Einrichtungen im In- und Ausland sind zahlreich. Regelmäßig erscheinende Veröffentlichungen (u.a. die Hamburger Beiträge zur Friedensforschung und Sicherheitspolitik, das jährliche Friedensgutachten und die Vierteljahresschrift für Sicherheit und Frieden) sowie Vorträge und Tagungen gehören zum umfangreichen Programm.

Nach der Auflösung des alles überlagernden Ost-West-Gegensatzes drängen sich nun neue Probleme in den Vordergrund. Nur zum Teil sind diese ein Resultat der geänderten Weltordnung. Viele schleichende Bedrohungen einer friedlichen Welt, wie die allgemeine Enthumanisierung der Gesellschaft und eine wachsende Gefahr durch neue Technologien, wurden bisher vernachlässigt. Dr. Dieter S. Lutz, Stellvertretender Direktor des Instituts: "Die traditionellen Denkschemata der Friedensforschung gelten nicht mehr. Wir haben zu spät begriffen, wie sehr die Technik be-

reits außer Kontrolle geraten ist und das menschliche Dasein grundlegend verändert hat." Die zukünftige Forschungsarbeit soll daher noch stärker als bisher interdisziplinär bewältigt werden. Bei der Entwicklung neuer Strategien will man Biologen, Chemiker, Mediziner, aber auch Anthropologen beteiligen. "Drittmittelförderung" heißt das Zauberwort zur Finanzierung neuer Projekte.

Nachdem das Konzept der nuklearen Abschreckung mit dem Zusammenbruch der UdSSR obsolet geworden ist, wird jetzt



nach neuen Wegen zur internationalen Zusammenarbeit gesucht. Ein "System Kollektiver Sicherheit" schwebt den Friedensforschern als Endziel vor. Der alte Traum von einer friedlichen "Weltgesellschaft", die ihre Streitigkeiten über Verträge und juristische Entscheidungen eines internationalen Gerichtshofes regelt, läßt grüßen. Versuche zur Umsetzung dieser Idee gab und gibt es, wenn auch mit begrenztem Erfolg: erst den Völkerbund und heute die UNO.

Aus den Mängeln und Fehlern dieser Institutionen wollen die Vordenker für eine bessere Zukunft am Ende des kriegs- und krisenreichen 20. Jahrhunderts ihre Lehren ziehen. Von einem platten Pazifismus hat man sich

dabei längst verabschiedet. Eine Art "stehendes Heer" der Vereinten Nationen unter einem UN-Oberkommando gehört zu den Forderungen. Diese "Blauhelme neuen Typs" wären dann nicht mehr allein fürs Stillhalten und Essen verteilen zuständig, sondern auch für die konkrete Friedensstiftung notfalls mit Waffengewalt. Parallel zur Aufrüstung der UNO soll eine weitgehende Abrüstung auf nationaler Ebene erfolgen. Bis auf 50.000 Mann will Dieter Lutz die Bundeswehr reduzieren. Auf 370.000 Soldaten beläuft sich das derzeit vom Bund angepeilte Kontingent. "Eine völlig überflüssige Größe", so Lutz. Geld und "Manpower" sollte die BRD jenseits von Kampfpanzern und "starker Truppe" lieber in friedenssichernde Projekte im ökologisch-ökonomischen Bereich investieren. Derzeit bestes Beispiel ist die dringend erforderliche Hilfe für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten.

Aber auch über das weltweit zunehmende Flüchtlingsproblem, wird man sich in Deutschland über kurz oder lang grundlegendere Gedanken machen müssen, als dies im Rahmen des derzeitigen Paragraphengerangels geschieht. Ein Katalog von Vorschlägen zu diesen und ähnlichen Themen findet sich in dem "Friedensgutachten", das alljährlich vom Hamburger Institut mitherausgegeben wird. Wie sehr sich die Arbeit auf konkrete Politik auswirkt, ist laut Dieter Lutz schwer einzuschätzen. Zumindest hofft er auf einen langfristigen Einfluß seiner Forschungen auf diesem höchst unsicheren Gebiet. Aber ob die sich abzeichnende neue Weltordnung wirklich mehr Kooperation und friedliche internationale Zusammenarbeit bringt, oder ob die Aussichten trotz vereinzelter Anstrengungen eher düster sind: Diese Frage kann auch das Blankeneser Institut nicht beantworten.

Verena Fritz



№ 00287

3.02.93 г.

№ _____

Институт исследований мира
и политики безопасности в
Гамбургском университете
Фалькенштейн 1
D-2000 Гамбург 55

Исследовательская группа
"СНГ и европейская безо-
пасность"
Ханс-Георг Эрхарт
Анна Крайкемайер

Уважаемые Анна Крайкемайер и Ханс-Георг Эрхарт,

С интересом узнал о результатах организованного Вами семинара "Общеввропейское сотрудничество в условиях интеграции и дезинтеграции. Аспекты политики безопасности в отношениях между Европейским Сообществом и странами-членами СНГ".

Мы стоим перед выбором: будет ли современная постконфронтационная Европа решать свои проблемы общими усилиями или же разбежится по национальным квартирам? Станут государства СНГ "бедными родственниками" или равноправными партнерами в Европейском доме?

Ответ на эти вопросы требует использования принципов федерализма, которые создают возможность объединения национальных и региональных общностей.

Государства, политики и политические силы порой опаздывают с поиском решений. Идея собрать молодых исследователей и политиков, которые пока еще не находятся во власти стереотипов, - интересна и достойна поддержки.

Надеюсь, что отдельные встречи превратятся в постоянную программу. Желаю Вам успехов в работе.

С наилучшими пожеланиями,

М. С. Горбачев

Übersetzung s. folgende Seite

Internationale Stiftung für
Sozialökonomische und Politische Studien
(Gorbatschow-Stiftung)

An die Arbeitsgruppe
"GUS und europäische Sicherheit"
Institut für Friedensforschung und
Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg
Falkenstein 1
2000 Hamburg 55

Moskau, den 3. 2.1993

Sehr geehrte Anna Kreikemeyer und Hans Georg Ehrhart,

Mit Interesse habe ich von den Ergebnissen des von Ihnen organisierten Workshops "Gesamteuropäische Kooperation unter den Bedingungen von Integration und Zerfall. Sicherheitspolitische Aspekte des Verhältnisses von EG- und GUS-Mitgliedern" gehört.

Wir stehen vor der Wahl: Wird das moderne postkonfrontative Europa seine Probleme durch gemeinsame Anstrengungen lösen oder wird es in nationale Räume zerfallen? Werden die Staaten der GUS zu "armen Verwandten" oder zu gleichberechtigten Partnern im europäischen Haus?

Um mehr Klarheit über diese Fragen zu bekommen, ist es notwendig, die Prinzipien des Föderalismus zu nutzen, die die Möglichkeit zu einer Vereinigung von nationalen und regionalen Gemeinschaften bieten.

Staaten, Politiker und politischen Kräfte verspäten sich bisweilen in ihrer Suche nach Entscheidungen. Die Idee, junge Forscher und Politiker zu versammeln, die noch nicht unter der Macht von Stereotypen stehen, ist interessant und unterstützenswert.

Ich hoffe, daß einzelne Treffen zu einem ständigen Programm werden mögen. Ich wünsche ihnen Erfolg bei Ihrer Arbeit.

Mit den besten Wünschen

M.S. Gorbatschow

Übersetzung aus dem Russischen: Anna Kreikemeyer

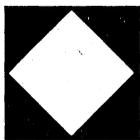
Demokratie, Sicherheit, Frieden

vormals Militär, Rüstung, Sicherheit

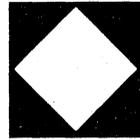
Herausgegeben von Dr. Dieter S. Lutz, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor
des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Lieferbare Titel:

1. **Die Rüstung der Sowjetunion.** Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1979. 273 S., 49,- <3-7890-0482-0>
2. Schwarz, Günter; Lutz, Dieter S.: **Sicherheit und Zusammenarbeit.** 1980. 150 S., 58,- <3-7890-0540-1>
3. **Die Rüstung der USA.** Hrsg.: Krell, Gert. 1981. 288 S., 49,- <3-7890-0638-6>
5. Krell, Gert; Lutz, Dieter S.: **Nuklearrüstung im Ost-West-Konflikt.** 1980. 217 S., 24,- <3-7890-0585-1>
6. Lüders, Carl H.: **Ideologie und Machtdenken in der Außen- und Sicherheitspolitik der Sowjetunion.** 1981. 113 S., 12,80 <3-7890-0722-6>
7. **Atomkriegsfolgen.** Der Bericht des „Office of Technology Assessment“. 1983. 205 S., 19,80 <3-7890-0753-6>
8. Kutz, Martin: **Reform und Restauration der Offizierausbildung der Bundeswehr.** 1982. 241 S., 39,- <3-7890-0751-X>
9. **Die Neuordnung von Bildung und Ausbildung in der Bundeswehr.** Eine Bilanz nach 10 Jahren. Hrsg.: Schultz, Karl E. 1982. 260 S., 39,- <3-7890-0806-0>
10. **Kooperative Rüstungssteuerung.** Hrsg.: Baudissin, Wolf Graf von; Lutz, Dieter S. 1981. 242 S., 19,80 <3-7890-0707-2>
11. **Konflikte, Krisen, Kriegsverhütung.** Hrsg.: Baudissin, Wolf Graf von; Lutz, Dieter S. 1981. 238 S., 19,80 <3-7890-0708-0>
12. Strübel, Michael: **Neue Wege der italienischen Kommunisten.** 1982. 424 S., 49,- <3-7890-0831-1>
13. **Sicherheitspolitik am Scheideweg?** Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1982. 780 S., 39,- <3-7890-0816-8>
14. Beuter, Heinz J.: **Von SALT zu START.** Ein System antagonistischer Rüstungssteuerung. 1982. 336 S., 49,- <3-7890-0790-0>
15. Mutz, Reinhard: **Konventionelle Abrüstung in Europa.** Die Bundesrepublik Deutschland und MBFR. 1984. 277 S., 49,- <3-7890-0916-4>
16. **Die Wiener Verhandlungen über Truppenreduzierungen in Mitteleuropa (MBFR).** Hrsg.: Mutz, Reinhard. 1983. 444 S., 39,- <3-7890-0805-2>
17. Bouwer, Günter: **Vom MRCA Tornado zur zivilen Alternative.** Ein Beitrag zur Konversionsdebatte. 1983. 159 S., 49,- <3-7890-0841-9>
18. **Vertrauensbildende Maßnahmen.** Hrsg.: Lutz, Dieter S.; Müller, Erwin. 1982. 239 S., 19,- <3-7890-0771-4>
19. **From Distrust to Confidence.** Concepts and Dimensions of Confidence-Building Measures. Vol. II. Hrsg.: Baudissin, Wolf Graf von. 1983. 124 S., 48,- <3-7890-0840-0>
20. Böge, Volker; Wilke, Peter: **Sicherheitspolitische Alternativen.** 1984. 263 S., 49,- <3-7890-1004-9>
21. **Sicherheitspolitik und Streitkräfte in der Legitimitätskrise.** Hrsg.: Vogt, Wolfgang R. 1983. 308 S., 49,- <3-7890-0857-5>
22. Lutz, Dieter S.: **Krieg und Frieden als Rechtsfrage im Parlamentarischen Rat 1948/49.** 1982. 125 S., 39,- <3-7890-0819-2>
23. **Weder Wehrkunde noch Friedenserziehung?** Der Streit in der Kultusministerkonferenz 1980/83 Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1984. 478 S., 49,- <3-7890-0879-6>
24. **Dilemma Sicherheit.** Beiträge zur Diskussion über militärische Alternativkonzepte. Hrsg.: Müller, Erwin. 1984. 236 S., 49,- <3-7890-0992-X>
25. Lutz, Dieter S.: **Towards a Methodology of Military Force Comparison.** 1986. 255 S., 49,- <3-7890-0915-6>
26. Schleker, Manfred: **Ernstfall Friede.** Sicherheitspolitik und Funktion der Bundeswehr in der Diskussion. 1984. 227 S., 39,- <3-7890-0945-8>
27. Nolte, Hans-Heinrich; Nolte, Wilhelm: **Ziviler Widerstand und Autonome Abwehr.** 1984. 284 S., 49,- <3-7890-1038-3>
28. Lutz, Dieter S.; Müller, Erwin; Pott, Andreas: **Seemacht und Sicherheit.** 1986. 213 S., 49,- <3-7890-0791-9>
29. Müller, Erwin: **Rüstungspolitik und Rüstungsdynamik: Fall USA.** 1985. 378 S., 49,- <3-7890-1076-6>
30. Lutz, Dieter S.: **Kollektive Sicherheit in und für Europa – Eine Alternative.** 1985. 396 S., 49,- <3-7890-1127-4>
31. Birkenbach, Hanne-Margret: **Mit schlechtem Gewissen – Wehrdienstbereitschaft von Jugendlichen.** 1985. 362 S., 39,- <3-7890-1122-3>
32. **Entwicklung und Rüstung.** Öffentliche Anhörung des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit des Deutschen Bundestages. Hrsg.: Holtz, Uwe. 1984. 303 S., 47,- <3-7890-1068-8>
33. **Im Dienst für Frieden und Sicherheit.** Festschrift für Wolf Graf von Baudissin. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1985. 392 S., 49,- <3-7890-1046-4>
34. **Die „Süddimension“ des Ost-West-Konfliktes.** Hrsg.: Hamann, Rudolf. 1986. 267 S., 29,- <3-7890-1233-5>
35. **Chancen des Friedens.** Hrsg.: Ipsen, Knut; Fischer, Horst. 1986. 158 S., 25,- <3-7890-1191-6>
36. Galtung, Johan: **Hitlerismus, Stalinismus, Reaganismus.** Drei Variationen zu einem Thema von Orwell. Mit einem Vorwort von Dieter S. Lutz. 1987. 169 S., 27,- <3-7890-1295-5>
37. **Zivile Alternativen für die Rüstungsindustrie.** Hrsg.: Schomacker, Klaus; Wilke, Peter; Wulf, Herbert. 1986. 174 S., 19,- <3-7890-1262-9>
38. Leitenberg, Milton: **Rüstung und Sicherheitspolitik.** 1987. 295 S., 69,- <3-7890-1280-7>
39. **Miliz als Vorbild?** Zum Reservistenkonzept der Bundeswehr. Hrsg.: Bald, Detlef. 1987. 148 S., 39,- <3-7890-1431-1>
41. **Gemeinsame Sicherheit – Dimensionen und Disziplinen.** Bd. II: Zu rechtlichen, ökonomischen, psychologischen und militärischen Aspekten Gemeinsamer Sicherheit. Hrsg.: Bahr, Egon; Lutz, Dieter S. 1987. 310 S., 19,- <3-7890-1345-5>



Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 • 7570 Baden-Baden



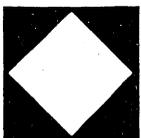
Demokratie, Sicherheit, Frieden

vormals Militär, Rüstung, Sicherheit

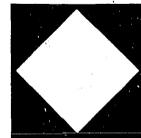
Herausgegeben von Dr. Dieter S. Lutz, Stellvertretender Wissenschaftlicher Direktor
des Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH)

Lieferbare Titel:

42. **Gemeinsame Sicherheit, Konventionelle Stabilität. Bd. III:** Zu den militärischen Aspekten struktureller Nichtangriffsfähigkeit im Rahmen gemeinsamer Sicherheit. Hrsg.: Bahr, Egon; Lutz, Dieter S. 1988. 502 S., 19,80 <3-7890-1557-1>
43. Lutz, Dieter S.: **Gemeinsame Sicherheit – Defensive Abhaltung und Strukturelle Angriffsunfähigkeit.** Bd. IV: Zur Genesis und Theorie Struktureller Angriffsunfähigkeit im Rahmen einer Strategie Defensiver Abhaltung und ihrer konzeptionellen Einbettung in die Gemeinsame Sicherheit. 1990. 215 S., 19,- <3-7890-1564-4>
44. **Gemeinsame Sicherheit – Internationale Diskussion.** Bd. V: Beiträge und Dokumente aus Ost und West. Hrsg.: Lutz, Dieter S.; Schmähling, Elmar. 1990. 440 S., 58,- <3-7890-1669-1>
45. **Gemeinsame Sicherheit – Kollektive Sicherheit – Gemeinsamer Frieden.** Bd. VI: Auf dem Weg zu einer Neuen Europäischen Friedensordnung. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1991. 483 S., 79,- <3-7890-2041-9>
46. **Sicherheitspolitik kontrovers.** Auf dem Weg in die neunziger Jahre. Hrsg.: Heisenberg, Wolfgang; Lutz, Dieter S. 1987. 955 S., 47,- <3-7890-1436-2>
47. Peters, Ingo: **Transatlantischer Konsens und Vertrauensbildung in Europa.** 1987. 270 S., 49,- <3-7890-1413-3>
48. **Drei Jahrzehnte Innere Führung.** Hrsg.: Walz, Dieter. 1987. 195 S., 38,- <3-7890-1410-9>
49. Brill, Heinz: **Bogislav von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung – Westintegration – Wiedervereinigung.** Ein Beitrag zur Entstehungsgeschichte der Bundeswehr 1952-1955 – Band I: Studie. 1988. 308 S., 59,- <3-7890-0673-4>
50. **Atomwirtschaft und innere Sicherheit.** Hrsg.: Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut. 1989. 349 S., 78,- <3-7890-1639-X>
51. Krohn, Axel: **Nuklearwaffenfreie Zone: Regionales Disengagement unter der Rahmenbedingung globaler Großmachtinteressen.** Das Fallbeispiel Nordeuropa. 1989. 258 S., 48,- <3-7890-1698-5>
52. **Bogislav von Bonin im Spannungsfeld zwischen Wiederbewaffnung – Westintegration – Wiedervereinigung.** Band II: Dokumente und Materialien –. Hrsg.: Brill, Heinz. 1989. 357 S., 89,- <3-7890-1828-7>
53. Brill, Heinz: **Libyens Außen- und Sicherheitspolitik.** Moamar el Gaddafis Motive und Visionen. 1988. 138 S., 39,- <3-7890-1585-7>
54. **Sowjetische Außenpolitik im Wandel.** Eine Zwischenbilanz der Jahre 1985-1990. Hrsg.: Hamann, Rudolf; Matthies, Volker. 1991. 211 S., 48,- <3-7890-2177-6>
55. **Auf dem Weg zu einer westeuropäischen Sicherheitspolitik.** Hrsg.: Seidelmann, Reimund. 1989. 384 S., 49,- <3-7890-1734-5>
56. Afheldt, Horst: **Der Konsens.** – Argumente für die Politik der Wiedervereinigung Europas –. 1989. 240 S., 44,- <3-7890-1885-6>
57. Nielebock, Thomas: **Freiheit für Atomwaffen oder Atomwaffenfreiheit?** 1989. 338 S., 49,- <3-7890-1896-1>
58. Hagen, Hermann: **Tiefflug in Mitteleuropa.** 1990. 99 S., 19,- <3-7890-1914-3>
59. **Universitäten im Friedensdialog.** Hrsg.: Fischer-Appelt, Peter; Lutz, Dieter S. 1990. 223 S., 47,- <3-7890-1915-1>
60. Schulte, Ludwig: **Trumpf der Verteidigung.** Mehr Stabilität durch moderne Technologien. 1990. 176 S., 28,- <3-7890-1880-5>
61. Ehrhart, Hans-Georg: **Die europäische Herausforderung.** Frankreich und die Sicherheit Europas an der Jahrhundertwende. 1990. 198 S., 48,- <3-7890-1963-1>
62. Kutz, Martin: **Realitätsflucht und Aggression im deutschen Militär.** 1990. 140 S., 39,- <3-7890-2002-8>
63. **Abrüstung und Konventionelle Stabilität in Europa.** Hrsg.: Müller, Erwin; Neuneck, Götz. 1990. 203 S., 46,- <3-7890-1974-7>
64. Hartwig, Dieter: **Sicherheitspolitik und Verteidigung der Europäischen Gemeinschaft.** 1991. X, 147 S., 39,- <3-7890-2325-6>
65. Formdran, Erhard: **Die Vereinigten Staaten von Amerika und Europa.** 1991. 531 S., 89,- <3-7890-2269-1>
66. Bartke, Matthias: **Verteidigungsauftrag der Bundeswehr.** Eine verfassungsrechtliche Analyse. 1991. 266 S., 39,- <3-7890-2333-7>
67. **Minderheiten – Störpotential oder Chance für eine friedliche Gesellschaft?** Hrsg.: Gessenharter, Wolfgang; Fröchling, Helmut. 1991. 346 S., 48,- <3-7890-2327-2>
68. Feske, Susanne: **ASEAN: Ein Modell für regionale Sicherheit.** 1991. 204 S., 36,- <3-7890-2395-7>
69. **Rüstungsmodernisierung und Rüstungskontrolle.** Hrsg.: Müller, Erwin; Neuneck, Götz. 1992. 381 S., 78,- <3-7890-2332-9>
70. Lutz, Dieter S.: **Sicherheit 2000.** Gemeinsame Sicherheit im Übergang vom Abschreckungsregime zu einem System Kollektiver Sicherheit in und für Europa. 1991. 223 S., 38,- <3-7890-2278-0>
71. **Die »sowjetische Frage«: Integration und Zerfall?** Hrsg.: Ehrhart, Hans-Georg. 1991. 253 S., 36,- <3-7890-2496-1>
72. Wissdorf Jörg: **Doktrin und Struktur.** Eine Untersuchung über den Zusammenhang von sicherheitspolitischen Konzepten und Streitkräftestrukturen unter besonderer Berücksichtigung von defensiven Einsatzoptionen für Luftstreitkräfte. 1992. 256 S., 48,- <3-7890-2662-X>
73. **Konversion im vereinten Deutschland.** Ein Land – zwei Perspektiven? Hrsg.: Gießmann, Hans-Joachim. 1992. 237 S., 36,- <3-7890-2640-9>
74. Gießmann, Hans-Joachim: **Das unliebsame Erbe. Die Auflösung der Militärstruktur der DDR.** 1992. 301 S., 46,- <3-7890-2847-9>
75. **Das Undenkbare denken.** Festschrift für Egon Bahr zum siebenzigsten Geburtstag. Hrsg.: Lutz, Dieter S. 1992. 557 S., 49,- <3-7890-2623-9>



Nomos Verlagsgesellschaft
Postfach 610 • 7570 Baden-Baden



S+F

Jahrgang 10
Heft 2 · 1992
ISSN 0175-274X

Herausgeber: Dieter S. Lutz
Mitherausgeber: Detlef Bald, Joachim Betz,
Susanne Bund, Helmut Fröchling,
Wolfgang Gessenharter, Martin Kutz,
Ekkehard Lippert, Erwin Müller
Redaktion: Günter Quast, Ursel Schlichting

Vierteljahresschrift für **Sicherheit und Frieden**

Themenschwerpunkt:

Die Welt von morgen

Dieter Senghaas: Die Welt als Schrecken

Dieter S. Lutz: Endet die Zukunft in der Gegenwart?

Ernst-Otto Czempel: Demokratie und Frieden

Katrin Fuchs: Zweitausendunddreißig

Willy Brandt: Was uns bedrängte im Kalten Krieg

Erwin Müller: Schöne neue Welt? Das amerikanische Konzept einer
»Neuen Weltordnung«

Lothar Gutjahr: Globale Konflikteindämmung

Außerhalb des Themenschwerpunktes:

Jürgen Rose: Im Westen etwas Neues?

Götz Neuneck/Wolfgang Liebert: Das Nuklearerbe der Sowjetunion
als Proliferationsproblem

Horst Fischer: Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen und der
Begriff der Friedenssicherung



Nomos Verlagsgesellschaft
7570 Baden-Baden